

APuZ

Aus Politik und Zeitgeschichte

1–2/2005 · 3. Januar 2005



Zeitgeschichtsforschung

Richard J. Evans

Zwei deutsche Diktaturen im 20. Jahrhundert?

Hermann Wentker

Deutsch-deutsche Geschichte nach 1945

Jost Dülffer

Zeitgeschichte in Europa – oder europäische Zeitgeschichte?

Stefan Plaggenborg

Sowjetische Geschichte nach Stalin

Hanna Schissler

Weltgeschichte als Geschichte der sich globalisierenden Welt

Alexander Gallus

Biographik und Zeitgeschichte

Editorial

Nach dem Ende der bipolaren Weltordnung haben sich neue Impulse für eine entideologisierte Zeitgeschichtsforschung ergeben. Können wir bereits von einer „europäischen Zeitgeschichte“ sprechen, oder dominieren nach wie vor Nationalgeschichten? In der Osteuropaforschung geht es darum, die Geschichte des stalinistischen Imperiums als Teil des gesamteuropäischen Geschehens zu verstehen. Versuche, Weltgeschichte unter den Vorzeichen der Globalisierung neu zu konzipieren, sind besonders in den USA weit fortgeschritten.

Im wieder vereinigten Deutschland ist die Frage nach nationalen Geschichtsbildern in den Mittelpunkt gerückt. Abgrenzungen und Verflechtungen der beiden parallelen Nachkriegsgeschichten werden stärker erforscht. Zudem erfahren spätestens seit Günter Grass' Roman „Im Krebsgang“ auch die deutschen Opfer des Zweiten Weltkriegs neue Aufmerksamkeit.

In diesem Heft diskutiert Richard J. Evans das spezifisch „Deutsche“ der beiden Diktaturen im vergangenen Jahrhundert. Sein Befund: Während im „Dritten Reich“ vor allem während des Krieges die Identifikation von Regime und Nation gelang, blieb die DDR in den Augen ihrer Bürgerinnen und Bürger stets ein Fremdstaat ohne Legitimität.

Die große Resonanz zeithistorischer Biografien und der Gedenkboom der vergangenen Jahre zeugen vom gewachsenen Interesse an Geschichte. Eine stärkere Indienstnahme der Forschung durch Geschichtspolitik ist zu erwarten. Dabei wird sich die häufig prekäre Forschungsförderung in Zeiten knapper öffentlicher Haushalte kaum verbessern. Auf europäischer Ebene bleibt das Offenhalten der staatlichen Archive – insbesondere in Osteuropa – eine wichtige Forderung.

Hans-Georg Golz

Richard J. Evans

Zwei deutsche Diktaturen im 20. Jahrhundert?

Essay

Zwei deutsche Diktaturen im Vergleich; oder: die doppelte Vergangenheitsbewältigung: Die Debatten, die seit etwa fünfzehn Jahren zu diesem Thema in Deutschland geführt werden, sind oft eher moralisch und politisch denn wissenschaftlich und historisch geprägt. Die fortdauernde innerdeutsche Nabelschau ist, angesichts der Erfahrungen, welche die Deutschen im 20. Jahrhundert machten, durchaus verständlich. Aber es ist nicht ganz klar, inwieweit uns diese Debatten

Richard J. Evans

Dr. phil., geb. 1947;
Professor of Modern History,
University of Cambridge,
Gonville and Caius College,
Cambridge CB2 1TA,
Großbritannien.
rje36@cam.ac.uk

weiterführen können. Zwar scheint sich die Forschung darüber einig zu sein, dass wir viel mehr detaillierte, empirisch vergleichende Studien verschiedener Teilaspekte der DDR und des Nationalsozialismus brauchen, aber der Erkenntnisgewinn solcher Studien auf der Makroebene ist nicht immer auf den ersten Blick ersichtlich. Als Außenstehender möchte ich deshalb eine andere, vergleichende Perspektive wählen; ich setze ein Fragezeichen hinter den Titel meines Textes. Ich frage nicht, ob die beiden deutschen Diktaturen tatsächlich Diktaturen waren; das ist kaum zu bestreiten. Ich frage vielmehr, ob und inwieweit sie deutsch waren.

SBZ/DDR

Die DDR-Führung versuchte ständig, ihren Staat zu legitimieren, indem sie eine Brücke zur deutschen Vergangenheit schlug, vor allem durch die heroisierende Darstellung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, deren Entwicklung von Marx und Engels über die linken Sozialdemokraten der Kaiserzeit und die 1918 gegründete Kommunistische Partei Deutschlands bis in die DDR der

fünfziger und sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts als gradlinig präsentiert wurde. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) wurde als Endpunkt einer politischen Entwicklung dargestellt, die Deutsche Demokratische Republik als die historische Wunscherfüllung der arbeitenden deutschen Massen des 19. und 20. Jahrhunderts.

Tatsächlich aber spielten nichtdeutsche Traditionen eine weit größere Rolle in der SED und der DDR, ja sogar in der KPD der Weimarer Zeit, als im Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED je zugegeben wurde. Vor allem gewannen mit der Gründung der KPD im Dezember 1918 wichtige Elemente der Ideologie und Praxis der russischen revolutionären Bewegung Eintritt in die deutsche Linke: unter anderem der demokratische Zentralismus, die Verachtung des parlamentarischen Systems, die Bereitschaft, massenhaft Gewalt zu entfesseln, die Manipulation des Rechtssystems, die Reduzierung von Kunst und Kultur zu politischen Werkzeugen ideologischer Indoktrination und die Intoleranz gegenüber Andersdenkenden.

Die deutsche Sozialdemokratie hingegen hatte seit ihrer Gründung einen großen Respekt für demokratische Formen und Regeln gehegt und eine parlamentarische Verfassung einschließlich allgemeiner, gleicher, freier und geheimer Wahlen für Männer und Frauen, die es im Kaiserreich noch nicht gab, befürwortet; sie verurteilte die Ausübung politischer Gewalt, und sie respektierte den Rechtsstaat. Wenn deutsche Sozialdemokraten die Klassengesetze des Kaiserreichs anprangerten, so taten sie das in dem festen Glauben, dass in einem wirklichen Rechtsstaat das Recht völlig klassenunspezifisch und neutral funktionieren sollte – im Gegensatz zu der Absicht der Bolschewiki, welche die Unvermeidlichkeit, ja die historische Notwendigkeit von Klassengesetzen begrüßten, mit dem Zweck, diese als Werkzeuge der Herrschaft des Proletariats im sozialistischen Staat zu instrumentalisieren. Kunst und Kultur schließlich waren in der sozialdemokratischen Arbeiterkulturbewegung neutral und allgemeingültig; sie sollten allen Bürgerinnen und Bürgern ohne jede Einschränkung zugänglich gemacht werden

Anm. der Redaktion: Bei diesem Text handelt es sich um die überarbeitete Fassung des Eröffnungsvortrages auf der Internationalen DDR-Forschertagung in der Europäischen Akademie Otzenhausen/Saarland, gehalten am 4. November 2004.

und nicht nur einer wohlhabenden bürgerlich-kapitalistischen Elite vorbehalten sein.

Die Tradition der deutschen Arbeiterbewegung seit Marx hatte, abgesehen von den gerade genannten Aspekten des Kommunismus, durchaus spezifisch deutsche Wurzeln. Trotzdem dauerte es nach dem Zweiten Weltkrieg nur wenige Jahre, bis diejenigen in der SED, die einen spezifisch deutschen Weg zum Sozialismus befürworteten, entweder marginalisiert oder zur Untätigkeit verdammt wurden. Die DDR wurde als Nachahmung der Sowjetunion aufgebaut; ihre Institutionen und Strukturen wurden aus Sowjetrußland importiert; ihre politischen Begriffe, ja die gesamte offizielle und offiziöse Sprache der politischen Eliten wurde sozusagen vom Russischen ins Deutsche übersetzt: Politbüro, Zentralkomitee, Agitprop. Dies widersprach dem Selbstverständnis der deutschen Arbeiterbewegung. Gleich nach dem Kriege hatte die überwiegende Mehrheit der Anhänger der SPD in allen Teilen Deutschlands, sofern sie nicht unter dem direkten und mittelbaren Druck der Besatzungsmacht in der Sowjetzone standen, eine Verschmelzung mit der KPD abgelehnt.

Der Rückhalt des SED-Regimes in der Bevölkerung selbst in dem von der Roten Armee und vom Geheimdienst NKWD beherrschten Gebiet war von Anfang an nicht groß. In den wenigen mehr oder minder freien Wahlen, die in der Sowjetischen Besatzungszone abgehalten wurden, stellte sich schon 1946 heraus, dass die SED wohl niemals eine Chance haben würde, eine absolute Mehrheit der Wählerstimmen für sich zu gewinnen. Der Übergang zur Einheitsliste und die Anwendung von Manipulation, Erpressung und Gewalt gab der SED und den Blockparteien bald die Scheinlegitimation, die sie in den Wahlen suchten. Doch der Volksaufstand von Juni 1953 verlieh den wahren Gefühlen der Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung der DDR einen allzu deutlichen Ausdruck. Nach seiner Niederschlagung durch die Rote Armee war klar, dass der Preis für einen erneuten Aufstand sehr hoch sein würde. Noch wichtiger war die Erkenntnis, dass die Westmächte den Aufständischen nicht helfen würden; dafür wäre das Risiko für den Weltfrieden in den ängstlichen Anfängen des Atomzeitalters und des Kalten Krieges zu hoch gewesen.

Die Diktatur der SED, die Herrschaft von Walter Ulbricht und Erich Honecker, war

also in erster Linie keine deutsche Diktatur, sondern eine einem Teil Deutschlands oktroyierte Diktatur der sowjetischen Besatzungsmacht. Sie dauerte über 40 Jahre an, weil die Sowjetunion faktisch das Land weiterhin besetzt hielt, und sie ging deshalb zugrunde, weil die Sowjetunion unter Gorbatschow es für nicht mehr möglich oder ratsam hielt, die Besetzung aufrechtzuerhalten.

Selbstverständlich ist das bei weitem nicht die ganze Geschichte. Begrenzte Selbstbehauptungsversuche gegenüber der Politik der Sowjetunion gab es zu gewissen Zeitpunkten in der Geschichte. Und die DDR war nicht von Anfang an ohne jede Legitimität. Es fehlte auch nicht an Versuchen, die Identifikation der Bevölkerung mit dem Staate zu stärken, nicht nur durch die Erinnerung an die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, sondern in der „Erbe“-Debatte der achtziger Jahre vor allem durch den Versuch, Personen wie Friedrich II. oder Martin Luther für die eigene Geschichte zu reklamieren sowie vergangene Staaten wie vor allem Preußen als Vorläufer des Arbeiter-und-Bauern-Staates darzustellen. Dies geschah aber nur deshalb, weil sie auf dem Gebiet der DDR oder Teilen davon existiert hatten. Diese Beschwörungen der Geschichte schlugen ebenso fehl wie der Versuch, ein „DDR-Bewusstsein“ durch die Erinnerung an die deutsche Arbeiterbewegung zu kultivieren. Beide Versuche hatten den zwangsläufigen Effekt, die Aufmerksamkeit der DDR-Bevölkerung auf die gesamtdeutsche Geschichte zu lenken. Es war letzten Endes nicht möglich, die Geschichte des Gebietes der DDR aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Preußens oder der Protestanten auf gesamtdeutscher Ebene herauszulösen.

Wenn wir diesen Thesen zustimmen, liegt es sehr nahe, die DDR nicht in erster Linie mit dem nationalsozialistischen Deutschen Reich zu vergleichen, sondern mit den anderen, zur gleichen Zeit von der Sowjetunion beherrschten Ländern Ostmitteleuropas, zum Beispiel mit Polen, Ungarn, Rumänien oder der Tschechoslowakei. Auch hier gab es zu verschiedenen Zeitpunkten Umsturz- oder Reformversuche, etwa 1956 in Polen und Ungarn oder 1968 in der Tschechoslowakei. Auch hier wäre es nur möglich gewesen, die Diktatur abzuschütteln, wenn die Sowjetunion sich zurückgezogen hätte. In allen diesen Ländern existierte ein sehr ähnliches, von der sowjetischen Besatzungsmacht aufgezwunge-

nes Herrschafts- und Gesellschaftsmodell, wenn auch mit unterschiedlichen Akzenten und Durchführungsproblemen – zum Beispiel die Existenz der Scheinparteien CDU, LDP, NDP und DBD in der DDR oder der Verzicht auf die Kollektivierung der Agrarwirtschaft in Polen.

Unterschiede wie Gemeinsamkeiten bleiben ein wichtiges Forschungsthema für die vergleichende Geschichtswissenschaft. Drei große Unterschiede ragen schon auf den ersten Blick heraus. Zum einen schien die DDR-Gesellschaft nach 1953 wesentlich stabiler zu sein als andere Gesellschaftsordnungen im Ostblock, etwa in Polen oder in der Tschechoslowakei. Das Oppositionspotenzial der Bevölkerung wurde dadurch vernichtet, dass diejenigen Gruppen, vor allem aus dem Mittelstand und Bürgertum, die dem SED-Regime gegenüber am negativsten eingestellt waren, in Richtung Westen abwanderten. Deswegen war es schon vor dem Mauerbau 1961 denjenigen, die in der DDR geblieben und fast per definitionem mehr oder weniger kompromissbereit waren, möglich, eine relativ gute Karriere zu machen; die Eliten, die den Weg nach oben blockiert hätten, standen ihnen nicht mehr im Wege. Dreißig Jahre später, als die neuen Eliten den Weg für die jüngere Generation versperrten, gab es ein starkes Anwachsen der sozialen und wirtschaftlichen Unzufriedenheit dieser neuen Generationen, denen eine positive Zukunftsperspektive fast gänzlich fehlte. Es bedurfte allerdings des Rückzugs der Sowjetunion, bis diese Unzufriedenheit einen politischen Ausdruck finden und etwas bewirken konnte.

Der zweite Unterschied ist ebenfalls ein gravierender. Die anderen Ostblockstaaten stellten im Gegensatz zur DDR die Fortführung schon etablierter historischer Nationen späteren oder früheren Datums dar, wenn auch mit unterschiedlichen geschichtlichen Erfahrungen. Den weit verbreiteten Wunsch nach Auswanderung und die Möglichkeit dazu gab es weder in Polen oder Ungarn noch in der Tschechoslowakei. Politische Instabilität und wiederholte, aber letztendlich vergebliche Demokratisierungsversuche waren die Folge.

Eine dritte wichtige Besonderheit der DDR lag darin, dass sie zunehmend Schwierigkeiten hatte, sich gegenüber der immer stärkeren Anziehungskraft der Bundesrepublik als dem eigentlichen deutschen National-

staat zu legitimieren. In den Anfangsjahren war es idealistischen und „progressiven“ jungen Deutschen noch möglich, in der DDR den wahren Vertreter des Antifaschismus zu sehen – im Gegensatz zur Bundesrepublik, wo der Versuch, eine politische und soziale Demokratie aufzubauen, welche die historische Erbschaft des Nationalsozialismus deutlich überwinden sollte, eher zögerlich zu bleiben schien.

Aber die idealistische Identifikation der DDR mit dem Antifaschismus verschwand in dem Maße, in dem sich ein demokratisches Bewusstsein und eine offene und kritische Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in der politischen Kultur der Bundesrepublik verankerte. Die politische Verkalkung der DDR-Führung, die in den achtziger Jahren zur Gerontokratie geronnen war, und die hartnäckige Weigerung der Sowjetunion sowohl 1953 als auch danach, demokratische Reformen in der DDR zu dulden, unterminierten und zerstörten schließlich die Hoffnung, dass die DDR sich als Hort antifaschistischer Werte, der Freiheit und der Gerechtigkeit etablieren könnte. Der Legitimationsverlust nicht nur des SED-Regimes, sondern der DDR als selbständiger Staat wurde immer stärker. Schließlich konnte die DDR dem Einfluss und dem ständigen Beispiel des mächtigen westlichen Nachbarn nicht entkommen. Der Rückhalt des SED-Staates in der DDR-Bevölkerung war nie sehr tief; schon lange vor seinem Ende begann er zu schrumpfen, bevor er schließlich ganz verschwand.

„Drittes Reich“

In den ersten Nachkriegsjahren gab es seitens deutscher Historiker wie Gerhard Ritter den Versuch, den Nationalsozialismus als das Ergebnis des Eindringens fremder Einflüsse in die deutsche politische Kultur darzustellen. Allerdings war schon in dem berühmten Essay Friedrich Meineckes „Die deutsche Katastrophe“ ansatzweise die These zu finden, dass der Nationalsozialismus einen großen Rückhalt in der deutschen Bevölkerung besessen hatte, eben deshalb, weil er auf bestimmte, weit verbreitete Vorstellungen und Traditionen in der politischen Kultur zurückgreifen konnte.

In den siebziger und achtziger Jahren fand die These eines deutschen „Sonderwegs“

unter Historikern breite Zustimmung. In Deutschland, so hieß es, habe im 19. und frühen 20. Jahrhundert ein autoritäres Regime geherrscht, das – anders als in den vermeintlich fortgeschritteneren, moderneren europäischen Ländern – von charismatischer Herrschaft, von einem durch die uneingeschränkte Macht der preußischen Armee geprägten Militarismus, einer starken Beamtenschaft und einem schwachen Parlament geprägt gewesen sei. Dieses autoritäre Regime habe versucht, oppositionelle Strömungen wie den Sozialismus zu unterdrücken und als Staatsfeind abzustempeln – was leicht fiel angesichts einer nur schwachen Tradition des politischen Liberalismus und eines Nationalismus, der sich allmählich in gefährlicher Weise zu Imperialismus, Rassismus und Eroberungslust entwickelte.

Während der dreißiger Jahre gewann der Nationalsozialismus nicht zuletzt deshalb eine große Anhänger- und Wählerschaft, weil er an diese Traditionen der politischen Kultur anknüpfen konnte. Zwar vermochte die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, ähnlich wie die SED, in freien Wahlen keine absolute Mehrheit für sich zu gewinnen. Aber die Bereitschaft der politischen, sozialen und kulturellen Eliten, mit den Nationalsozialisten zu paktieren, war Ausdruck weit reichender ideologischer Gemeinsamkeiten. Auch die vielen Kontinuitäten – persönliche, institutionelle, kulturelle und soziale, die vom Kaiserreich über die Weimarer Republik bis in die nationalsozialistische Zeit reichten – verliehen dem NS-Regime eine viel größere Legitimität, eine viel tiefere Verwurzelung im politischen Bewusstsein der Bevölkerung, als es die DDR je erreichen konnte. Selbst alte Sozialdemokraten begeisterten sich laut Berichten der Sopade, der sozialdemokratischen Exilorganisation, für außenpolitische Leistungen wie die Remilitarisierung des Rheinlandes oder den Anschluss Österreichs. Die vielen Kontinuitäten des sozialen Lebens und der sozialen Strukturen, das Fehlen einer sozialen Revolution, zumindest nach sowjetischem Muster wie später in der DDR, schien einer Mehrheit der Bevölkerung zu signalisieren, dass – zumindest bis 1939 – das Alltagsleben weiterging wie zuvor.

Trotzdem ist in der Sonderwegsdebatte jene These, welche die Besonderheiten Deutschlands im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert betont, überzeichnet worden. Viele Elemente des von Bismarck geschaffe-

nen Deutschen Reiches konnte man mehr oder minder ausgeprägt auch in anderen Ländern beobachten. In Italien gab Garibaldi, der charismatische Anführer jenes Volksheers, das Italien 1859 einigen half, ein Vorbild für den späteren Diktator Mussolini ab. Auch in Spanien wurde – wie in Deutschland – die Armee nicht vom Parlament kontrolliert. In Italien, wie im Deutschen Reich, war sie nicht dem Parlament, sondern unmittelbar dem Souverän unterstellt. In Österreich-Ungarn waren das Beamtentum ähnlich stark und die parlamentarischen Institutionen in ihrer Macht ähnlich beschränkt wie in Deutschland. Im zaristischen Russland wurde der imperiale Gedanke auch auf die Innenpolitik und auf Russlands Beziehungen zu seinen unmittelbaren Nachbarn übertragen. Das zaristische Regime unterdrückte die Sozialisten viel gnadenloser, als es in Deutschland jemals der Fall war, und stand den deutschen Behörden in nichts nach, was den Willen zur zwangsweisen Assimilation der Polen betraf. Der Liberalismus war 1914 nicht nur im Kaiserreich, sondern in allen größeren Staaten Ost- und Mitteleuropas mit Ausnahme Böhmens schwach entwickelt. Die politischen Parteien und Gruppierungen waren in Italien noch gespaltener als in Deutschland. Die Überzeugung, dass Krieg zur Erlangung politischer Ziele gerechtfertigt sei, wurde von vielen europäischen Mächten geteilt, wie der Beginn des Ersten Weltkriegs im August 1914 mit erschreckender Deutlichkeit zeigte. Allerdings muss man konstatieren, dass in keinem anderen Land Europas alle diese Bedingungen gleichzeitig und in demselben Ausmaß wie in Deutschland gegeben waren.

Nach dem Ersten Weltkrieg hatte es die Demokratie fast überall in Europa schwer, sich zu behaupten. Verletzte Nationalgefühle, der Glaube – selbst in einer Siegnation wie Italien – den Krieg verloren zu haben, der Aufstieg eines radikalen Nationalismus, der darauf aus war, Minderheiten zu unterdrücken und Krieg als Mittel der nationalen Selbstbehauptung zu verwenden, vor allem vielleicht aber die Angst vor einer Verbreitung der bolschewistischen Revolution in Richtung Westen nährten die Verachtung für die vermeintlich schwache politische Führung der Demokratien. So wich der Parlamentarismus in vielen Ländern faschistischen, militärischen oder autoritären Diktaturen. Zwischen 1918 und 1939 kamen in Polen, Ungarn, Litauen, Estland, Lettland, Rumänien, Griechenland,

Portugal, Spanien, Italien, Deutschland, Österreich und Jugoslawien autoritäre oder diktatorische Führer an die Macht, unter ihnen später so bekannte Figuren wie Mussolini, Franco, Dollfuß, Metaxas, Salazar und Pilsudski. Schon Mitte der dreißiger Jahre waren parlamentarische Demokratien eher die Ausnahmen unter den politischen Systemen auf dem europäischen Kontinent.

So war auch die Unterdrückung der persönlichen und bürgerlichen Freiheiten, die das „Dritte Reich“ in Deutschland kennzeichnete, nichts Ungewöhnliches im Europa der Zwischenkriegszeit. Man könnte vielleicht einwenden, dass der Kern des nationalsozialistischen Regimes seine Rassenpolitik war. Aber auch hier, im europäischen Vergleich, ragte das „Dritte Reich“ zumindest bis zum Ausbruch des Krieges nicht so deutlich heraus, wie oft behauptet wird. So war zum Beispiel der Antisemitismus, wie er von den Nationalsozialisten und der deutschen Regierung bis September 1939 propagiert und praktiziert wurde, keine einmalige Erscheinung, vor allem wenn man die antisemitische Politik anderer mittel- und ostmitteleuropäischer Länder in Betracht zieht.

In Polen, vor allem nach dem Tode des Marschalls Pilsudski und der Machtübernahme eines Militärregimes, entfaltete sich ein Antisemitismus, der mit breiter Zustimmung rechnen konnte. Von 1936 bis 1939 wurden mehr als 150 Pogrome oder gewalttätige Zwischenfälle gemeldet, wobei mindestens 350 Juden getötet und mehrere hundert verletzt wurden. Die Regierung kam dem Druck der antisemitischen, rechtsradikalen Opposition dadurch entgegen, dass sie den Anteil der jüdischen Studenten an den Hochschulen von 25 auf 8 Prozent reduzierte, jüdischen Beamten kündigte, einen Numerus clausus für jüdische Ärzte und Rechtsanwälte erließ, das Schächten verbot und 1938 weitere Maßnahmen erzog, um die jüdische Minderheit zu marginalisieren. Der Versuch der polnischen Regierung, die Zustimmung der Westmächte für eine massenhafte, forcierte Emigration der polnischen Juden zu gewinnen, war ein Hauptgrund der Einberufung der Internationalen Konferenz zur Migrationsfrage in Jahre 1938 in Evian. Zur gleichen Zeit verhandelte die polnische Regierung ohne Ergebnis mit der französischen Regierung über einen möglichen massenhaften Bevölkerungstransfer der polnischen Juden zur Insel Madagaskar, die damals französischer Kolonialbesitz war.

Unter der autoritären Herrschaft des Admirals Horthy wurde im Mai 1938 in Ungarn das so genannte Erste Jüdische Gesetz verabschiedet, wobei ein Numerus clausus für den Anteil der Juden im Berufsleben festgesetzt wurde. Kurz danach folgte das Zweite Jüdische Gesetz, worin der Anteil auf lediglich sechs Prozent festgelegt wurde und das den Juden verbot, als Lehrer, Offiziere, Beamte, Zeitungsredakteure oder Theaterintendanten zu fungieren. Anders als in Polen galten diese Gesetze auch für getaufte Juden, waren also eher rassistisch als religiös geprägt. Ähnliche Gesetze traten in Rumänien kurz vor der Machtübernahme des Königs Carol in Kraft; unter seiner 1938 etablierten Diktatur wurde bis September 1939 mindestens 270 000 von insgesamt etwa 750 000 Juden das Bürgerrecht aberkannt, und die Regierung erzwang ernsthaft, eine eigene Version der Nürnberger Rassegesetze einzubringen.

Der Prozess der Entrechtung der jüdischen Minderheit ging in Deutschland zweifellos weiter als anderswo. Nur in Deutschland wurden Gesetze, die sexuelle Beziehungen zwischen Juden und Nicht-Juden verboten, tatsächlich eingeführt; nur in Deutschland wurde ein Pogrom zentral, von der herrschenden Clique, inszeniert; nur in Deutschland wurden Eigentum und Lebensunterhalt der Juden durch die so genannte Arierisierung der Wirtschaft systematisch vernichtet; nur in Deutschland wurde mehr als die Hälfte der jüdischen Bevölkerung ins Ausland vertrieben. Aber das Beispiel der antisemitischen Politik des „Dritten Reichs“ übte Vorbildfunktion auf die Regierungen mehrerer Nachbarländer aus.

Auch in anderen Aspekten nationalsozialistischer Politik bis September 1939 wird aus dem Vergleich mit anderen Ländern ersichtlich, dass das „Dritte Reich“ während der ersten Hälfte seiner Existenz durchaus kein Unikum war. Zwar wurden zum Beispiel 50 000 Homosexuelle unter dem Paragraphen 175 des Reichsstrafgesetzbuches, zum Teil in einer verschärften Fassung, verhaftet und zwei Drittel von ihnen verurteilt; nach Verbüßung ihrer Strafe wurden sie regelmäßig sofort wieder verhaftet und in Konzentrationslager gebracht. Doch polizeiliche Schikane und die gesellschaftliche Diskriminierung von Homosexuellen gab es überall. Und selbst in der gleichfalls zwölfjährigen Periode von 1953 bis 1965 in der alten Bundesrepublik wurden fast 100 000 Männer unter dem

gleichen Paragraphen vor Gericht gestellt, wovon etwa die Hälfte verurteilt wurde; zur gleichen Zeit untersuchte die Polizei in England etwa 3500 angebliche Fälle illegaler homosexueller Betätigung pro Jahr.

Die Sterilisierung so genannter Erbkranker im nationalsozialistischen Deutschland erfasste insgesamt etwa 360 000 Menschen, aber im Vergleich zur Bevölkerungszahl waren das kaum mehr als in Norwegen, wo 40 000 Menschen unfruchtbar gemacht wurden, oder in Schweden, wo 63 000 betroffen waren. Auch in Schweden waren unter anderem rassische Gründe maßgebend, die auch so genannte Zigeuner (bzw. Sinti und Roma) erfassten; im Übrigen war die meist polizeiliche Verfolgung der Zigeuner in Deutschland bis September 1939 durchaus mit ihrer Verfolgung in anderen europäischen Ländern vergleichbar, wenn auch das Einsperren in besondere Lager unter denkbar schlechtesten Umständen nur im „Dritten Reich“ stattfand.

Deutsche Diktaturen?

Die Ähnlichkeiten zu anderen europäischen Staaten enden natürlich mit der weiteren Entwicklung der Politik des „Dritten Reiches“ während des Zweiten Weltkriegs. Es gab keine Parallele in diesen Ländern zu der Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten in den Jahren 1939 bis 1945. Selbst in Rumänien, wo es zu großen, einer Eigendynamik unterliegenden Vernichtungsaktionen gegen die Juden kam, gab es seitens der Regierung keinen Versuch, die Gesamtheit der rumänischen Juden ausnahmslos zu töten. Antisemitische Morde in anderen europäischen Ländern fanden überall unter dem starken Druck des „Dritten Reiches“ statt, aber selbst ein antisemitisches, autoritäres Regime wie das ungarische weigerte sich trotz wiederholten Drängens bis zum Einmarsch deutscher Truppen, die jüdischen Bürgerinnen und Bürger Ungarns in die Vernichtungslager abzutransportieren. Mehrere Länder haben so genannte Erbkranker und Asoziale sterilisiert, aber nur das „Dritte Reich“ hat sie planmäßig ermordet. Das Gleiche gilt für Sinti und Roma, für Homosexuelle und für andere Gruppen. Anders als diese Länder war das „Dritte Reich“ eine führende europäische Macht, und sein Versuch, seine Vernichtungspolitik europaweit zu verwirklichen, war einmalig. Schließlich finden sich sowohl für die Ermordung von mehr als dreieinhalb Millionen sowjeti-

schen Kriegsgefangenen seitens der Nationalsozialisten und der Wehrmacht als auch für die Bereitschaft, bis zu dreißig Millionen Slawen im Falle eines gewonnenen Krieges zu töten oder verhungern zu lassen, ebenfalls keine Parallelen in der Kriegs- und Eroberungspolitik anderer Länder, auch wenn die Bedingungen der Kriegsgefangenschaft vieler deutscher Soldaten, etwa derjenigen, die in Stalingrad gefangen genommen wurden, so hart waren, dass sehr viele von ihnen nie mehr in die Heimat zurückkehrten.

Die Mordlust des nationalsozialistischen Deutschlands während des Zweiten Weltkriegs kam nicht von ungefähr. Gewalt, Gewalttätigkeit, ja ungezügelter Hass gegen den tatsächlichen oder nur vorgeschobenen Feind gehörten zu den Charakteristika des Nationalsozialismus wie die Vorbereitung und Durchführung des Krieges, der, als radikaler Rassen- und Ideologiekrieg konzipiert, das A und O der Innen- und Außenpolitik des Dritten Reiches war. Andere europäische Länder, wie z. B. Ungarn, schauten begierig auf das Territorium der Nachbarn und bereiteten die Erweiterung der eigenen Gebiete vor, die dann schon vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges als Teil der Aufteilung der Tschechoslowakei tatsächlich stattfand. Aber kein anderes Land strebte die Eroberung fast des gesamten Kontinents oder die brutale Neuordnung ganz Europas mit rassistischen und mörderischsten Mitteln an, wie es das nationalsozialistische Deutschland tat.

Wenn wir von der Vernichtungspolitik sprechen, liegt der Vergleich mit der Sowjetunion vor allem unter Stalins Herrschaft auf der Hand. Schon 1918 im Zuge des Roten Terrors wurden Arbeitslager errichtet. Oppositionelle wurden verhaftet, gefoltert, eingesperrt; im Laufe des Bürgerkrieges wurden zahlreiche Menschen in grausamster Weise zu Tode gemartert. Unter Stalins Herrschaft, vor allem nach der Ermordung Kirows im Jahre 1934, richtete sich der Terror zunehmend gegen die Bolschewiki selbst. Während der stalinistischen Säuberungen der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, also zwischen 1929 und 1953, wurden nach zuverlässigen Schätzungen mehr als 750 000 Menschen hingerichtet; 2 750 000 starben in den Lagern. Die Selbstzerfleischung des stalinistischen Systems hatte keine Parallele im Nationalsozialismus; selbst die Ermordung Röhm und anderer führender Männer der SA Ende Juni/Anfang Juli 1934 fand als Teil einer Stabili-

sierung des Regimes statt. Danach blieb die Führungsgruppe des „Dritten Reiches“ fast bis zum Ende mehr oder minder stabil. Diejenigen, wie Blomberg, Fritsch oder Neurath, die aus ihren Ämtern gejagt wurden, durften in den Ruhestand gehen, fielen also nicht, wie es in der Sowjetunion zweifellos der Fall gewesen wäre, dem Genickschuss des Henkers zum Opfer.

Die Gewalttätigkeit der Nationalsozialisten richtete sich also hauptsächlich gegen Außenseiter, kurz, gegen Minderheiten in der eigenen und in anderen Gesellschaften, während sich die Gewalttätigkeit der Bolschewiki hauptsächlich gegen den inneren Feind richtete. Im Laufe des Krieges entfaltete die Wehrmacht außerdem eine Vergeltungs- und Abschreckungspolitik gegen die angeblich Partisanen unterstützende Zivilbevölkerung, die ihresgleichen selbst angesichts des äußerst brutalen Vorgehens der Roten Armee in den letzten Stadien des Krieges sucht. Massenmorde gab es sicher, von Katyn bis zu den Lagern des NKWD, aber sie sind nicht mit den genozidalen Massenmorden der Nationalsozialisten vergleichbar.

Entscheidend war die Tatsache, dass sich das stalinistische System im Laufe des Kriegs als vermeintliche Notwendigkeit angesichts eines unerbittlichen Feindes stabilisieren musste. Vor allem nach dem Tode Stalins wurde die Folter- und Tötungsmaschinerie, die in den späten dreißiger Jahren ihren Höhepunkt erreicht hatte, allmählich abgebaut. Die Außenpolitik der Sowjetunion nach 1945 war vor allem defensiv: Im Gegensatz zur rasenden und schließlich selbstzerstörerischen Selbstradikalisierung des „Dritten Reiches“ versank die Sowjetunion in der zweiten Phase ihrer Existenz in eine starre, verkalkte Routine. Sie war nicht mehr reformfähig und nur noch darauf gerichtet, das System aufrechtzuerhalten und gegen die Verlockungen des Kapitalismus zu verteidigen.

Die Geschichte der DDR gehört zu dieser zweiten, stabilen Phase der Geschichte des Sowjetkommunismus, auch wenn Ulbricht und mehrere seiner Genossen bereits in den Säuberungen der Zwischenkriegszeit eine zwielichtige Rolle gespielt hatten. Deshalb ist die DDR für den Vergleich zwischen rechts- und linkstotalitärer Diktatur wenig tauglich, denn es fehlte ihr weitgehend die Dynamik, die zum Totalitarismus gehört, eine Dynamik, die in der Sowjetunion der dreißiger

Jahre noch so bemerkenswert war. Mit anderen Worten: Der Vergleich zwischen zwei Herrschafts- und Gesellschaftssystemen muss auch ein historischer Vergleich sein, er muss die veränderten Umstände, die das Jahr 1945 brachte, in Betracht ziehen, er muss dem Einfluss der kollektiven Erinnerung an die nationalsozialistische Zeit auf die spätere (SED-)Diktatur gerecht werden.

In gewissem Sinne existierte die DDR überhaupt nur deshalb, weil die Sowjetunion eine Wiederholung des nationalsozialistischen Krieges fürchtete. Der Krieg ist schließlich der Faktor, der den Vergleich der beiden Diktaturen, die auf deutschem Boden errichtet wurden, am meisten erschwerte. Das Fehlen fast jeglichen Widerstandes der Bevölkerung der DDR gegen den Untergang ihres Staates steht in bemerkenswertem Kontrast zur Beharrlichkeit des Weiterkämpfens der Bevölkerung des „Dritten Reiches“ auch in den letzten, hoffnungslosen Monaten des Zweiten Weltkrieges.

Das „Dritte Reich“ legitimierte sich unter anderem dadurch, dass es sich mit der gesamten deutschen Nation identifizierte: Eher Patriotismus als nationalsozialistische Überzeugung war es, was viele Deutsche dazu motivierte, den Krieg wenn nicht zu begrüßen, so doch bis zum Ende durchzustehen. Sie kämpften nicht nur für Hitler, sondern auch, vor allem in den späteren Kriegsphasen, für Deutschland. Es gelang den Nationalsozialisten, ihre Interessen als weitgehend identisch mit den Interessen der Deutschen überhaupt darzustellen. Der DDR-Elite hingegen sollte es nie gelingen, für ihre Diktatur breite Legitimität zu gewinnen, und schon gar nicht, ihren Staat als Sachwalter der Interessen der deutschen Nation zu legitimieren.

Zwischen Abgrenzung und Verflechtung: deutsch-deutsche Geschichte nach 1945

Mit der Wiedervereinigung¹ von 1990 hat sich auch die Perspektive auf die deutsche Nachkriegsgeschichte grundlegend gewandelt. Denn die deutsche Frage war nicht, wie viele angenommen hatten, durch die Teilung endgültig beantwortet. 1989/90

zeigte sich vielmehr, dass die deutsche Frage in den vergangenen Jahrzehnten nur auf Eis gelegt war. Als das Eis schmolz, gelangte sie wieder ans Licht der Öffentlichkeit. Zwar

wurde die Wiedervereinigung erst durch die internationale Politik ermöglicht; doch wäre es wohl bei der Teilung geblieben, hätte die Mehrheit der DDR-Bevölkerung nicht stürmisch nach der Einheit verlangt und wäre die Wiedervereinigung in der westdeutschen Öffentlichkeit nicht „ein latentes Thema geblieben“². Diese Beobachtungen zum Entscheidungsjahr 1989/90 veranlassen Zeithistoriker seither zu einer verstärkten Suche nach den verbindenden Elementen einer seit Beginn des Kalten Krieges prima facie getrennt verlaufenen Entwicklung. Dabei besteht freilich „die Gefahr einer nationalstaatlich ideologisierten gesamtdeutschen Geschichtsinterpretation“. Um dies zu vermeiden, ist sowohl das Trennende als auch das Verbindende der deutsch-deutschen Beziehungsgeschichte nach 1945 zu analysieren. Dabei wäre das „Spannungsverhältnis zwischen der Verflechtung beider Teilstaaten (...) und einer bewußt oder unbewußt betriebenen oder ge-

wünschten Abgrenzung“ in den Mittelpunkt zu rücken.³

Dieser Ansatz, den Christoph Kleßmann bereits 1993 propagiert hat, wird als „asymmetrisch verflochtene Parallelgeschichte“ bezeichnet.⁴ Es handelt sich indes um eine nicht ganz zutreffende Zusammenfassung seiner Darlegungen, weil dabei die Tatsache zu kurz kommt, dass das Trennende in der fünf- und vierzigjährigen Geschichte der Teilung alles in allem überwog. Alle drei Aspekte der deutsch-deutschen Geschichte nach 1945 – Trennung und Abgrenzung, Parallelitäten, Beziehungen und Verflechtungen – müssen indes in einer Gesamtdarstellung in dem Maße zum Tragen kommen, wie es deren Verlauf auch angemessen ist. Des Weiteren sollte nicht übersehen werden, dass eine solche Perspektive nicht die einzig mögliche auf die deutsche Geschichte in dieser Zeit ist. Daher seien den Darlegungen zum Stand einer Nachkriegsgeschichte, die das geteilte Deutschland mit seinen Gegensätzen und Verbindungen in den Blick nimmt, drei Bemerkungen vorangestellt.

Dieser Aufsatz hat von intensiven Diskussionen mit meinen Kollegen Henrik Bispinck, Dierk Hoffmann, Michael Schwartz, Peter Skyba und Matthias Uhl stark profitiert.

¹ Der Begriff wird, im Anschluss an Andreas Rödder, Die Bundesrepublik Deutschland 1969–1990, München 2004, S. 152, bewusst gewählt. Denn bei der Vereinigung handelte es sich nicht um einen neuartigen Zusammenschluss, sondern um eine vor dem Hintergrund der deutschen Nationalgeschichte (partielle) Wiederherstellung eines früheren territorialen Zustands. Vgl. auch Klaus Hildebrand, Wiedervereinigung und Staatenwelt. Probleme und Perspektiven der Forschung zur deutschen Einheit, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 52 (2004), S. 201.

² So Tilman Mayer, Warum es zur Wiedervereinigungschance kam, in: Karl Eckart/Jens Hacker/Siegfried Mampel (Hrsg.), Wiedervereinigung Deutschlands. Festschrift zum 20jährigen Bestehen der Gesellschaft für Deutschlandforschung, Berlin 1998, S. 233.

³ Christoph Kleßmann, Verflechtung und Abgrenzung. Aspekte der geteilten und zusammengehörigen deutschen Nachkriegsgeschichte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), B 29–30/1993, S. 30.

⁴ Dieser Begriff lässt sich nicht in dem Aufsatz Kleßmanns finden; m. E. wurde er erstmals im Vorwort der Herausgeber zu Christoph Kleßmann/Hans Mieselwitz/Günter Wichert (Hrsg.), Deutsche Vergangenheiten – eine gemeinsame Herausforderung. Der schwierige Umgang mit der Nachkriegsgeschichte, Berlin 1999, S. 12, verwandt. Was damit gemeint ist, erläutern die Herausgeber in der Einleitung zu: Arnd Bauerkämper/Martin Sabrow/Bernd Stöver (Hrsg.), Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945–1990, Bonn 1998, S. 9–16.

Hermann Wentker

Dr. phil., geb. 1959; Leiter der Abteilung Berlin des Instituts für Zeitgeschichte (IfZ), München–Berlin; Privatdozent für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Leipzig. IfZ, Abteilung Berlin, Finckensteinallee 85–87, 12205 Berlin. wentker@ifz-muenchen.de

1. Die wissenschaftliche Erforschung der deutschen Zweistaatlichkeit darf nicht unter Verweis auf (tages-)politische Forderungen erfolgen. So ist es unzulässig, einen „neue(n) Anlauf zu einer integrierten Nachkriegsgeschichte“ deshalb für notwendig zu erklären, „weil von seinem Gelingen Fortschritte der inneren Einheit sowie Fähigkeiten zur Zusammenarbeit in Europa abhängen“. Auch das Verlangen von „Schulen, politische(r) Bildung und Öffentlichkeit (...) nach einer plausiblen Geschichte des eigenen Landes, der erweiterten Bundesrepublik“ kann eine wissenschaftliche Rechtfertigung für ein solches Unterfangen nicht ersetzen.¹⁵ Im ersten Fall würde die Geschichte zur Magd der Politik degradiert; im zweiten bliebe ihr lediglich eine Zulieferfunktion für Bildungseinrichtungen. Vorrang gebührt der wissenschaftlichen Erkenntnis, die sich in ihren Fragen zwar von der Gegenwart anregen lässt, die aber ihre Ziele und Methoden autonom bestimmt. Nur dann kann zeitgeschichtliche Forschung ihrer „Servicefunktion“ für andere Bereiche, die eher vermittelnd als ermittelnd tätig sind, gerecht werden;¹⁶ nur dann kann Zeitgeschichte Geschichtslegenden „kalt und entschieden (...) entlarven“¹⁷.

2. Die wissenschaftliche Forschung sollte sich davor hüten, im Lichte der Erfahrungen von 1989/90 in einen neuen Dogmatismus zu verfallen. Die deutsche Nachkriegsgeschichte kann auch weiterhin als Geschichte von zwei Staaten und Gesellschaften erzählt werden, die sich auf getrennten Wegen entwickelten. Diese waren zwar in vielfacher, aber sicher nicht in jeder Hinsicht aufeinander bezogen. Eigenentwicklungen der Bundesrepublik wie der DDR in den Blick zu nehmen ist nicht nur legitim, sondern auch notwendig. Das gilt vor allem für die Zeit nach 1961, als die DDR sich hermetisch abriegelte und die wechselseitigen Einflüsse, vor allem jene in ost-westlicher Richtung, abnahmen. Mit Blick auf die Bun-

¹⁵ So aber Konrad H. Jarausch, „Die Teile als Ganzes erkennen“. Zur Integration der beiden deutschen Nachkriegsgeschichten, in: *Zeithistorische Forschungen*, 1 (2004), S. 28 f.

¹⁶ Vgl. Hans Günter Hockerts, Zugänge zur Zeitgeschichte: Primärerfahrung, Erinnerungskultur, Geschichtswissenschaft, in: Konrad H. Jarausch/Martin Sabrow (Hrsg.), *Verletztes Gedächtnis. Erinnerungskultur und Zeitgeschichte im Konflikt*, Frankfurt/M. – New York 2002, S. 72.

¹⁷ Hans-Peter Schwarz, Warum eine Festschrift? Einführende Überlegungen des Beiratsvorsitzenden, in: Horst Möller/Udo Wengst (Hrsg.), *50 Jahre Zeitgeschichte. Eine Bilanz*, München 1999, S. XXI.

desrepublik ist in diesem Zusammenhang zu Recht hervorgehoben worden, dass ihre Geschichte, anders als die der DDR, 1989/90 eben nicht zu Ende ging.¹⁸ Gewiss steht die „neue“ Bundesrepublik vor neuen Problemen und Herausforderungen, die zum Teil aus der Wiedervereinigung resultieren. In ihren Strukturen indes ruht sie auf den Fundamenten, die in der „alten“ Bundesrepublik errichtet wurden. Inwieweit diese auch das „neue“, wieder vereinigte Deutschland zu tragen vermögen, ist noch eine ungelöste, in unserem Zusammenhang aber nicht interessierende Frage.

3. Neben der deutsch-deutschen Perspektive auf die Nachkriegsgeschichte bieten sich noch weitere Möglichkeiten an, diese Jahrzehnte deutscher Geschichte in übergeordnete Zusammenhänge einzuordnen. Ohne eine Berücksichtigung der internationalen Zusammenhänge bleibt die deutsche Teilung letztlich unverständlich. Bundesrepublik und DDR gehörten der westlichen beziehungsweise östlichen Hemisphäre an, was entsprechend unterschiedliche Auswirkungen auf Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in beiden Staaten hatte. In engem Zusammenhang damit steht die im Zeichen der Osterweiterung der Europäischen Union viel beschworene europäische Zugangsweise. Dabei wird freilich gern übersehen, dass dieser Ansatz für die Bundesrepublik als eine der Signarmächte aller westeuropäischen Zusammenschlüsse seit der Montanunion weitaus sinnvoller ist als für die DDR. Neben der politischen und wirtschaftlichen Einordnung der Bundesrepublik in die (west)europäischen Gemeinschaften geht es dabei auch um Fragen, die sich etwa auf gesellschaftliche oder kulturelle Austausch- und Angleichungsprozesse mit Westeuropa beziehen. Eine Geschichte der „Ostintegration“ der DDR in den RGW oder in den Warschauer Pakt stellt zwar zweifellos ein Desiderat der Forschung dar. Diese darf indes nicht einfach mit der westeuropäischen Integration parallel gesetzt werden, da sich die Prozesse in Ost und West grundlegend unterschieden. Vorsicht ist auch angebracht, wenn die DDR, deren Signum ihre nicht nur nach Westen gerichtete Abschottung war,¹⁹ nun „zum idealen For-

¹⁸ So Axel Schildt, Überlegungen zur Historisierung der Bundesrepublik, in: K. H. Jarausch/M. Sabrow (Anm. 6), S. 254 f., 259.

¹⁹ Auch die „Freundschaftsgrenze“ zu Polen war trotz des Görlitzer Grenzanerkennungsvertrags vom 6. Juli 1950 für Normalbürger nur schwer zu überwinden. Erst zum 1. Januar 1972 führte die DDR nach ent-

schungsfeld einer vielfältigen *histoire croisée* internationaler Verflechtungen, Kooperationen und Konkurrenzen“¹⁰ erklärt wird. Jedenfalls ist eine Einordnung der DDR in transnationale Zusammenhänge, die gesellschaftliche Austauschprozesse jenseits von Politik und Wirtschaft betreffen, weitaus schwieriger als im Fall der Bundesrepublik.

Parallelgeschichten und neuere Synthesen

Darstellungen, welche die Geschichte der DDR und der Bundesrepublik parallel betrachten, gibt es kaum. Im engeren Sinne sind es bisher nur zwei Werke, die sich diesen Ansatz zu Eigen machen. Es handelt sich zum einen um die 1982/88 erstmals erschienene, mehrfach wieder aufgelegte, zweibändige, die Jahre 1945 bis 1970 umfassende deutsche Geschichte von Christoph Kleßmann. Naturgemäß gelingt es im ersten Band, der das erste Nachkriegsjahrzehnt in den Blick nimmt, sehr viel besser als im zweiten, die wechselseitigen Einflüsse, die weiterhin bestehenden Hoffnungen auf Realisierung der deutschen Einheit und die dem entgegenstehende Eingliederung der beiden Teilstaaten in die jeweiligen Blöcke in einer Gesamtdarstellung zu integrieren. Wie Kleßmann selbst einräumt, ist es für die Jahre 1955 bis 1970 methodisch und darstellerisch ein schwieriges Problem, dem Anspruch „einer stärkeren Verklammerung beider Teilgeschichten, zumindest in der Gestalt einer weitgehend formalen Parallelisierung“, gerecht zu werden. Denn Bundesrepublik und DDR entwickelten sich „weitgehend unabhängig voneinander und folgten eigenen außenpolitischen und gesellschaftlichen Imperativen“. Dies wird auch in der Darstellung deutlich, in der, anders als im ersten Band, die parallelen Entwicklungen in West- und Ostdeutschland nacheinander abgehandelt werden, wenngleich an den relevanten Stellen immer wieder Bezug auf den jeweils anderen Staat genommen wird.¹¹

sprechenden vertraglichen Vereinbarungen den pass- und visafreien Reiseverkehr mit Polen und der Tschechoslowakei ein; im Fall Polens wurde dies am 30. Oktober 1980, im Fall der ČSSR am 12. Oktober 1989 rückgängig gemacht.

¹⁰ So Thomas Lindenberger/Martin Sabrow, Zwischen Verinselung und Europäisierung: Die Zukunft der DDR-Geschichte, in: Deutschland Archiv, 37 (2004), S. 126 f.

¹¹ Christoph Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955, Bonn

Sehr viel konsequenter als Kleßmann „parallelisiert“ Peter Bender in essayistischer Manier die Geschichte beider Staaten. Davon ausgehend, dass Bundesrepublik und DDR aufgrund ihrer gemeinsamen Herkunft „vor gleichen Problemen und Aufgaben standen“, verfolgt er das Ziel, „die beiden Stränge der deutschen Nachkriegsentwicklung so zu verknüpfen, dass westdeutsche Leser auch die ostdeutsche Geschichte und ostdeutsche Leser auch die westdeutsche Geschichte in den Blick bekommen“. So anregend die Lektüre über weite Strecken auch ist, zeigen einzelne Passagen die bei einem solchen Verfahren bestehende Gefahr, dass fundamentale Unterschiede eingeebnet werden. Dies gilt etwa für die Abschnitte über Opposition gegen Adenauer und Ulbricht, die sich weniger in der Sache als in der Form unterscheiden habe – „im Westen meist offen und im Osten hinter den fest verschlossenen Türen des Zentralkomitees“.¹²

Auch wenn neuere Synthesen meist nicht den ehrgeizigen Versuch unternehmen, die Geschichte der DDR mit der der Bundesrepublik zu parallelisieren oder zu verklammern, ist doch auffällig, dass viele dieser Darstellungen die DDR auf die eine oder andere Weise mit einbeziehen. Das geschieht freilich auf höchst unterschiedliche Weise, wie etwa die Werke von Gerhard A. Ritter, Peter Graf Kielmansegg und Heinrich August Winkler zeigen. Gerhard A. Ritter geht es in seinem erweiterten Essay „Über Deutschland“ um den Ort der „alten“ Bundesrepublik, der DDR und der „neuen“ Bundesrepublik in der deutschen Geschichte. Es handelt sich vor allem um einen Versuch, die Gegenwart aus der jüngsten Vergangenheit zu erklären. Im Mittelpunkt stehen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in beiden deutschen Staaten; gefragt wird vor allem nach Wandel und Beharrung, nach Kontinuitäten und Brüchen. Dieses Vorgehen bedingt, dass die Systemkonkurrenz zwischen Bundesrepublik und DDR zwar durchaus gesehen wird, aber nicht im Zentrum steht.¹³ Einen anderen Ansatz verfolgt Peter Graf Kielmansegg mit seiner „Geschichte des geteilten Deutschland“. Darin

1991⁵; ders., Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970, Bonn 1997², die Zitate S. 10, 12.

¹² Peter Bender, Episode oder Epoche? Zur Geschichte des geteilten Deutschland, München 1997, die Zitate S. 10, 12, 152.

¹³ Vgl. Gerhard A. Ritter, Über Deutschland. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte, München 2000².

bezeichnet er die Wege der Bundesrepublik und der DDR „als zwei konkurrierende Versuche, im unentrinnbaren Schatten der Katastrophe deutsche Geschichte neu beginnen zu lassen“. Zwar verdeutlicht er, dass auch die diesbezüglichen Strategien der DDR nicht von vornherein aussichtslos waren; „Zukunftsfähigkeit“, so das dezidierte Urteil Kielmanseggs, gewann indes letztlich nur die Bundesrepublik.¹⁴ Heinrich August Winkler schließlich interpretiert die deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zur Wiedervereinigung als „langen Weg nach Westen“. In dieser Perspektive beschritten beide deutsche Staaten nach dem Untergang des deutschen Reiches – womit dessen antiwestlicher Sonderweg endete – noch einmal Sonderwege: die DDR einen (von der Parteidoktrin vorgegebenen) „internationalistischen“ und die Bundesrepublik einen „postnationalen“. Erst mit der Wiedervereinigung seien beide Sonderwege beendet worden, und Deutschland habe als „demokratischer, postklassischer Nationalstaat unter anderen“ zu sich selbst und zugleich endgültig zum „Westen“ gefunden.¹⁵

Die Parallelgeschichten und die genannten Synthesen zeigen einerseits, dass die DDR als Teil der deutschen Geschichte nach 1945 durchaus ernst genommen wird. Zu kritisieren, dass der ostdeutschen Entwicklung in fast allen diesen Werken weniger Aufmerksamkeit gewidmet wird als der westdeutschen, wäre möglich, aber letztlich verfehlt. Denn es geht den Autoren, wie dargelegt, nicht um eine gleichmäßige Behandlung, und ihre Arbeiten sind an den von ihnen selbst gesetzten Zielen zu messen. Andererseits lässt sich festhalten, dass eine deutsch-deutsche Nachkriegsgeschichte, die der getrennten Entwicklung beider Teilstaaten ebenso gerecht wird wie den weiterhin bestehenden Verbindungen und Beziehungen, die ihre Bezogenheit aufeinander ebenso integriert wie ihre Abgrenzung voneinander, bisher noch

¹⁴ Die Zitate in: Peter Graf Kielmansegg, Konzeptionelle Überlegungen zur Geschichte des geteilten Deutschlands, in: Potsdamer Bulletin für Zeitgeschichtliche Studien, Nr. 23/24 (Oktober 2001), S. 19, 13. Vgl. auch ders., Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland, Berlin 2000.

¹⁵ Heinrich August Winkler, Der lange Weg nach Westen, Bd. I: Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik; Bd. II: Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung, München 2002³, die Zitate Bd. II, S. 652, 655.

aussteht. Dabei handelt es sich zum einen um ein konzeptionelles Problem; zum anderen liegt die Schwierigkeit darin, dass trotz des Booms der DDR-Forschung seit der Wiedervereinigung die Forschungslage zu den einzelnen hier interessierenden Fragen höchst unterschiedlich ist.

Zur konzeptionellen Seite hat sich vor kurzem Konrad Jarausch geäußert. Da die gängigen Großerklärungen (etwa: Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik, Misserfolgsgeschichte der DDR) in diesem Zusammenhang versagen, plädiert er für eine „chronologisch sensible und inhaltlich plurale Sequenzperspektive“, da nur so „die Komplexität kontrastierender Erfahrungen in Ost und West zu erfassen“ sei. Abgesehen davon, dass ausschließlich individuelle oder kollektive Erfahrungen kein Maßstab für den Historiker sein dürfen, handelt es sich eher um einen Versuch, das Problem zu umgehen, statt es zu lösen.¹⁶ Wichtiger als solche Überlegungen ist es, zunächst den Stand der Forschung zu skizzieren und, davon ausgehend, Richtungen aufzuzeigen, welche die künftige Forschung nehmen sollte, um sich einer deutsch-deutschen Geschichte nach 1945 nähern zu können.

Deutsch-deutsche Verbindungen und Beziehungen

Das spannende Thema der deutsch-deutschen Beziehungen im Sinne von Deutschlandpolitik, wechselseitigen Einwirkungsversuchen, institutionellen und persönlichen Kontakten wurde bereits vor der Wiedervereinigung unter den verschiedensten Aspekten bearbeitet. Es gehört sicher zu den Gebieten der Forschung, die nach 1990 mit am stärksten von den nun zugänglichen DDR-Archivalien profitiert haben. Im Unterschied zu den meisten DDR-Beständen in den inzwischen gesamtdeutschen Archiven gilt für die Akten bundesdeutscher Herkunft weiterhin eine dreißigjährige Sperrfrist. Die daraus entstandene, zu Recht beklagte „archivarische Asymmetrie“ ist sicher ein Hindernis auf dem Weg zur Erforschung der westdeutschen Deutschlandpolitik in den letzten anderthalb Jahrzehnten vor 1990.¹⁷ Dennoch konnten auch

¹⁶ Vgl. K. H. Jarausch (Anm. 5), S. 28.

¹⁷ So Hermann Weber, „Asymmetrie“ bei der Erforschung des Kommunismus und der DDR-Geschichte? Probleme mit Archivalien, dem Forschungsstand und bei den Wertungen, in: APuZ, 47 (1997) 26, S. 3–14, insbes. S. 4.

für die bundesdeutsche Seite die Lücken teilweise geschlossen werden: sei es durch die Nutzung einschlägiger Nachlässe in Parteiarchiven, sei es durch die vorzeitige Freigabe wichtiger staatlicher Akten für größere Darstellungen oder Akteneditionen.¹⁸ Das Ergebnis der intensiven Beschäftigung mit diesem Material ist eine beachtliche Anzahl an wissenschaftlichen Arbeiten und Dokumenteneditionen, die sich vornehmlich mit den politischen Beziehungen und Kontakten sowie mit geheimdienstlichen und anderen Unterwanderungsversuchen (vor allem in Ost-West-Richtung) befassen.¹⁹

Die Verbindungen zwischen den Deutschen in Ost und West blieben am lebendigsten in den Kirchen, die trotz staatlicher Spaltung mehr oder weniger an ihrer Zusammengehörigkeit festhielten, teilweise im Sport und im Zusammenhang mit der Abwanderung der Deutschen aus der DDR in die Bundesrepublik (der eine oft übersehene, allerdings sehr viel geringer dimensionierte Wanderungsbewegung in östlicher Richtung entsprach). Zu all diesen Themen liegen erste Überblicke und Spezialstudien vor. Selbst ein so diffiziles Thema wie der Freikauf von politischen Häftlingen aus der DDR wird inzwischen nicht nur von ehemaligen Beteiligten, sondern auch wissenschaftlich bearbeitet.²⁰

¹⁸ So hat etwa Heinrich Potthoff die Nachlässe von Willy Brandt und Helmut Schmidt für seine Arbeiten genutzt; das Bundeskanzleramt hat seine Akten für die vierteilige Geschichte der deutschen Einheit von Karl-Rudolf Korte, Dieter Grosser, Wolfgang Jäger und Werner Weidenfeld teilweise freigegeben; vgl. auch deren Edition in: *Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Dokumenten des Bundeskanzleramtes 1989/90*, bearb. von Hanns Jürgen Küsters und Daniel Hofmann, München 1998.

¹⁹ Vgl. dazu die Literaturberichte von Michael Herms, Helmut Müller-Enbergs und Manuela Glaab und die Bibliographie in: Rainer Eppelmann/Bernd Faulenbach/Ulrich Mählert (Hrsg.), *Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung*, Paderborn 2003, S. 333–337, 338–345, 346–352, S. 519–525 (insgesamt 121 Titel).

²⁰ Zu den Kirchen vgl. etwa Claudia Lepp/Kurt Nowak (Hrsg.), *Evangelische Kirche im geteilten Deutschland (1945–1989/90)*, Göttingen 2001; Joachim Mehlhausen/Leonore Siegele-Wenschkewitz (Hrsg.), *Zwei Staaten – zwei Kirchen? Evangelische Kirche im geteilten Deutschland. Ergebnisse und Tendenzen der Forschung*, Leipzig 2000; Christian Hanke, *Die Deutschlandpolitik der Evangelischen Kirche in Deutschland von 1945 bis 1990. Eine politikwissenschaftliche Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung des kirchlichen Demokratie-, Gesellschafts- und Staatsverständnisses*, Berlin 1999; Ulrich von Hehl/Hans Günter Hockerts (Hrsg.), *Der Katholizismus – gesamtdeutsche Klammer in den Jahrzehnten*

Dass die Alltagserfahrungen der Menschen mit der Teilung erst ansatzweise erforscht sind, liegt sicher an der schwierigen Quellenlage und an methodischen Problemen; unverständlich ist jedoch, warum zum innerdeutschen Handel außer einigen Überblicken und Spezialaufsätzen bisher erst eine einzige Monographie erschienen ist.²¹ Trotz eines insgesamt befriedigenden Forschungsstandes sind auf diesen Gebieten also noch weitere Studien wünschenswert. Zu nennen wären etwa die geheimdienstlichen Perzeptionen und Aktivitäten des Westens, für deren Erforschung sich die Quellenlage etwas gebessert hat,²² das weite Feld der innerdeutschen wirtschaftlich-finanziellen Beziehungen, aber auch Flucht

der Teilung? *Erinnerungen und Berichte*, Paderborn 1996. Zu den Sportbeziehungen siehe die einschlägigen Titel in der Bibliographie in: R. Eppelmann u.a. (Anm. 19), S. 508–511. Zu den Wanderungsbewegungen Helge Heidemeyer, *Flucht und Zuwanderung aus der SBZ/DDR 1945/49–1961. Die Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik Deutschland bis zum Bau der Berliner Mauer*, Düsseldorf 1994; Henrik Bispinck, „Republikflucht“: Flucht und Ausreise als Problem für die DDR-Führung, in: Dierk Hoffmann/Michael Schwartz/Hermann Wentker (Hrsg.), *Vor dem Mauerbau. Politik und Gesellschaft in der DDR der fünfziger Jahre*, München 2003, S. 285–309; Andrea Schmelz, *Migration und Politik im geteilten Deutschland während des Kalten Krieges. Die West-Ost-Migration in die DDR in den 1950er und 1960er Jahren*, Opladen 2002. Zum Häftlingsfreikauf Ludwig Rehlinger, *Freikauf. Die Geschäfte der DDR mit politisch Verfolgten 1963–1989*, Berlin 1991; Maximilian Horster, *The Trade in Political Prisoners between the Two German States, 1962–89*, in: *Journal of Contemporary History*, 39 (2004), S. 403–424.

²¹ Zu Alltagserfahrungen vgl. etwa Christian Härtel/Petra Kabus (Hrsg.), *Das Westpaket. Geschenksendung, keine Handelsware*, Berlin 2000; Ina Dietzsch, *Grenzen überschreiben? Deutsch-deutsche Briefwechsel 1948–1989*, Köln–Weimar–Wien 2004. Zum innerdeutschen Handel Maria Haendcke-Hoppe-Arndt, *Interzonenhandel/Innerdeutscher Handel*, in: *Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“*, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Bd. V/2, Baden-Baden 1995, S. 1543–1571; Friedrich von Heyl, *Der innerdeutsche Handel mit Eisen und Stahl 1945–1972. Deutsch-deutsche Beziehungen im Kalten Krieg*, Köln 1997.

²² Im September 2003 wurde die aus den Jahren 1960 bis 1962 stammenden BND-Aktenserie „Militärischer Lagebericht OST“ für die Jahre 1960 bis 1992 an das Bundesarchiv abgegeben und deklassifiziert; im März 2004 folgten 139 Bände aus dem Referat „Politische Auswertung SBZ/DDR“ aus den Jahren 1963 bis 1990. Vgl. dazu Elke-Ursel Hammer, „Archivwesen“ im Bundesnachrichtendienst und Bestand B 206 im Bundesarchiv. Von Quellen-/Methodenschutz und dem historischen Interesse, in: *Mitteilungen aus dem Bundesarchiv*, 12 (2004) 1, S. 43.

und Übersiedlung aus der DDR nach 1961²³ und der Reise- und Besucherverkehr zwischen beiden Staaten.

Integrierende Perspektiven und Synthesekerne

Die beiden deutschen Staaten standen indes nicht nur in einem direkten Sinne in Kontakt miteinander. Sie mussten darüber hinaus mit Problemen umgehen, die aus der gemeinsamen jüngsten Geschichte resultierten. Unmittelbar nach 1945 standen die Entnazifizierung, die Integration der Vertriebenen aus den Ostgebieten, die Wiedergutmachung und die Zahlung von Reparationen in beiden Teilen Deutschlands auf der Tagesordnung. Darüber hinaus ging es – vor allem in den späteren Jahrzehnten – um Probleme, denen die Industriestaaten systemübergreifend ausgesetzt waren. Trotz aller Gegensätzlichkeit der Systeme gab es eine Reihe von Phänomenen, die aufgrund weltweiter Trends in beiden Staaten auftraten und deren vergleichende Untersuchung sich lohnt. Hans Günter Hockerts bezeichnet solche Phänomene als „integrierende Perspektiven oder Synthesekerne“²⁴ für die Geschichte der Bundesrepublik und der DDR. In dem von ihm herausgegebenen Sammelband „Koordinaten deutscher Geschichte in der Episode des Ost-West-Konflikts“ werden einige solcher Perspektiven skizziert. Eine Untersuchung der deutsch-deutschen Geschichte unter diesem Blickwinkel hätte den Vorteil, dass sie, ausgehend von ähnlichen Phänomenen, vergleichend vorgehen könnte: Gemeinsamkeiten könnten ebenso herausgearbeitet werden wie Unterschiede und damit zu einem differenzierten Bild des Umgangs der Bundesrepublik wie der DDR mit Phänomenen, die beide Staaten betrafen, beitragen.

Doch welche „Synthesekerne“ eignen sich besonders für eine solche Untersuchung? Wo versprechen tiefer gehende Bohrungen auch

²³ Die bisherigen Veröffentlichungen haben das Vorgehen des MfS gegen die Ausreisewilligen thematisiert: vgl. Bernd Eisenfeld, *Die Zentrale Koordinierungsgruppe. Bekämpfung von Flucht und Übersiedlung*, Berlin 1995; Hans-Hermann Lochen/Gerhard Meyer-Seitz (Hrsg.), *Die geheimen Anweisungen zur Diskriminierung Ausreisewilliger. Dokumente der Stasi und des Ministeriums des Innern*, Köln 1992.

²⁴ Hans Günter Hockerts (Hrsg.), *Koordinaten deutscher Geschichte in der Epoche des Ost-West-Konflikts*, München 2004, S. IX.

Hoffnungen auf Erkenntnisgewinn? Auch in dieser Hinsicht können einzelne Beiträge des von Hockerts herausgegebenen Bandes nützlich sein. Dort werden unter anderem Fragen nach der Bedeutung der Religion und des Bürgertums für beide Staaten gestellt. Dass die DDR in weitaus stärkerem Maße als die Bundesrepublik säkularisiert war, ist bekannt. Auch die Begründung, die dafür gegeben wurde, ist einleuchtend: Es war die Kombination einer mangelnden Verankerung von Religion und Kirche in einer eigenständigen Volkskultur mit einer fast durchgehend, über 60 Jahre hinweg praktizierten antikirchlichen Politik. Beides war für die Bundesrepublik so nicht gegeben.²⁵ Ähnlich gelagert ist der Fall bei einer West- und Ostdeutschland vergleichenden Betrachtung von „Bürgertum“: Während mit Blick auf die Bundesrepublik durchaus von einer bürgerlich geprägten Gesellschaft die Rede sein kann, gab es in der DDR Bürgertum allenfalls noch in einigen wenigen Residuen, die zudem keine größere Ausstrahlungskraft auf die Gesamtgesellschaft entfalten konnten.²⁶

Demgegenüber bildet die sozioökonomische Krise der Industriegesellschaft von Mitte der sechziger bis Ende der siebziger Jahre ein lohnendes Untersuchungsfeld. Denn beide Staaten waren von ihr betroffen, die Bundesrepublik etwas früher und die DDR etwas später. Zwar ist unübersehbar, dass die DDR, die vor allem auf eine Ausweitung der Kreditaufnahme im Westen und eine Fortschreibung der Subventionierung durch die Sowjetunion setzte, den Strukturwandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft nicht bewältigt hat. Doch die Frage, wie in beiden deutschen Staaten die Krise wahrgenommen und nach welchen Bewältigungsstrategien gesucht wurde, könnte den Ausgangspunkt für eine weiterführende vergleichende Analyse bieten.²⁷ Ähnliches gilt, wie ebenfalls bereits ansatzweise gezeigt, für die staatlichen Versuche, die negativen Folgen ökonomischer Krisen mittels Sozialpolitik abzubremsen oder abzufedern. Da Sozialpolitik für die DDR

²⁵ Vgl. Karl Gabriel, *Zur Bedeutung der Religion für Gesellschaft und Lebensführung in Deutschland*, in: H. G. Hockerts (ebd.), S. 275.

²⁶ Vgl. Hannes Sigrist, *Wie bürgerlich war die Bundesrepublik, wie entbürgerlicht die DDR? Verbürgerlichung und Antibürgerlichkeit in historischer Perspektive*, in: H. G. Hockerts (ebd.), S. 207–243.

²⁷ Vgl. dazu Charles S. Maier, *Two Sorts of Crisis? The „long“ 1970s in the West and the East*, in: H. G. Hockerts (ebd.), S. 49–62.

trotz der propagierten Überwindung des kapitalistischen Systems weiterhin notwendig blieb, lassen sich DDR und Bundesrepublik auch als Sozialstaaten unterschiedlicher Prägung mit Gewinn miteinander vergleichen.¹²⁸ Auch das Paradigma der „Wissensgesellschaft“ könnte komparativen Studien zugrunde gelegt werden. Denn Verwissenschaftlichungsprozesse, die etwa im Gesellschaftssystem, in der Wirtschaft, in der Politik und in der Wissenschaftsorganisation sichtbar wurden, lassen sich für West- und Ostdeutschland gleichermaßen beobachten. Wissenschaft und moderne Technologien sollten den wirtschaftlichen Fortschritt ebenso sicherstellen wie das militärische und politische Überleben in der bipolaren Welt des Kalten Krieges. Die Gründung von Großforschungseinrichtungen in den Bereichen Anwendung und Technologie, eine bis dahin ungekannte Ausweitung des Bildungswesens und die verstärkte Beratung der Politik durch wissenschaftliche Experten waren in den sechziger und frühen siebziger Jahren kennzeichnend für beide deutsche Staaten.¹²⁹

Jenseits der von Hockerts angeregten und zusammengeführten Forschungen sind weitere Gebiete für einen solchen systematischen Vergleich denkbar. Zu nennen wären Forschungsgegenstände wie Umweltgeschichte – einschließlich der Geschichte der Umweltpolitik –, die zunehmende Individualisierung der Lebensstile oder auch kulturgeschichtliche Themen wie die Produktkommunikation in Ost und West.¹³⁰ Für deren Auswahl ist entscheidend, dass sich eine gemeinsame, vergleichende Fragestellung mit Gewinn verfolgen lässt.

¹²⁸ Vgl. dazu (unter Einbeziehung der für beide Staaten gemeinsamen Vorgeschichte der Jahre 1933 bis 1945) Hans Günter Hockerts (Hrsg.), *Drei Wege deutscher Sozialstaatlichkeit. NS-Diktatur, Bundesrepublik und DDR im Vergleich*, München 1998; Dierk Hoffmann/Michael Schwartz (Hrsg.), *Sozialstaat DDR. Sozialpolitische Entwicklungen im Spannungsfeld von SED-Diktatur und Gesellschaftsdynamik*, München 2005 (Arbeitstitel, im Druck).

¹²⁹ Margit Szöllosi-Janze, *Wissensgesellschaft – ein neues Konzept zur Erschließung der deutsch-deutschen Zeitgeschichte?*, in: H. G. Hockerts (Anm. 24), S. 277–304.

¹³⁰ Zu Letzterem vgl. Rainer Gries, *Produkte als Medien. Kulturgeschichte der Produktkommunikation in der Bundesrepublik und der DDR*, Leipzig 2003. Es geht darin um die kulturellen Identitäten, die durch Produkte und deren Präsentation in Ost und West geschaffen wurden.

Eine andere weiterführende Möglichkeit, die deutsch-deutsche Geschichte nach 1945 zu behandeln, besteht darin, den Perzeptionen des jeweils anderen Staates und deren Wirkungen systematischer nachzugehen, als dies bisher geschehen ist. Dieser Ansatz begreift die beiden deutschen Staaten als Konkurrenten, die einander nie aus den Augen ließen, sich voneinander sichtbar abgrenzten, in der Konkurrenz aber stets aufeinander bezogen blieben. Dass vor dem Hintergrund „der Gegensätzlichkeit und engen Aufeinanderbezogenheit der beiden Gesellschaftssysteme auf deutschem Boden“ die Nation in einer „dialektischen Einheit“ verbunden war,¹³¹ sollte indes nicht leichtfertig behauptet werden, bevor dies nicht durch entsprechende Forschungen erhärtet worden ist.

Indizien für eine solche „Verflechtung in der Abgrenzung“ (Kleßmann) sind vorhanden. Am deutlichsten ist dieser Zusammenhang in der Außenpolitik der beiden Staaten in den fünfziger und sechziger Jahren erkennbar. Dem Alleinvertretungsanspruch Bonns, der 1955 in die Form der Hallstein-Doktrin gegossen wurde, stand das Streben Ost-Berlins nach Anerkennung gegenüber: Während die Bundesrepublik im Sinne der Hallstein-Doktrin die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen von Drittstaaten mit der DDR verhindern wollte, suchte Letztere krampfhaft nach Mitteln und Wegen, um ihre internationale Isolation aufzubrechen.¹³² Auch die Bestrafung von NS-Verbrechen einschließlich des gesamten Komplexes „Vergangenheitsbewältigung und Justiz“ war ein wesentlicher Bestandteil der deutsch-deutschen Systemkonkurrenz. Die DDR suchte ihren „Antifaschismus“ durch propagandistische Kampagnen gegen „NS-Blutrichter“ in Diensten der Bundesrepublik, durch Schauprozesse gegen prominente und umstrittene westdeutsche Politiker wie Theodor Oberländer und Hans Globke und durch harte Strafen in NS-Verfahren zu untermauern. All dies traf in der

¹³¹ So Karl Dietrich Erdmann, *Drei Staaten – zwei Nationen – ein Volk? Überlegungen zu einer deutschen Geschichte seit der Teilung*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, 36 (1985), S. 682.

¹³² Vgl. dazu auf der Basis von west- und ostdeutschen Quellen jüngst William Glenn Gray, *Germany's Cold War. The Global Campaign to Isolate East Germany, 1949–1969*, Chapel Hill–London 2004.

Bundesrepublik seit Ende der fünfziger Jahre auf einen sich wandelnden Zeitgeist im Hinblick auf die NS-Vergangenheit, löste aber auch regierungsinterne Kontroversen aus. Der DDR ging es weiterhin nicht um eine möglichst systematische Strafverfolgung gegen NS-Täter, sondern darum, die Bundesrepublik zu diskreditieren oder einen Ansehensverlust der DDR zu vermeiden. NS-Prozesse wurden daher oft mit Blick auf den größtmöglichen operativen Nutzen in der deutsch-deutschen Systemkonkurrenz geführt.¹³³ Als letztes Beispiel sei auf Überlegungen in der SED-Führung 1956 verwiesen, eine Rentenreform in der DDR durchzuführen, der zufolge die Renten stärker an Löhne und Gehälter gekoppelt werden sollten. Daraus wurde zwar nichts; die Diskussion zeigt indes, dass die westdeutsche Rentendebatte, die zur Rentenreform von 1957 führen sollte, sich auch auf die DDR auswirkte.¹³⁴

Trotz dieser Indizien, denen sich noch weitere hinzufügen ließen,¹³⁵ sind die gegenseitigen Perzeptionen von politischen Entscheidungen, Programmen und politischen Ideen sowie von verschiedensten gesellschaftlichen und politischen Prozessen noch nicht systematisch erforscht. Das gilt auch für die Frage, ob und wie sich diese Perzeptionen auf den verschiedenen Politikfeldern und in den gesellschaftlichen Subsystemen beider Staaten ausgewirkt haben. Das Spektrum reicht von intentionaler Kopie über die Einschränkung von Handlungsoptionen durch den jeweils anderen bis zu bewusster Abgrenzung bzw. gezielter Ausblendung oder Nichtwahrneh-

¹³³ Vgl. dazu Annette Weinke, Die Verfolgung von NS-Tätern im geteilten Deutschland – Vergangenheitsbewältigungen 1949–1969 oder: Eine deutsch-deutsche Beziehungsgeschichte im Kalten Krieg, Paderborn 2002; Hermann Wentker, Die juristische Ahndung von NS-Verbrechen in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR, in: Kritische Justiz, 35 (2002), S. 60–78.

¹³⁴ Vgl. Dierk Hoffmann, Sozialistische Rentenreform? Die Debatte um die Verbesserung der Altersversorgung in der DDR 1956/57, in: Stefan Fisch/Ulrike Haerendel (Hrsg.), Geschichte und Gegenwart der Rentenversicherung in Deutschland. Beiträge zur Entstehung, Entwicklung und vergleichenden Einordnung der Alterssicherung im Sozialstaat, Berlin 2000, S. 293–309.

¹³⁵ Vgl. dazu Hermann Wentker, Die gesamtdeutsche Systemkonkurrenz und die durchlässige innerdeutsche Grenze. Herausforderung und Aktionsrahmen für die DDR in den fünfziger Jahren, in: D. Hoffmann u. a. (Anm. 20), S. 65–69.

¹³⁶ Es handelt sich um ein im Wesentlichen von Peter Skyba und Michael Schwartz konzipiertes Projekt.

mung. Dazu ist ein Projekt am Institut für Zeitgeschichte München–Berlin mit dem Arbeitstitel „Das doppelte Deutschland. Die Perzeption des Anderen und ihre Wirkungen in der deutschen Nachkriegsgeschichte“ in Vorbereitung.¹³⁶

Ziel ist es nicht, die deutschen Nachkriegsentwicklungen primär aus einer Aufeinanderbezogenheit beider Staaten zu erklären; es geht vielmehr um die Bestimmung der aus der deutsch-deutschen Sondersituation resultierenden Faktoren, die Einfluss auf die jeweilige Entwicklung hatten. Da ein analytischer Zugriff auf diesen Bereich der deutsch-deutschen Beziehungsgeschichte als Ganzes kaum möglich ist, soll in etwa 15 bis 20 thematischen Längsschnitten die ost- und die westdeutsche Entwicklung unter der skizzierten Fragestellung und aufeinander bezogen untersucht werden. Im Zentrum stehen unterschiedliche Politikfelder sowie gesellschaftliche und kulturelle Prozesse, die Aufschlüsse über den Grad der Verflechtung bzw. gegenseitigen Abstoßung versprechen.

Dass diese Bemühungen zu einer neuen „Meistererzählung“ der deutschen Geschichte nach 1945 führen, ist angesichts der zahlreichen, oft kaum miteinander kompatiblen Zugänge zu diesem Teil der Zeitgeschichte wenig wahrscheinlich. Gleichwohl sind sie notwendig, um der deutsch-deutschen Vergangenheit in ihrer Komplexität Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Das wieder vereinigte Deutschland benötigt kein einheitliches Geschichtsbild, sondern eines, in dem die getrennten Wege ebenso ihren Platz haben wie die verbindenden Elemente der doppelten deutschen Nachkriegsgeschichte.

Zeitgeschichte in Europa – oder europäische Zeitgeschichte?

Was Zeitgeschichte sein kann, stellt einen alten Streit dar. Bereits im Ersten Weltkrieg wurde von dem späteren Kölner Historiker Justus Hashagen ein recht zeitbezogener Begriff entwickelt,¹ der nahtlos auf die deutsche Apologie einer „Kriegsunschuld“ im „Kampf gegen Versailles“ angewandt werden konnte: Sie kam aus der

Jost Dülffer

Dr. phil., geb. 1943;

Professor für Neuere Geschichte an der Universität zu Köln.

Historisches Seminar, Universität zu Köln,

Albertus-Magnus-Platz, 50923 Köln.

duelffer@uni-koeln.de

Zeitzeugenschaft und wollte nationalpädagogisch eine bestimmte Sicht der Dinge „beweisen“. Sucht man dagegen nach inhaltlichen Zäsuren, dann sollte man sich mit dem Plädoyer von Margit Szöllösi-Janze auseinander setzen, die mit dem

Begriff der Wissensgesellschaft eine Schlüsselkategorie ausdifferenziert.² Sie datiert den Beginn der Zeitgeschichte bereits um 1880 und vermag in diesem Rahmen nachfolgende weitere Zäsuren zu setzen. Zeitbezogener Ansatz oder epochenprägende Entwicklung lautet also die aufgeworfene Alternative, die Hans Rothfels programmatisch im Jahr 1953 zur (Neu-)Begründung der Zeitgeschichte beantwortete:³ Beides treffe zu, wenn man mit dem Jahr 1917 beginne. Sie sei die Epoche der Mitlebenden und eine historische Zäsur mit dem Eintritt der USA in den Weltkrieg und der bolschewistischen Revolution.

Zeitgeschichte im ersten Sinn ist in jeder Gesellschaft und vor jeder Wissenschaft da. Geschichte wird berichtet, ist ein Teil des kommunikativen Gedächtnisses, das wissenschaftlicher Korrektur nur schwer zugänglich ist, aber gerade daher eine besondere Herausforderung für die Geschichtswissenschaft bildet. Darüber hinaus gibt es positiv gesehen die Chance der Zeitzeugenbefragung, negativ die Schwierigkeit der Sperrfristen von Akten

in Archiven. Das sollte nach wie vor ein wichtiges Kriterium für Zeitgeschichte bilden. Schon daher kann der Epochenchnitt gut 50 Jahre nach Rothfels' Ausführungen nicht mehr 1917 sein, sondern sollte in der politischen Geschichte, die auf alle Bereiche des menschlichen Lebens ausstrahlt, eher auf 1945 mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs samt seinem besonderen Charakter als Vernichtungskrieg bzw. auf 1989/90 mit dem Ende kommunistischer Herrschaft gelegt werden. Das gilt für Europa, aber auch für weite Teile der übrigen Welt. Beide Daten bilden relative Konstruktionen, die ihren Sinn haben. Man kann also nach meinem Vorschlag die ältere Zeitgeschichte nach Rothfels zu den Akten legen und mit Hans-Peter Schwarz neben der neueren auch eine „neueste Zeitgeschichte“ unterscheiden.⁴ Zeitgeschichte wird so zu einer rollierenden Form der Annäherung, die immer wieder neu zu bestimmen ist.

Was hier für die deutsche Zeitgeschichte aufgeführt ist, gilt natürlich auch im größeren Rahmen. Schon Rothfels argumentierte welt-historisch. Heute wäre man mit inhaltlichen Kriterien wohl vorsichtiger. Bedeutet europäische Zeitgeschichte nicht dasselbe wie deutsche Zeitgeschichte, nur im größeren Rahmen? Otto von Bismarck reagierte allergisch, wenn von Europa statt von nationalen Interessen die Rede war, aber auch in jüngster Zeit

¹ Vgl. für eine frühere Version ähnlicher Argumente: Jost Dülffer, Europäische Zeitgeschichte. Narrative und historiographische Perspektiven, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe, 1 (2004) 1, www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Duelffer-1-2004; vgl. auch Justus Hashagen, Das Studium der Zeitgeschichte, Bonn 1915; zum Kontext: Klaus Große Kracht, Kriegsschuldfrage und zeithistorische Forschung in Deutschland. Historiographische Nachwirkungen des Ersten Weltkrieges, in: Zeitgeschichte-online, Mai 2004, www.zeitgeschichte-online.de/md=EWK-Gkracht. Für anregende Kritik danke ich Simone Derix.

² Vgl. Margit Szöllösi-Janze, Wissensgesellschaft in Deutschland. Überlegungen zur Neubestimmung der deutschen Zeitgeschichte über Verwissenschaftlichungsprozesse, in: Geschichte und Gesellschaft, 30 (2004), S. 277–313; dies., Wissensgesellschaft – ein neues Konzept zur Erschließung der deutsch-deutschen Zeitgeschichte, in: Hans Günter Hockerts (Hrsg.), Koordinaten deutscher Geschichte in der Epoche des Ost-West-Konfliktes, München 2004, S. 277–305.

³ Vgl. Hans Rothfels, Was ist Zeitgeschichte?, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZG), 1 (1953), S. 1 ff.

⁴ Vgl. Hans-Peter Schwarz, Die neueste Zeitgeschichte, in: VfZG, 51 (2003), S. 5–28.

titelte etwa brillant Timothy Garton Ash „Im Namen Europas“, als er die bundesdeutsche Heuchelei europäischer Argumentationsmuster anstelle offener deutscher Interessenbenennung zu entlarven trachtete.¹⁵

In der Gegenwart ist Europa in aller Munde, da doch 2004 die Osterweiterung auf 25 Staaten vollzogen worden ist, wobei gelegentlich die Bezugsgrößen durcheinander geraten; mal heißt es – korrekt – Osterweiterung der EU, mal aber auch – fälschlich – Europas. Gerade in ehemaligen „Oststaaten“ ist seit den achtziger Jahren häufig von einer „Rückkehr nach Europa“ die Rede gewesen – in welches Europa, und: War „Osteuropa“ nicht auch immer Europa? Je enger die Staaten Europas zur europäischen Integrationsorganisation gehören, desto eher hört die genannte Unterscheidung auf – aber „Zeitgeschichte“ bestimmt sie allemal.

Meistererzählungen der Zeitgeschichte

Gerade weil jüngst erlebte Geschichte ständig präsent ist, gibt es dominierende Erzähl- und Betrachtungsweisen, die sich vom erlebten und erinnerten Bereich der individuellen Geschichte bis auf die europäische Ebene verlagern können oder ihn mitdenken – die Zeitgeschichte Europas. „Meistererzählungen“ wird das im Anschluss an die englischen „master narratives“ sinnvollerweise genannt, denn diese wirken, und sie prägen die Sicht.¹⁶ Einige von ihnen markieren einen klaren Fortschritt, begründen also ein *progressives Narrativ*:

1. Die Aufbaugeschichte aus den Zerstörungen und dem Massentod des Weltkriegs heraus: „Auferstanden aus Ruinen“.¹⁷

¹⁵ Timothy Garton Ash, Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent, München–Wien 1993. Die Umkehrung im Titel und inhaltlich: Franz Fischer, „Im deutschen Interesse“. Die Ostpolitik der SPD von 1969–1989, Husum 2001.

¹⁶ Der englische Begriff der „master narrative“ scheint sich auch im Deutschen durchgesetzt zu haben: Konrad H. Jarausch/Martin Sabrow (Hrsg.), Die historische Meistererzählung. Deutungslinien der deutschen Nationalgeschichte nach 1945, Göttingen 2002; vgl. Hayden White, Metahistory. Die historische Einbildungskraft im 19. Jahrhundert, Frankfurt/M. 1991 (engl. 1973), daran auch meine Einteilungen der Narrative angelehnt.

¹⁷ Johannes R. Bechers Nationalhymne der DDR war auf einen ganz anderen Kontext bezogen, lässt sich aber sinnvoll auf den ganzen Kontinent beziehen.

2. Vom „Westen“ her gedacht: die Modernisierung Europas, „Wohlstand für alle!“¹⁸ und, sofern sie vom Westen auf den „Osten“ bezogen wurde, die „Magnettheorie“ vom Leistungswettbewerb der Bevölkerungen und Systeme.¹⁹

3. Aus gleicher Perspektive, aber stärker auf die Staatenpolitik gerichtet: die Geschichte der westeuropäischen Integration als Erfolgsgeschichte, vom Sechser Europa der Montanunion zur Europäischen Union des Jahres 2004 mit 25 Mitgliedstaaten; die „Adventserzählung“: „erst sechs, dann neun, dann zwölf – jetzt 25!“

4. Die Ostintegration: der sozialistische Block als welthistorisch überlegenes Modell des Fortschritts, gefährdet durch kapitalistischen Imperialismus, „Der Sozialismus siegt!“ (Er verlor dann doch in fast jeder Hinsicht.)

Eine andere „Meistererzählung“ markiert ein *tragisches Narrativ*:

5. Das Katastrophenzeitalter, über das Eric Hobsbawm im „kurzen 20. Jahrhundert“ für die Zeit bis 1945 sprach, wurde von einem „goldenen Zeitalter“ bis Mitte der siebziger Jahre abgelöst, dem seither neue Instabilität im „Erdrutsch“ neuer Krisen in Richtung auf eine Globalisierung gefolgt sei.¹⁰

Regressiv wäre zu nennen:

6. Die Verdrängung Europas als zentraler Akteur der Weltgeschichte: Dekolonisierung und Globalisierung, „Europa schrumpft“.

Eine *dialektische Sicht* zeichnet zwei weitere Blicke aus:

7. Die Beziehungsgeschichte eines unterschiedlich strukturierten Paares, des Ostens

¹⁸ Das für Becher Gesagte gilt auch für Ludwig Erhards (Wahl-)Kampfpapare (und Buchtitel) der fünfziger Jahre: Wohlstand für alle!, Düsseldorf 1957.

¹⁹ Sie wurde zuerst 1948/49 von Kurt Schumacher als normativer Anspruch entwickelt, dann von Konrad Adenauer gegenüber dem „Osten“ in Deutschland und Europa in ganz ähnlicher Funktion übernommen.

¹⁰ Vgl. Eric Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme, Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts (engl. 1994), Frankfurt/M. 1998; vgl. die ähnliche Titeldiagnose der Neugeburt des Phönix von Walter Z. Laqueur, Europa aus der Asche, Geschichte seit 1945, München–Zürich–Wien 1970. (Die erweiterte Neuauflage dachte die Entwicklung bereits weit in die Zukunft hinein: Europa auf dem Weg zur Weltmacht 1945–1992, München 1992.)

und des Westens: Es grenzte sich voneinander ab, versuchte hin und wieder die Annäherung, trug heftige Auseinandersetzungen aus, zog sich trotz Ablehnung an und kam nicht voneinander los. Dieses Europa der dialektischen Wechselwirkungen ohne Synthese oder Versöhnung tritt erst langsam deutlicher hervor: „Sie küssten und sie schlugen sich.“^{I1}

8. Europa im Ost-West-Konflikt: der Kalte Krieg als vermiedener heißer Krieg der Blöcke, der aber nach innen gravierende Folgen hatte, indem er die Ängste und Drohungen in die Gesellschaften trug und andere Formen der Verdrängung oder des Austrags fand; „der Krieg gegen die menschliche Einbildungskraft“ (Michael Geyer).

Ein *peripherer Blick*:

9. Die Sicht der „Kleinen“: Sie beobachteten das Treiben der „Großen“, waren davon abhängig, wollten aber nie so werden wie jene. Und wenn sie ihrer mehr oder weniger „kindlichen“ Unmündigkeit entwachsen waren, wurden sie immer noch keine ganz Großen, wollten es auch gar nicht sein; aber es gab immer den Wunsch oder die Überzeugung, es besser machen zu können als diese.

Schließlich ist es sinnvoll, von einem *katastrophischen Narrativ* zu sprechen:

10. Der Niedergang, ja die drohenden Vernichtung, die von atomaren Gefahren, militärisch oder zivil, ausging, dann die ökologische Endlichkeit entdeckte und in Diagnosen über die ungesteuerte Globalisierung mündete: „Die Grenzen des Wachstums“ – gewiss nicht auf Europa beschränkt.^{I2}

Diese Schneisen mögen genügen, weitere ließen sich unschwer hinzufügen. Es mag im Ansatz ein europäisches Gedächtnis geben,^{I3} aber das hat deutliche Grenzen, auch wenn man auf die gemeinsame Gewaltgeschichte des Kontinents abheben will.^{I4} Gerade beim

^{I1} In Abwandlung des deutschen Titels eines Films von Francois Truffaut, „Les quatre cent coups“ 1957/58: „Sie küssten und sie schlugen ihn“.

^{I2} Nach dem Sachbuch von Dennis Meadows u. a., Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, Stuttgart 1974.

^{I3} Vgl. Henry Rousso, Das Dilemma eines europäischen Gedächtnisses, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe, 1 (2004) 3, www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Rousso-3-2004.

^{I4} Vgl. John Horne, War and conflict in contemporary European history, 1914–2004, in: ebd.,

Blick auf einzelne Staaten gab und gibt es fruchtbringende nationale Narrative der Zeitgeschichte, die ganz anders periodisieren als hier vorgeschlagen, aber auch national spezifische Sichten vertreten, wie es ein Sammelband von Alexander Nützenadel und Wolfgang Schieder nahelegt.^{I5} Diese Meisterzählungen bilden eine subjektive Auswahl aus gängigen öffentlichen Diskursen. Sie überschneiden sich, bauen aufeinander auf, liegen z. T. auf anderen Ebenen. Ebenso kann man skeptisch sein, ob diese kollektiven Narrative nicht längst überholt sind und treffender durch eine Summe postmoderner Einzelerzählungen aufzulösen wären.^{I6} Wenn man unter einer Meistererzählung „die in einer kulturellen Gemeinschaft zu einer gegebenen Zeit dominante Erzählweise des Vergangenen“ versteht, ist nach ihrem Verhältnis zur Geschichtswissenschaft zu fragen. Verständigungsangebote dieser Art sind vor jeder Geschichtswissenschaft vorhanden, erwachsen aus persönlichen Erfahrungen und Familientradition, werden in einer Mediengesellschaft aber auch immer wieder neu und anders gebündelt.

Auf Meistererzählungen bauen oft die beabsichtigten Impulse zur Traditionsbildung und Geschichtspolitik auf, die im politischen und kulturellen Raum ausgeprägt sind. Geschichtswissenschaft kann darin nur als Teil einer pluralistischen Gesellschaft ihre Erkenntnisse einbringen, etwa in „kulturellen Gedächtnistraditionen, medialen Vergewärtigungen und politischen Inszenierungen“. Affirmativ-propagandistisch oder kritisch-destruierend sind die wichtigsten Grundhaltungen. „Zeitgeschichte als Streitgeschichte“ markiert einen zentralen Punkt der

www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Horne-3-2004.

^{I5} Vgl. Alexander Nützenadel/Wolfgang Schieder (Hrsg.), Zeitgeschichte als Problem. Nationale Traditionen und Perspektiven der Forschung in Europa (Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft), Göttingen 2004, darin z. B.: Christoph Dipper, Die Geburt der Zeitgeschichte aus dem Geist der Krise. Das Beispiel Schweiz; Ernst Hanisch, Die Dominanz des Staates. Österreichische Zeitgeschichte im Drehkreuz von Politik und Wissenschaft; Martin Sabrow, Herrscherlob als historiographische Herausforderung. Zeitgeschichte in der DDR; Detlev Mares, Too Many Nazis? Zeitgeschichte in Großbritannien.

^{I6} Darauf scheint mir Konrad Jarusch/Michael Geyer, Shattered Past. Reconstructing German Histories, Princeton u. a. 2003 hinauszulaufen. Meine Ausführungen stützen sich auf die Einleitung von Jarusch und Sabrow (Anm. 6), S. 9–32 (Zit S. 17, 18).

allgemeinen Debatte,¹⁷ was für die Öffentlichkeit gilt, aber auch für die Wahl von wissenschaftlichen Gegenständen, die davon unabhängig Kategorien für neue Erkenntnischancen entwickeln kann. So könnte es spannend sein, zwischen dem „gedachten“ und dem „gelebten“ Europa zu unterscheiden,¹⁸ dem das „vereinbarte“ Europa als dritte Bezugsgröße sinnvoll hinzuzufügen wäre.

Das „gedachte Europa“ bezieht sich primär auf die Europaideen und -vorstellungen, auf die Wünsche und Ziele Einzelner und ganzer Organisationen, auf die Konstruktionen von Europa. Das „gelebte Europa“ richtet sich eher auf Methoden und Gegenstände der Kultur- und Sozialgeschichte und sucht Gemeinsamkeiten, Prägungen und Besonderheiten auszumachen. Das „vereinbarte Europa“ betrachtet demgegenüber den Rahmen der kodifizierten und verrechtlichten Stränge, vom europäischen Gemeinschaftsrecht bis zu dessen mehr oder weniger starker Akzeptanz und geglückter Umsetzung. Aus dem Zusammenwirken methodischer Grundüberlegungen und allgemeiner Erzählungen ließen sich Muster entfalten, dabei dann die Gemeinsamkeiten, Überschneidungen und Differenzen beider Ebenen erörtern, die Grade möglicher oder erwarteter Fruchtbarkeit von Grundkategorien und deren Entfaltung ermitteln. Das kann hier nicht geschehen, wohl aber sollen einige Themenfelder und Ansätze benannt werden.

Europäische Zeitgeschichte

1. *Kriterien der Konstruktion.* Natürlich ruht Europa nicht in sich, sondern agiert nach außen, wird von außen wahrgenommen. „Europa“ bildet eine Bezugsgröße, die zu unterschiedlichen Zeiten unterschiedlich konstruiert wurde. Das betrifft die räumliche Aus-

¹⁷ Vgl. Martin Sabrow/Ralph Jessen/Klaus Große Kracht (Hrsg.), *Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen nach 1945*, München 2003, mit lesenswerten Fallstudien; die europäische Ebene fordert am deutlichsten ein: Christoph Kleßmann, *Zeitgeschichte als wissenschaftliche Aufklärung*, S. 240–263.

¹⁸ Das geht wohl auf eine französische nationale Unterscheidung des 19. Jahrhunderts zurück, thematisiert für Europa im gründlichen Problemaufriss von Hartmut Kaelble, *Europabewußtsein, Gesellschaft und Geschichte. Forschungsstand und Forschungschancen*, in: Rainer Hudemann/Hartmut Kaelble/Klaus Schwabe (Hrsg.), *Europa im Blick der Historiker (Historische Zeitschrift, Beiheft 21)*, München 1995, S. 1–29 (hier S. 5 ff., 13 ff.).

dehnung („Russland gehört zu Europa“; „Die Türkei bildet keinen Bestandteil des Kontinents“¹⁹), aber auch die Definition inhaltlicher Merkmale, zumeist kultureller Art. Am längsten lebt bis in die Gegenwart die Deutung des christlichen und damit auch normativen Charakters des Kontinents. Normative Kriterien führten häufig zu ganz anderen Europabegriffen. Das ist ein überaus lohnendes Forschungsfeld: Was wurde wann an welchen Orten für europäisch gehalten? Was für die Türken vor Wien galt, trifft auch für die Sowjetunion im Ost-West-Konflikt zu. Jedenfalls kann die zeitgenössische Ausgrenzung des Anderen oder Bedrohlichen zu einer begrifflichen Klärung kaum taugen oder auch nur beitragen.

2. *Binnendifferenzierung und Grenzen.* „Der Balkan“,²⁰ „Skandinavien“, aber auch die vier Orientierungen Ost-, West-, Nord- und Südeuropa bilden Konstruktionen relativer Einheit in Europa und *unterhalb* der Schwelle Gesamteuropas. Diese entwickelten jeweils recht spezifische Blicke auf das Ganze, vertraten Sichtweisen, die stark voneinander abwichen.²¹ Was wurde wann und wie weit zu Europa gerechnet? Gerade das könnte etwa im Falle der türkischen Sicht auf und Erwartungen an Europa ertragreich sein – verstärkt seit der Assoziation des Landes an die Europäischen Gemeinschaften seit 1964. Damit stellt sich die Frage der „mental maps“,²² die sich auch auf die Grenzen in der europäischen Zeitgeschichte richtet. Hier hat sich ein fruchtbares Forschungsfeld aufgetan,²³ das sich von allen angeblich „natürlichen

¹⁹ Vgl. z. B. mit der Verknüpfung normativer Merkmale, historischer Längsschnitte und aktueller Politik: Hans-Ulrich Wehler, *Konflikte zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Essays*, München 2003.

²⁰ Vgl. Maria Todorova, *Imagining the Balkans*, London u. a. 1997 (dt. mit charakteristischer Zuspitzung: *Die Erfindung des Balkans. Europas bequemes Vorurteil*, Darmstadt 1999).

²¹ Vgl. die Fragen nach diesen (Teil-)Identitäten bei Gerhard Stourzh (Hrsg.), *Annäherungen an eine europäische Geschichtswissenschaft*, Wien 2002. Geir Lundestad, *East, West, North, South. Major Developments in International Politics, 1945–1990*, Oslo 2001 (und öfter) benutzte diese Kategorien in einer der besten Darstellungen internationaler Politik.

²² Christoph Conrad (Hrsg.), *Mental Maps*, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 28 (2002) 3.

²³ Vgl. Hans Lemberg (Hrsg.), *Grenzen in Ostmitteleuropa im 19. und 20. Jahrhundert. Aktuelle Forschungsprobleme*, Marburg 2000; Herder-Institut (Hrsg.), *Die Nationalisierung von Grenzen. Zur Konstruktion nationaler Identität in sprachlich gemischten Grenzregionen*, Marburg 2002.

Grenzen“, Bergen oder Küsten, weit weg bewegt hat. Es zeigte sich, dass es dabei immer um historisch, kulturell, wirtschaftlich oder politisch geprägte Perspektiven ging. Das Prinzip, wonach Staatsgrenzen möglichst homogene Nationalstaaten zu umfassen hätten, wurde im 19. Jahrhundert entwickelt und entfaltete große politische Bedeutung in der Friedensregelung nach dem Ersten Weltkrieg. Die nationalsozialistische Neugestaltung setzte wohl am konsequentesten und mit tödlichen Methoden auf die ethnisch homogene Ziehung von Grenzen der Nationen (auch wenn die rassistisch begründete Dominanz des Großdeutschen Reiches noch ganz andere Reichsbildungsziele verfolgte).¹²⁴ Die Friedensregelung nach 1945 brachte neue Grenzen mit sich; sie suchte zum Teil die NS-Expansion und deren Maßnahmen rückgängig zu machen, steckte aber auch weit darüber hinaus Grenzen von Staaten neu ab – und das vornehmlich in „Osteuropa“. Das war neu, denn damit wurde bald der Bereich dominierenden sowjetischen Einflusses insgesamt bezeichnet, der seit den späten vierziger Jahren auch „Ostblock“ hieß. Nach dessen Ende entfalteten sich in diesem Teil Europas alte Konflikte neu, aber auch neue, die in manchen Fällen zur Staatsteilung (oft unter kriegsähnlichen Umständen) führten – so in Jugoslawien,¹²⁵ der Sowjetunion oder der Tschechoslowakei. Ethnische Konflikte konnten im Westen offener ausgetragen werden und brachten gleichfalls gewaltförmigen Austrag mit sich.

Vor einem Jahrzehnt fasste M. Rainer Lepsius die Unterschiede in die Dichotomie: „Gleichzeitig finden in Europa zwei ganz unterschiedliche Prozesse statt: einerseits die Integration in sich gefestigter Nationalstaaten in eine neue Ordnung, andererseits die Desintegration politischer Machtverbände in eine Vielzahl von noch nicht konsolidierten Nationalstaaten mit unklaren territorialen Grenzen.“¹²⁶ Devolution und Integration lauteten die Modalitäten. Hat

¹²⁴ Vgl. Mathias Beer (Hrsg.), *Auf dem Weg zum ethnisch reinen Nationalstaat? Europa in Geschichte und Gegenwart*, Tübingen 2004.

¹²⁵ Der Prozess einer Auflösung Jugoslawiens hatte weniger mit dem Ende des sowjetischen Imperiums zu tun als mit den Nachfolgeproblemen der Herrschaft Titos, der eine spezifische Form des Sozialismus als gesellschaftliche Integrationsklammer geschaffen hatte.

¹²⁶ M. Rainer Lepsius, *Die Europäische Gemeinschaft und die Zukunft des Nationalstaats*, in: ders., *Demokratie in Deutschland. Ausgewählte Aufsätze*, Göttingen 1993, hier S. 253.

beides miteinander zu tun? Jedenfalls hat es den Anschein, als ob Osteuropa als analytischer Begriff tot sei, sicher nach dem Ende der sowjetischen Herrschaft. Was bleibt von „Osteuropa“? Ein neues Mittelosteuropa (MOE), das an ein Zwischeneuropa der Zeit von 1918 bis 1939 anknüpfte und auch Ostmitteleuropa genannt wird? Es stellt sich die Frage nach der Zugehörigkeit Russlands bzw. der Sowjetunion zu Europa, die nicht nur normativ beantwortet werden kann, sondern auch die Einwirkung auf und Bestimmung durch das übrige Europa thematisiert. Mein Plädoyer richtet sich auf einen geographischen Begriff von Europa – und so auch von dessen Osten –, der auch Russland bzw. die Sowjetunion einschließt, die dann allerdings genauso zu Asien zu rechnen ist, wenn man denn schon Kontinente „konstruiert“, die ja nicht abgeschottet zu sein brauchen: Grenzen können fließend sein. Europa ist damit ein geographischer „Container“, der unterschiedlich konstruiert wurde und wird.

3. *Blockkonstruktion und Grenze im „Kalten Krieg“.* Für die neuere europäische Zeitgeschichte ist es darüber hinaus zentral, wie die Trennlinie quer durch Europa konstruiert wurde und heute zu deuten ist. Nicht nur im Rahmen der Meistererzählungen, sondern auch analytisch sind die Ursachen, aber auch die Wirkungen und Folgen der Grenze durch Europa bedeutsam. Da gibt es ganz alte Schichten, die auf Antike und Mittelalter zurückgehen und nicht vollständig „tot“ sind.¹²⁷ Seit dem voll entwickelten Kalten Krieg verlief diese früher oft weiche Grenze oder Übergangszone als befestigte Grenze bis 1989/91 so weit im Westen wie noch nie in der Neuzeit, nämlich mitten durch Deutschland. Das sektorale Gefälle auf den Gebieten der Kultur, Wirtschaft und sozialer Systeme war in dieser Zeit – wenn auch phasenweise unterschiedlich – aufgeladen zur befestigten Militärgrenze, die das gesamte „sozialistische Lager“ umfasste. Das brachte einen „Krieg in den Köpfen“ mit sich, dessen Phasen und Konsequenzen mir in seinen Dimensionen noch nicht erfasst zu sein scheinen. Auf der anderen Seite stehen Blocküberschreitungen durch Wissen und kulturelle Produkte bis hin

¹²⁷ Vgl. den Überblick bei: Jost Dülffer, *Der Niedergang Europas im Zeitalter der Gewalt: Das 20. Jahrhundert*, in: Heinz Duchhardt/Andreas Kunz (Hrsg.), *„Europäische Geschichte“ als historiographisches Problem*, Mainz 1997, S. 105–128; wieder abgedruckt in: ders., *Im Zeichen der Gewalt*, Köln 2003. Ich lehne mich hier und auch sonst an einige dort vertretene Positionen an.

zur Populärkultur, die im elektronischen Zeitalter nicht mehr zu unterdrücken sind. Migrationen hingen auch damit zusammen, blieben aber ein konstituierendes Merkmal für das europäische 20. Jahrhundert.¹²⁸

4. *Der Beginn der Forschung über den integrierten Osten.* Europäische Zeitgeschichte könnte also aus östlicher Sicht einen Schwerpunkt auf die Beziehungen zum Westen mit ihrer gestörten und behinderten Kommunikation legen. Kommunikation war aber möglich und blieb wichtig. Sie sollte aber auch deutlich die Integrationsmechanismen und -formen innerhalb der Blöcke zum Thema machen. Auch dies könnte neben den manifesten Unterschieden Gemeinsamkeiten stärker als bislang geschehen zutage fördern. Gerade im Bereich politischer Herrschaft bleiben nicht nur die Gründe für den Verfall und das friedliche Ende des „Ostblocks“ zu klären, sondern auch für seine jahrzehntelange Dauer und relative Stabilität. Das hat Jürgen Kocka unlängst für die DDR-Geschichte angemahnt,¹²⁹ die gleiche Aussage gilt aber noch in ganz anderer Weise für die wenig untersuchten Mittel und Grenzen sowjetischer Herrschaft in Teilen Europas.¹³⁰ Der politische Begriff „Diktatur“ oder auch „Herrschaft“ bleibt mit Anschauung und konkreten Informationen nicht nur für jedes Land, sondern für den Ostblock insgesamt zu füllen (oder zu ersetzen). Gerade über die politischen, wirtschaftlichen oder ökonomischen Formen sowjetisch dominierter Integration gibt es noch kaum vergleichende und zusammenfassende Studien, jedoch zeichnet sich ab, dass es auch hier beträchtliche Handlungsspielräume gab, ebenso wie Konflikte mit der Führungsmacht.

5. *Westeuropäische Integrationsforschung* bildet derzeit den dominierenden Trend der Europäischen Zeitgeschichte. Hier boomt die Forschung und macht die politische Parole der Ost-„Erweiterung“ der Gegenwart auch

¹²⁸ Vgl. Klaus Bade, *Europa in Bewegung. Migration vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, München 2000.

¹²⁹ Vgl. Jürgen Kocka, *Der Blick über den Tellerrand fehlt. DDR-Forschung – weitgehend isoliert und zumeist um sich selbst kreisend*, in: *Frankfurter Rundschau* vom 21.8.2003; auch in *Deutschland Archiv*, 36 (2003), S. 764–769.

¹³⁰ Vgl. Gregor Thum, „Europa“ im Ostblock. Weiße Flecken in der Geschichte der europäischen Integration, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History*, Online-Ausgabe, 1 (2004) 3, www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Thum-3-2004.

für die Zeitgeschichte des Westens zur analytisch fruchtbaren *Maxime*: „Widening, Deepening and Acceleration“.¹³¹ Das ist – von den Europabewegungen der Kriegszeit über die Montanunion von 1951 bis in die Gegenwart hinein – breit mit Quellen und distanziert untersucht worden.¹³² Die methodischen Differenzierungen bestanden eher zwischen den Einzelwissenschaften und treten heute zurück.¹³³ Die Vorgänge waren recht kompliziert; seit den 1990er Jahren reden vor allem Politikwissenschaftler vom „Regieren im europäischen Mehrebenensystem“,¹³⁴ von den Regionen über die Staaten bis zur EU in einem nicht mehr klaren Wechselverhältnis. Es gibt ein „Gebilde sui generis“, das kaum historische Vergleiche anbietet. Und gerade die Westintegration lässt sich weder auf wirtschaftlicher noch kultureller und schon gar nicht auf militärischer Ebene ohne die USA und Kanada erklären, die insoweit auch zu einer Konstruktion Europas hinzugehören – und zwar als konstitutive Bestandteile.

6. *Komparative Geschichte – die Anfänge.* Eine vergleichende europäische Geschichte ist erst in jüngster Zeit in Gang gekommen und besteht für die Zeitgeschichte in ersten Ansätzen, geht es doch um langfristige Prozesse, die sich am besten zum Vergleich eignen.¹³⁵ Ältere Synthesen wie etwa Theodor

¹³¹ Anne Deighton/Alan Milward (Hrsg.), *Widening, Deepening and Acceleration. The European Economic Community 1957–1963*, Baden-Baden u. a. 1999. Der Titel steht für eine Forschungsrichtung, welche den genannten Prozess in den sechziger Jahren, aber auch in der Gegenwart ausmacht.

¹³² Die besten Zusammenfassungen: Wilfried Loth, *Der Weg nach Europa. Geschichte der europäischen Integration 1939–1957*, Göttingen 1996³; Gerhard Brunn, *Die europäische Einigung*, Stuttgart 2002; John R. Gillingham, *European Integration 1950–2003. Superstate or New Market Economy?*, Cambridge 2003; Geir Lundestad, *The United States and Western Europe since 1945: From „Empire“ by invitation to transatlantic drift*, Oxford 2003; Franz Knipping, *Rom*, 25. März 1957, München 2004.

¹³³ Vgl. Wilfried Loth/Wolfgang Wessels (Hrsg.), *Theorien europäischer Integration*, Opladen 2001 (mit der Sicht mehrerer Disziplinen).

¹³⁴ Vgl. Markus Jachtenfuchs/Beate Kohler-Koch (Hrsg.), *Europäische Integration*, Opladen 1996; Wolfgang Wessels, *Die Öffnung des Staates*, Opladen 2000.

¹³⁵ Vgl. Hartmut Kaelble, *Der historische Vergleich. Eine Einführung zum 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt/M. 1999, darin bes.: Eine besondere Zielsetzung: der historische Zivilisationsvergleich, S. 79–92; Heinz Gerhard Haupt/Jürgen Kocka (Hrsg.), *Geschichte und Vergleich. Ansätze und Ergebnisse international vergleichender Geschichtsschreibung*, Frankfurt/M. 1996, bes. die Einleitung der Hrsg., S. 9–46.

Schieders „Handbuch der europäischen Geschichte“ oder das von Wolfram Fischer besorgte „Handbuch der europäischen Wirtschaftsgeschichte“ setzten bei den Anfängen Europas ein, reichten kaum bis an ihre Gegenwart heran und waren entweder großflächig oder stark materiallastig angelegt.¹³⁶

Stärker in Richtung eines qualitativen Vergleichs gingen vor allem Gerhard A. Ritter und Hartmut Kaelble, die im deutschsprachigen Bereich, aber mittlerweile auch europäisch vernetzt Pionierarbeiten zum sozialen und zunehmend auch zum kulturellen Vergleich anstellten. Allerdings richtete sich das auch aus Gründen des Quellenzugangs ganz auf Westeuropa. Den wohl viel versprechendsten Ansatz bildet das Zentrum für Vergleichende Geschichte Europas mit Basis an den Berliner Universitäten um Manfred Hildermeier, Hartmut Kaelble, Jürgen Kocka und Holm Sundhaussen. Es setzt im 19. Jahrhundert an und entwickelt neue Schlüsselbegriffe wie den der Zivilgesellschaft. Das meint einen „Raum gesellschaftlicher Selbstorganisation zwischen Staat, Markt und Privatsphäre, ein Bereich der Vereine, Zirkel, Netzwerke und Non-Governmental Organization (NGOs)“¹³⁷. Er eigne sich gut zum Vergleich, in den Ost wie West gleichermaßen eingebunden werden können. „Der logische Status des Begriffs ‚Zivilgesellschaft‘ oszilliert zwischen normativen und analytischen Dimensionen. Dies ist in Vergangenheit und Gegenwart unübersehbar und gewollt.“¹³⁸ Vergleich und Beziehungsgeschichte sind die bevorzugten methodischen Ansätze, die sich nicht mehr primär auf den politischen Austausch beziehen,

¹³⁶ Theodor Schieder (Hrsg.), Handbuch der europäischen Geschichte, Bd. 7, 1 und 2: Europa im Zeitalter der Weltmächte, Stuttgart 1979; Wolfram Fischer (Hrsg.), Europäische Wirtschafts- und Sozialgeschichte vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart (Handbuch der europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 6), Stuttgart 1987. Dem ist an die Seite zu stellen: G. Ambrosius/W.H. Hubbard, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Europas im 20. Jahrhundert, München 1986.

¹³⁷ Jürgen Kocka, Zivilgeschichte als historisches Problem und Versprechen, in: Manfred Hildermeier/Jürgen Kocka/Christoph Conrad (Hrsg.), Europäische Zivilgesellschaft in Ost und West. Begriff, Geschichte, Chancen, Frankfurt/M. 2000, S. 13–40, hier: S. 21.

¹³⁸ Hartmut Kaelble/Christoph Conrad/Philipp Ther, Ein Zentrum für die Vergleichende Geschichte Europas, in: www.geschichte.hu-berlin.de/bereiche/sg/zvge/artikel_zvge.htm #ZVGE (1.10.2003); vgl. kritisch den Beitrag von Dieter Rucht: www.wz-berlin.de/zkd/poem/mitarbeiterinnen/rucht.de.htm (1.10.2003).

sondern den sehr viel weicheren und kulturell überformten Begriff des Transfers oder auch der gekreuzten Geschichte in den Vordergrund rücken. Struktur sowie diachroner und räumlicher Wandel könnten eine statische Betrachtung überwinden und insgesamt in eine innovative Mischung zusammenbringen. Einiges ist schon in Sammelbänden eingelöst, vieles bleibt noch Versprechen. Es geht um zeitgeschichtlich höchst anregende Fragen von Kommunikation, Migration oder Protest, es geht aber auch um einen Forschungszusammenhang als Begegnungsmöglichkeit – nicht zuletzt zwischen den einzelnen Gebieten und vormaligen Teilen Europas.

7. Europäische Erinnerungskultur? Letztlich geht es auch um europäische Erinnerung, in der sich Meistererzählungen und ihre wissenschaftliche Erforschung kreuzen und bündeln. „Erinnerungsorte“ gehören dazu, sich dynamisch entwickelnde Merk- und Gedenkpunkte, die nicht in erster Linie räumliche Dimensionen haben müssen. Aber gerade hier stellt sich die Frage nach dem gemeinsamen europäischen Fundus. Da sind wir wieder dicht an den Meistererzählungen. Wenn nicht alles täuscht, sind es die Erinnerungstage der europäischen Geschichte, die eine relativ neue Gattung an kultureller Traditionspflege hervorgebracht haben. Waren es früher primär die 100- oder 50-Jahr-Feiern, so sind, medial gestützt, heute auch Zehnerjubiläen der jüngeren Geschichte Teil ausgiebiger öffentlicher Geschichtsrepräsentation – zwischen Erinnerungen der Mitlebenden, staatlichen oder gesellschaftlichen Erinnerungspolitiken und Agenda setting. Aber auch da, wo es sich um gesamteuropäische Erfahrungen handelte, sind Erinnerungsgemeinschaften bis in die jüngste Zeit hinein national gewesen. Die gesamteuropäische Beteiligung über die Grenzen der Kriegsgegner des Ersten oder Zweiten Weltkriegs hinweg könnte hier etwas Neues in Gang gebracht haben. Es fehlen die Voraussetzungen für eine Erinnerungskultur in Europa, die in gemeinsamer Form an Vorgänge oder Erfahrungen erinnerte, wenn sich diese nicht in der Beliebigkeit offizieller Zeremonien oder Deklarationen verflüchtigt.

Demgegenüber regen sich gegenläufige Trends, die von gleicher Bedeutung sind. Der Begriff der „Vertreibungen“ – als zwangsweiser Bestandteil von Migration neutral zu beschreiben – sei hier nur genannt. Damit sind wir erneut bei den genannten Meistererzählungen angelangt, die zu Fragen und Methoden

der Geschichtswissenschaft in einem gelegentlich fruchtbaren Spannungsverhältnis stehen. Europäische Zeitgeschichte kann leichter differenzieren und vor allem sektoral Gewalt- und Leidphänomene ohne unmittelbare moralische Bewertung skizzieren. Ein öffentlicher Umgang mit Geschichte mit starkem Identifikationsbedürfnis für die je eigene Sicht der Dinge vermag das sehr viel schwerer zu leisten.

Schlussbemerkungen

Deutsche und europäische Zeitgeschichte mögen sehr viel gemeinsam haben, der europäische Befund von *Desiderata* wird vielfach für die deutsche Seite bereits besser ausgefüllt. „Die DDR-Geschichte wird in absehbarer Zeit zu den am besten erforschten Feldern der Zeitgeschichte gehören“, formulierte Christoph Kleßmann 1998 optimistisch.³⁹ Relativ trifft das gerade im Vergleich zur osteuropäischen Dimension fraglos zu. „Die Geschichte Osteuropas ist immer noch vergleichsweise schlecht erforscht“, lässt sich pointiert dagegensetzen. Auf diesem Gebiet sind dann auch noch die inhaltlich wie methodisch gravierendsten Leerstellen europäischer Zeitgeschichte zu orten.

Eine wirkliche Europäische Zeitgeschichte steckt noch in den Anfängen. Sie ist stärker dem öffentlichen Umgang, der politischen Instrumentalisierung, aber auch der kulturellen Prägungen durch vorangegangene Zeiten unterworfen als andere Perioden. Das bildet zugleich Reiz und Herausforderung wie methodische Erschwernis und Last. Nationale Perspektiven machen den „Blick über den Tellerrand“ nach wie vor nicht leicht – erst recht nicht die Sicht auf den gesamten Vorrat an „Tellern“. Sport als Teil gegenwärtiger medialer Massenwirklichkeit lebt weitgehend in nationalen Kulturen; wie könnte es da der Geschichte ganz anders gehen?

Das gilt zumal für „Eurovisionen“⁴⁰ oder Ansätze zu europäischer politischer Bildung.⁴¹ Eine von Werten – etwa vom Streben

³⁹ Vgl. Christoph Kleßmann, *Zeitgeschichte in Deutschland nach dem Ende des Ost-West-Konflikts*, Stuttgart 1998, S. 38.

⁴⁰ Ute Frevert, *Eurovisionen. Ansichten guter Europäer im 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt/M. 2003. Frevert gibt keine teleologischen, sondern sehr differenzierte und abwägende Antworten.

⁴¹ Vgl. Hans-Otto Mühleisen, *Europa vermitteln heißt Werte vermitteln*, in: Jutta Limbach (Hrsg.), *Wie*

nach Demokratie und Wohlstand – geleitete Sicht mag politisch sinnvoll und wichtig sein. Diese Sicht kann wiederum selbst historisch untersucht werden, hat jedoch nur geringen historischen Erklärungswert. Wenn sich Historie mit der Ambivalenz zugleich analytischer und teleologischer Begriffe von Europa begnügt, läuft sie Gefahr, dass diese, wenn schon nicht in der Anlage, so doch in der Rezeption – siehe Meistererzählungen – vermengt werden.

Der geographische Europabegriff kann aus den genannten Gründen nicht auf eine reine Erweiterung Kerneuropas auf immer weitere Regionen abzielen. Die „Rückkehr nach Europa“ war eine berechtigte und wertgebundene Forderung gerade von Intellektuellen in Ost(mittel)europa seit den achtziger Jahren; analytisch vermag sie die wechselseitigen Einflüsse weder zur Zeit des akuten Ost-West-Konflikts von 1945/49 bis 1989/91 noch die Entwicklung seither zu fassen, die nur als Anpassung an bereits vorgefundene Standards der Europäischen Union gesehen wird. Europäische Zeitgeschichte umfasst mehr als die Vorgänge in den sich erweiternden europäischen Integrationsgemeinschaften.

Besonders fruchtbar scheinen mir Ansätze zu sein, die mehrere Ebenen in Europa berücksichtigen. Das zielt nicht nur auf das „Regieren“ der EU, sondern auch auf unterschiedliche Ebenen der Identifikation, wonach sich Identitäten – so schwer sie im Einzelnen zu fassen sind – auf mehreren Ebenen (oder in konzentrischen Kreisen) ausmachen lassen, die von Nahbereichen aufsteigend zumindest von der Region an auch Staat/Nation und dann Europa umfassen könnten. Gerade der Vergleich von Beziehungen könnte dabei sehr fruchtbar sein.

Recht herkömmlich ist schon immer der Blick auf Europa untersucht worden,⁴² die Konstruktionen aus unterschiedlichem sozialem, politischem, zeitlichem oder vor allem regionalem Blickwinkel. „Europäische Iden-

und wozu lernen wir, europäisch zu denken?, St. Ingbert 2001, S. 111–142.

⁴² Zuletzt in geradezu geschichtspolitischer Inszenierung im Hinblick auf Identitätsstiftung in der Eröffnungsausstellung des Deutschen Historischen Museums in Berlin: ‚Idee Europa. Entwürfe zum ‚Ewigen Frieden‘. Ordnungen und Utopien für die Gestaltung Europas von der pax romana zur Europäischen Union‘ (25. Mai – 25. August 2003), Katalog, Berlin 2003.

tifikation als historisch geprägt, aber auch als gestaltbar begreifen zu können“, bildet etwa den bedenkenwerten Ansatz von Ute Frevert.¹⁴³ Das reicht über die Ideengeschichte bei einer Fundierung in Kultur- und Mentalitätsgeschichte deutlich hinaus.

Zukunftsträchtig sind Versuche, vergleichend an die europäische Zeitgeschichte heranzugehen, auch wenn der diachrone Zeitraum seit 1945 noch zu geringe Distanz bietet. Die Vergleichsgegenstände und -ebenen sind überall zu finden und potenziell unendlich. Darüber hinaus scheint es lohnend, die Beziehungen innerhalb Europas gerade auf einer weit verstandenen kulturellen Ebene zu thematisieren. Transfergeschichten und Wechselwirkungen könnten diese Einflüsse besser fassen als herkömmliche Herangehensweisen.

Europäische Zeitgeschichte sollte eingebunden sein in die Außenwahrnehmungen wie in die Außenbeziehungen. Dazu gehören die globalen Prägungen und Einflüsse, die für Europa (und darüber hinaus) in der jüngeren Zeit zu einer außerordentlichen Verdichtung der Kommunikation auf allen Ebenen geführt haben, verbunden mit einer Beschleunigung und zeitlichen Verkürzung bis hin zur elektronischen Verbindung in Echtzeit – und dies zu erschwinglichen Kosten.

Linear angelegte Meistererzählungen sollten nicht unbedingt das Ziel wissenschaftlich fundierter Gesamtdarstellung sein; vielmehr wäre eine Geschichte gegenläufiger Bewegungen, dialektischer Widersprüche und vielfacher Interaktionen, ein Europa des Nebeneinanders und des Pluralismus, von freiwilligen oder erzwungenen Einheitsbestrebungen und ihren Gegenkräften wohl lohnender – und auch angemessener.¹⁴⁴

¹⁴³ Vgl. U. Frevert (Anm. 40), S. 26

¹⁴⁴ Vgl. den Überblick bei Attila Pók/Jörn Rüsen/Jutta Scherrer (Hrsg.), *European History: Challenge for a Common Future*, Hamburg 2001; vgl. auch meine Literaturberichte: Jost Dülffer, *Europäische Integration zwischen integrativer und dialektischer Betrachtungsweise*, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, 42 (2002), S. 521–543; *Europa – aber wo liegt es? Zur Zeitgeschichte des Kontinents*, in: ebd., 44 (2004), S. 524–564; der Versuch bearbeitet nur einige der genannten Ebenen: Jost Dülffer, *Europa im Ost-West-Konflikt 1945–1991* (Oldenbourg Grundriss der Geschichte), München 2004.

Stefan Plaggenborg

Sowjetische Geschichte nach Stalin

Stellt man sich, alle politischen Überlegungen beiseite lassend, vor, nicht die Türkei solle der Europäischen Union beitreten, sondern Russland – welche Debatten würden dann hinsichtlich der historischen Traditionen dieses Landes, seiner Fremdheit in Europa und seiner gescheiterten Modernisierung im Projekt des Sozialismus geführt werden?

Stefan Plaggenborg

Dr. phil., geb. 1956; Professor für Osteuropäische Geschichte an der Philipps-Universität Marburg. Seminar für Osteuropäische Geschichte, Philipps-Universität Marburg, Wilhelm-Röpke-Straße 6 C, 35032 Marburg. oeg@staff.uni-marburg.de

Sicher würde angemerkt werden, Russland liege geographisch größtenteils in Asien, und überhaupt sei es in Politik, Kultur und Zivilisation weitgehend „uneuropäisch“. Russland, so hören wir schon die Worte eines Deutschland-Historikers, habe moderne Entwicklungen wie den Parlamentarismus und den Sozialstaat nicht mit vollzogen. Man wird zugestehen, es habe Modernisierung gegeben, aber wie barbarisch habe Stalin sie durchgepeitscht. Gewiss, Erfolge seien eingetreten, aber das Land sei nicht modern genug, nicht zivilisiert genug, es habe nicht genug Vergangenheitsbewältigung betrieben – wobei „genug“ heißt: im Vergleich zu „uns“. Würden die Deutschen in einer Volksbefragung lieber die Türkei oder lieber Russland in die EU aufnehmen wollen? Oder beide nicht?

Die unter dem Gesichtspunkt einer historischen Selbstvergewisserung Europas notwendige Auseinandersetzung mit der Geschichte Osteuropas stellt die Frage, welchen Beitrag diese für ein Verständnis des 20. Jahrhunderts leisten kann. Die Zeitgeschichte steht vor der Aufgabe der historiographischen Bewältigung des von Eric Hobsbawm so genannten „kurzen“ Jahrhunderts,¹ das so lange dauerte wie die Sowjetunion. Die europäische und globale Verflechtung in diesem Zeitraum ist

¹ Vgl. Eric Hobsbawm, *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München 1995.

unübersehbar. Auf die Entnationalisierung der Geschichte reagiert die Geschichtswissenschaft naturgemäß mit Verzögerung.

Aber sie reagiert. Es scheint jedoch, dass der Blick aufs Globale so manche historiographische Brache im europäischen Kontext übersieht. Es gibt zwar Vorschläge, wie wir das 20. Jahrhundert zusammen denken können,¹² aber zu einer in der Geschichtswissenschaft theoretisch und methodisch begründeten konzeptionellen Neufassung der Geschichte Europas unter Einschluss des Ostens, d. h. nicht nur der ostmitteleuropäischen Mitgliedsländer der EU, sondern auch Russlands und der anderen europäischen Nachfolgestaaten der UdSSR, ist es bisher nur in Anfängen gekommen. Buchtitel, die auf „... in Europa“ enden, behandeln bestenfalls Länder Westeuropas. Die Entnationalisierung der Geschichtswissenschaft muss jedoch auch in jenen Ländern einsetzen, in denen infolge doppelter Fremdherrschaft im 20. Jahrhundert die Tendenz zur nationalen Überformung der Geschichtsverläufe besonders stark ist, wo sich die Geschichtswissenschaft im Selbstauftrag mit emanzipativer Absicht in das nationale Narrativ einbettet.

Selbstverständlich ist es die Aufgabe der professionellen Historie, die öffentlich gezeichneten Geschichtsbilder zurechtzurücken. Sie haben sich längst etabliert, ohne dass sie expliziert worden wären. So hat der Glorienschein der Revolution von 1989 die ostmitteleuropäischen Länder in die EU geführt. In der Öffentlichkeit reduziert sich ihre Geschichte auf die guten europäischen Traditionen, die immer das „Andere“ mitdenken lassen, was sich weiter östlich befindet und bis heute nicht nach europäischen Mustern strebt. Die infolge zweifacher militärischer Besetzung aus Gründen der historischen Gerechtigkeit erfolgte Aufnahme der ostmitteleuropäischen Länder in die EU, die mit Demokratie weniger Erfahrung haben als die Türkei, hat dazu beigetragen, dass die Geschichte der Sowjetunion häufig auf die Themen stalinistische Gewaltherrschaft und imperiale Unterdrückung verengt wird.

Für eine europäische Perspektive der Zeitgeschichte scheint es jedoch sinnvoll, Vereinfachungen aufzulösen, die Fokussierung auf

¹² Vgl. ebd. sowie Dan Diner, *Das Jahrhundert verstehen. Eine universalhistorische Deutung*, München 1999.

die beiden genannten Bereiche abzustellen (was nicht im geringsten ihre Relativierung bedeutet) und stattdessen *auch* Probleme zu diskutieren, die den Wandel des sowjetischen Systems nach Stalin betreffen. Dazu werde ich erstens die Frage der Bedingungen des Wandels an der Zäsur des Jahres 1953, Stalins Todesjahr, diskutieren, zweitens Veränderungen des sowjetischen Staates skizzieren und drittens die Stellung der UdSSR im osteuropäischen Imperium umreißen. Es handelt sich um an anderer Stelle ausführlicher darzulegende und stärker theoretisch zu untermauernde Vorschläge von Seiten der Sowjethistorie, die Isolierung der Geschichte Westeuropas von der Osteuropas im 20. Jahrhundert durch Skizzierung übergreifender, aber nicht konvergenztheoretisch begründeter Problembereiche zu überwinden.¹³

Wandlungsfähigkeit

Nach wie vor bleibt der Stalinismus das pulsierende Zentrum der sowjetischen Geschichte. In dieser Zeit wurden zentrale Merkmale des sowjetischen Systems geprägt: die kollektivierte Landwirtschaft, die Planindustrie, die Disproportionen zwischen Produktionsmittel- und Konsumgüterindustrie und das daraus folgende niedrige Konsumniveau der Bevölkerung, die „Kollektivierung“ der geistigen Arbeit, das ästhetische Konzept des Sozialistischen Realismus, die Übernahme stalinistischer Werte bei den Individuen, die Gewalt, die als Gewaltandrohung auch nach Stalin nicht aufgehoben wurde. Zentralismus und Einparteistaat gab es zwar schon zuvor, doch ist es gerechtfertigt, vom strukturbildenden Stalinismus zu sprechen. Wenn vom Sozialismus sowjetischer Machart die Rede ist, dann ist der stalinistische gemeint. Dazu gehört auch die brutale Modernisierung, die Stalin als Aufholjagd auffasste: „Wir sind hinter den fortgeschrittenen Ländern um 50 bis 100 Jahre zurückgeblieben. Wir müssen diese Distanz in 10 Jahren durchlaufen. Entweder wir bringen das zuwege, oder wir werden zermalmt.“¹⁴ Sie wurden zermalmt. Aber nicht vom Kapitalismus, sondern vom Stalinismus, und das Aufholen hat er nicht zuwege gebracht.

¹³ Vgl. vorerst Stefan Plaggenborg, *Sowjetische Geschichte in der Zeitgeschichte Europas*, in: Alexander Nützenadel/Wolfgang Schieder (Hrsg.), *Zeitgeschichte als Problem. Nationale Traditionen und Perspektiven der Forschung in Europa*, Göttingen 2004, S. 225–256.

¹⁴ Josef Stalin, *Werke*. Bd. 13, Berlin (Ost) 1955, S. 36.

Das Jahr 1945 stellte für die Sowjetunion im Gegensatz zu den meisten europäischen Ländern trotz der verheerenden Kriegsverluste an Menschen, Material und Wirtschaftsleistung und trotz des Aufstiegs zur Weltmacht keinen tiefen Einschnitt in der Geschichte dar. Im Innern blieb die stalinistische Herrschaft mit all ihren bekannten Erscheinungen aus der Vorkriegszeit erhalten. Eher schon wäre 1953 als Einschnitt zu kennzeichnen, doch ist diese Zäsur keineswegs unproblematisch. Von der politischen Bühne abgetreten war der Inhaber der personalistischen Herrschaft, ohne dessen Wort keine Entscheidung von Belang fiel. Die wichtigste Veränderung war die Abkehr von den Gewaltverhältnissen des Stalinismus. Das ist das entscheidende Merkmal, das die Perioden der Sowjetgeschichte voneinander trennt. Aber der Befund sollte nicht idyllisiert werden. Chruščev hat aus Begeisterung über den bevorstehenden Übergang zum Kommunismus eine brutale Attacke gegen die „Überbleibsel“ des Alten, gegen Religion, Gläubige und Priester, vom Zaun gebrochen, die stalinistische Züge trug.¹⁵

Das Jahr 1953 stellt auch für die sowjetische Gesellschaft nur bedingt eine Zäsur dar.¹⁶ Eines der Erzübel des Stalinismus, die Lager, wurde nach und nach beseitigt. Gefangene kamen in den Genuss einer Amnestie oder erhielten auf administrativem Weg die Freiheit zu einem stigmatisierten Leben in einer Gesellschaft – von den staatlichen Behörden ganz zu schweigen –, die größtenteils nicht bereit war, die Lagerhäftlinge als Opfer der Gewaltherrschaft anzusehen. Die durch Raumerschließungsmaßnahmen und Rohstoffgewinnung im Zuge der stalinistischen Industrialisierung entstandene Migration setzte sich fort. Auch die mächtige Urbanisierung dauerte nach 1953 an. Seit den sechziger Jahren lebte über die Hälfte der sowjetischen Bevölkerung in Städten.

Unübersehbar blieb das System erhalten. Wenn auch Chruščev den stalinistischen Sozialismus zu modernisieren suchte, konnte und wollte er an den Strukturmerkmalen nichts ändern. Es ist deswegen gerechtfertigt,

¹⁵ Vgl. T. A. Čumačenko, *Gosudarstvo, pravoslavnaja cerkov', verujuščie 1941–1961 gg.*, Moskau 1999.

¹⁶ Vgl. grundsätzlich zur Periode 1945 bis 1991 Stefan Plaggenborg (Hrsg.), *Handbuch der Geschichte Russlands*, Bd. 5 (2 Teilbde.): 1945–1991 – Vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion, Stuttgart 2002–2003.

von einer stalinistischen Strukturkontinuität bis in die Zeit der Perestrojka hinein zu sprechen. Andererseits haben alle Führungen nach Stalin versucht, sich vom Stalinismus zu lösen. Dies geschah auf den verschiedenen Gebieten zu unterschiedlicher Zeit und mit unterschiedlicher Intensität. Der stalinistischen Strukturkontinuität entspricht deshalb als Parallelercheinung die asynchrone Entstalinisierung. Die Perestrojka bildete den Höhepunkt der Fundamentalreformen. Zwangsläufig verknüpfte sich in dieser Zeit die Neuorientierung mit der Kritik am überkommenen System. Der Stalinismus und seine Aufarbeitung, die Rehabilitierung der Opfer, die Defizite in der Landwirtschaft und Industrie, das mangelnde Konsumniveau der Bevölkerung, die Verfahren der Sowjetdemokratie und – lange Zeit unterdrückt – die Frage der Nationalitäten verklammerten die Perestrojka mit einer Vergangenheit, die sie letztlich überwältigte. Gorbachev und seine Anhänger suchten deshalb die Zeit vor Stalin zur Unterstützung ihrer Politik zu mobilisieren: den „guten“ Lenin, die Neue Ökonomische Politik der zwanziger Jahre.

Bemerkenswert ist die Tatsache, dass in der Zeit zwischen 1953 und den späten sechziger Jahren, in der verschiedene Sozialismusreformen in Angriff genommen wurden, ehemalige Stalinisten das Ruder herumwarfen. Chruščev, der in die Geschichte als die Verkörperung der Entstalinisierung eingegangen ist, hatte Stalin treu gedient und Massenmord empfohlen, als er während des großen Terrors im Juli 1937 eine Liste mit 8 500 Personen aufstellen ließ, die zu erschießen seien.¹⁷ Stalinisten also begannen die Entstalinisierung, die in den Kompaktreformen Chruščevs zu einem ersten Höhepunkt kam. Stalinisten um Brežnev verfolgten einen moderaten Weg der Dynamisierung des Systems (bevor sie Mitte der siebziger Jahre in Lethargie verfielen). Das Regime besaß die Fähigkeit zur Selbstkorrektur, aber nur in dem Ausmaß, wie das System nicht in Frage gestellt wurde. Aus diesem Grunde waren alle politischen Führungen nach Stalin Gefangene des Stalinismus. Wer versuchte, daraus auszubrechen, zerstörte das System und entzog die Grundlage des fortgesetzten historischen Handelns im Horizont des bolschewistischen Projekts. In den Parolen der Pere-

¹⁷ Vgl. Mark Junge, Rol'f Binner, *Kak terror stal „bolšim“*. *Sekretnyj prikaz No. 00447 i tehnologija ego ispolnenija*, Moskau 2003, S. 19.

strojka und ihren Ergebnissen lässt sich die Aporie auffinden: „Mehr Sozialismus“ führte zu seinem Kollaps, „mehr Demokratie“ zum Untergang des politischen Systems, „mehr Wohlstand“ zu Armut und „neues Denken“ als außenpolitisches Konzept zum Zusammenbruch des Imperiums.

Veränderungen des Staates

Es ist eine sehr bemerkenswerte Tatsache, dass der sowjetische Staat eines der zentralen Merkmale des Systems darstellte und in der Geschichte des Staates im 20. Jahrhundert eine herausgehobene Position einnimmt, dass es aber keine seiner Bedeutung entsprechende Theorie gibt. Es ist weiterhin erstaunlich, dass dieser Staat – nicht zuletzt infolge der in der Sowjethistorie anzutreffenden Tendenz zur kulturgeschichtlichen Abschweifung vom Wichtigen – wenig historiographische Beachtung gefunden hat. Mit den Begriffen Max Webers – rationale, charismatische, traditionale Herrschaft – wird man diesem Phänomen und seinen Wandlungsprozessen zwischen 1917 und 1991 nicht gerecht. Ebenso wenig lässt es sich mit Erziehungsdiktatur, Modernisierungsdiktatur, totalem oder totalitärem Staat charakterisieren. Besonders die marxistische Staatstheorie hat sich selbst blockiert, weil sich die historische Realität *dieses* Staates mit marxistischen Kategorien nicht angemessen beschreiben ließ.

Mit welchen Kategorien bzw. Begriffen lässt sich der Staat der Sowjetperiode darstellen? Die Bezeichnungen, die ihm von sowjetischer Seite gegeben worden sind, stimmen nicht: Diktatur des Proletariats, Volksstaat, Rätestaat. Das sind Verschleierungen dessen, was Staat war und wie er sich, für manchen Sowjetbürger auf der Haut, fühlbar machte. Das Problem des Staates der Sowjetperiode – nur diese umständliche, aber neutrale Bezeichnung ist gerechtfertigt, weil andere ihn unzulässig verkürzend etikettieren – besteht darin, dass er den Wandlungsprozess mit vollzog, der im vorigen Abschnitt in seinen Dilemmata angedeutet wurde. Vergrößernd gesagt: Aus dem stalinistischen Gewaltstaat, in dem die Rechtlosigkeit der Bürger durch gewaltförmiges Recht und politische Justiz auf die Spitze getrieben wurde, wuchs der sozialistische Wohlfahrtsstaat hervor. Darin lag sowohl ein Wandel zur Geltung von Recht enthalten, d. h. die Inkraftsetzung von Normen, die dem Maßnahmenstaat der stali-

nistischen Periode entgegenstanden,¹⁸ als auch die Ausrichtung des Staates auf die real existierenden Bedürfnisse der Gesellschaft, was im Stalinismus fehlte.

Skizzieren wir diesen Vorgang in den beiden Bereichen. Kaum war Stalin verblieben, da veröffentlichte die „Pravda“ einen Artikel mit der Überschrift „Die sowjetische sozialistische Gesetzlichkeit ist unantastbar.“¹⁹ Seit jener Zeit zielten Rechtsreformen darauf, den Sowjetbürgern das vollkommen zerrüttete Gefühl der Rechtssicherheit im Staat zurückzugeben, ergänzt um die politische Funktion, Vertrauen in die neue Führung zu gewinnen. Von großer Bedeutung war die Tatsache, dass die Sowjetunion nach Stalin zu einem formellen Verbrechensbegriff zurückkehrte, d. h., nicht mehr „soziale Gefährlichkeit“ bildete den Straftatbestand, sondern die rechtswidrige und schuldhaft begangene Handlung. Wiederum ist festzustellen, dass die Komplizen Stalins diesen Weg eingeschlagen haben.

Aber auch hier zeigten sich die zuvor beschriebenen Aporien. Rechtsstaat war nicht vorgesehen, aber größere Rechtssicherheit schon. Der Staat band sich zwar immer mehr an Normen, aber er gab weder die Gewaltmittel aus der Hand, noch bannte er die Maßnahmen aus seinem Repertoire. Die Dissidenten wussten davon zu berichten. Die Geheimpolizei, auf deren Konto Massenmord in unvorstellbarem Ausmaß ging, sollte auch weiterhin eine feste Säule des Systems bilden. Es blieb dabei, dass der Staat prinzipiell über dem Recht stand und dass auch die Rechtsreformen die Gewalteneinheit nicht aufhoben. Maßnahmen – im Sinne von den Normen entgegengesetzten Willkürhandlungen des Staates – gab es weiter, und die „soziale Gefährlichkeit“ fand sich in den „Parasitenparagrafen“ wieder.

Wie sehr sich jedoch die Lage verändert hatte, machten die Dissidenten klar, die vom Staat die Einhaltung der von ihm erlassenen Gesetze forderten. Sie hatten seit der Entstalinisierung verstanden, dass im Recht ein Anspruch auf normative Geltung steckte, den das Regime wegen seiner Selbstbindung an das Recht nur um den Preis der Gewaltanwendung außer Kraft setzen konnte. Seit Mitte der

¹⁸ Die Begriffe Normen- und Maßnahmenstaat nach Ernst Fraenkel, *Der Doppelstaat*, Frankfurt/M. – Köln 1974 (erstmalig 1940).

¹⁹ Im Folgenden nach Otto Luchterhand, *Die Justiz*, in: S. Plaggenborg (Anm. 6), S. 971–1024.

sechziger Jahre also wurde Recht nicht mehr als Arkanbereich des Politischen angesehen, sondern als verbindliche Regelungsinanz zwischenmenschlichen Lebens und der Beziehungen des Bürgers zum Staat. Die vom Regime in entstalinisierender Absicht betriebene, immer weiter fortschreitende Verrechtlichung bedeutete folglich die Selbstbeschränkung der staatlichen Machtmittel. Indem sich der Staat für Gesetzlichkeit entschied, verbaute er sich gleichzeitig mehr und mehr die Anwendung von Maßnahmen.

In der Perestrojka kam der Vorgang zum Abschluss insofern, als nicht nur die Verrechtlichung auf die Tagesordnung kam, sondern auch der politische Charakter des Rechts zur Disposition stand. Jetzt bemerkte auch die politische Führung der UdSSR, dass Rechtsstaat und Demokratie etwas miteinander zu tun hatten. Das Problem lautete: Entwickelte sich die sozialistische Gesetzlichkeit zum Rechtsstaat, so entfiel der Primat des Politischen einschließlich der Parteiherrschaft. Insofern bedeutete Verrechtlichung eine Falle, aus der es nur ein Entrinnen gab. Hatte ein marxistischer Staatstheoretiker orakelt: „Der Sozialismus wird demokratisch sein oder gar nicht“,¹⁰ so zeigte sich das Dilemma im Lichte der sowjetischen Geschichte anders: Der Sozialismus war diktatorisch oder gar nicht.

Wie beim Recht, so hat der Staat nach Stalin außerordentlich viel unternommen, Sozialleistungen für die Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. Vielleicht stellt dieser Wandel den – bisher weitgehend übersehenen – machtvollsten Veränderungsbestandteil der poststalinistischen Sowjetunion dar. Ob bei der Erhöhung der Realeinkommen, bei der Einführung von Renten – für die Kolchosbauern z. B. erst 1965 – bei der medizinischen Versorgung, dem Wohnungsbau und dem Konsum, bei der Subventionierung von Lebensmitteln, auch beim Erhalt der verfassungsmäßig vorgeschriebenen Vollbeschäftigung – überall setzte der Staat auf sozialpolitische Maßnahmen. Die Folge der Sozialpolitik war, dass sich sehr rasch eine intersubjektiv geteilte Erwartungshaltung gegenüber dem Sozialleistungen verteilenden Staat einstellte, die innerhalb von wenigen Jahren die UdSSR zu einer Art Sozialprotektorat

machten. Darauf ist übrigens ein großer Teil der Sozialnostalgie nach der Wende zum Kapitalismus zurückzuführen. Auch die Sowjetunion hat einen Typ Wohlfahrtsstaat hervorgebracht.¹¹

Die Frage, warum sich dieser Wandel vollzog, ist weitaus schwieriger zu beantworten als die empirischen Befunde festzustellen. Die Unruhen in der Bevölkerung, die 1962 in dem blutig niedergeschlagenen Aufstand von Nowoöerkassk gipfelten, bildeten sicherlich einen wichtigen Grund. Die Überlegung, wonach der Wohlfahrtsstaat ein unvermeidliches Produkt fortgeschrittener industriegesellschaftlicher Entwicklung darstellt, ist für die Sowjetunion nicht sofort einsichtig. Sie ist wohl eher dem Glauben an Strukturzwang geschuldet, insofern, als der Wohlfahrtsstaat ergebnishaft gedacht wird, ohne das Ausmaß der wohlfahrtsstaatlichen Maßnahmen wie des wohlfahrtsstaatlichen Systems zu berücksichtigen, das ja auch in den westlichen Ländern höchst unterschiedlich begründet und organisiert ist. So kann es – das sowjetische Beispiel ist ein Beleg dafür – einen Wohlfahrtsstaat geben, der die (westliche) Theorie, die in der Kodifizierung von bürgerlichen, politischen und schließlich sozialen Rechten eine aufsteigende Entwicklung der Industriegesellschaften sieht, nicht bestätigt, dennoch aber ein umfassendes System sozialpolitischer Leistungen aufbaut, das erheblich dazu beigetragen hat, Lebensrisiken zu mildern. Das Doppelgesicht aller Sozialpolitik, der Strukturkonservatismus einerseits und die gesellschaftspolitische Emanzipation andererseits, existierte in der UdSSR nicht, wo es um die systemerhaltende Funktion von Sozialpolitik ging.

Unter Stalin wurden – wieder vergrößernd gesprochen – die Probleme der Produktion durch Zwang und Gewalt gelöst. Nach der Abkehr vom Stalinismus war es notwendig, die Bevölkerung vermittelt der Ausschüttung von Sozialleistungen an das Regime zu binden. Das ist weitgehend gelungen, jedenfalls solange der Staat dies durchhalten konnte. In der Perestrojka hat der Kollaps des Sozialprotektorats diese Verbindung von Bevölkerung und Regime zerbrecen lassen. Zusammengebrochen ist das politische und

¹⁰ Nicos Poulantzas, Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, autoritärer Etatismus, Hamburg 2002 (erstmal frz. 1974), S. 294.

¹¹ Vgl. Stefan Plaggenborg, „Entwickelter Sozialismus“ und Supermacht 1964–1985, in: ders. (Anm. 6), S. 419–429, 497–501; ders., Lebensverhältnisse und Alltagsprobleme, in: ebd., S. 787–848.

das wirtschaftliche System, und zwar vollständig, während im Westen der Zusammenbruch des Sozialen nach bisheriger Kenntnis zum Kollaps der Demokratie, nicht aber des Kapitalismus zu führen scheint.

Stellung im Imperium

Zu wenig in ihren historischen Folgen gewürdigt worden zu sein scheint mir die Tatsache, dass der Sowjetstaat kein Nationalstaat war, wie er sich sonst in Europa ausgebildet hatte. (Wir lassen die Frage beiseite, ob der Nationalstaat in vielen Fällen, besonders in Osteuropa, nicht eher ein Phantom darstellte.) Es handelte sich um einen multinationalen Staat mit einer universalen Ideologie. Dadurch enthielt die UdSSR als Staatstyp eine expansive Raumkomponente, die dem Nationalstaat per definitionem verbarrikiert war. Spätestens seit Ende der dreißiger Jahre löste sich die historisch bedingte Beschränkung auf den „Sozialismus in einem Land“ auf, bekanntlich in enger Kumpanei mit Hitlerdeutschland. Von nun an begann sich das zu entwickeln, was später „sozialistisches Weltsystem“ genannt wurde. Zwar zeigten sich bald Risse (Jugoslawien 1948, später China), aber der Aufstieg der Sowjetunion zur Weltmacht kannte nur dort territoriale Grenzen, wo sie ihm von anderen (USA, Großbritannien) gesteckt wurden.

Das Imperium, das die UdSSR in Ostmitteleuropa errichtete, besaß einen eigenartigen Charakter. Einerseits exportierte Stalin sein System, verlangte Systemtreue und Waffenbrüderschaft, andererseits zahlte die UdSSR langfristig einen hohen Preis. Der bestand nicht nur im schrittweisen Verlust jeglicher Glaubwürdigkeit als Hegemon, nicht nur in der historischen Ironie, dass gerade der osteuropäische Teil den Untergang des Imperiums 1989 wesentlich beschleunigte, sondern auch in einer aberwitzigen wirtschaftlichen Verlustrechnung. Nachdem Osteuropa zu einem politischen, militärischen und Wirtschaftsraum unter Führung Moskaus geworden war, begann sich auch hier ein fundamentaler Wandel zu vollziehen.

Während die politische und militärische Verklammerung des Imperiums in Osteuropa hinlänglich bekannt ist, sind die Kenntnisse über den Wirtschaftsraum, auch ein Charakteristikum des osteuropäischen Sowjetimperiums, deutlich geringer. Nur einige Hinweise:

In diesem Imperium galten nicht die Gesetze des Marktes; die Kosten-Nutzen-Analyse stellte nicht den Maßstab der Außenwirtschaftsverflechtung dar. Auch kaschierte der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) kein Ausbeutungsverhältnis zugunsten Moskaus.

Seit Chruščev hat der wirtschaftliche „Ostblock“ fundamentale Änderungen erlebt. Die Sowjetunion suchte – ganz in der Pose des sozialistischen Förderers – die Industrialisierung in den betreffenden Ländern nach Kräften voranzutreiben. Nach den Aufständen in Polen und Ungarn 1956 und nach dem „Prager Frühling“ 1968 leistete die Sowjetunion immer mehr Wirtschaftshilfe in Form von Rohstofflieferungen, besonders Öl, das deutlich unter Weltmarktpreis verkauft wurde.

Wenn man sich die zentrale Bedeutung dieses Energieträgers für die Volkswirtschaften vor Augen führt, so hebt sich der Wirtschaftscharakter des Imperiums hervor: Trotz verschiedener Preisreformen beim Erdöl kamen die Satellitenstaaten fast durchweg in den Genuss von gewaltigen Subventionen in Form von vergleichsweise niedrigen Ölpreisen. Das setzte sich auch nach dem Ölchock in den siebziger Jahren fort, der die westlichen Wirtschaften hart traf, zu einer Zeit also, als die UdSSR Petrodollars in unerwarteter Höhe auf dem Weltmarkt erwirtschaftete.

Die UdSSR wurde so zu einem Gläubiger, der nicht genügend Gegenwerte für seine Güter erhielt. Der Sympathie mit Kommunisten unverdächtige Quellen aus US-Kreisen haben die Handelssubventionen der UdSSR allein auf der Basis von Öl von 1960 bis 1980 auf fast 90 Milliarden US-Dollar errechnet. Die UdSSR habe nach der „Ölkrise“ jährlich auf bis zu 18 Milliarden US-Dollar aufgrund der Freundschaftspreise „verzichtet“. Während der Krise in Polen 1980/81 betrug die verschiedenen Subventionen aus der UdSSR rund 4,3 Milliarden US-Dollar. Zum Vergleich: Der umstrittene „Milliardenkredit“ der Bundesrepublik an die DDR, den Franz Josef Strauß 1984 einfädelt, belief sich auf 950 Millionen DM. Die Einkommensverluste der Sowjetunion beim Öl überstiegen die Gesamtauslandsverschuldung der Satellitenstaaten 1975 um das Vierfache, zu einer Zeit also, als man im Westen von der Verschuldungskrise der ostmitteleuropäischen Länder sprach.

Dem steht freilich gegenüber, dass die UdSSR ihre Strukturprobleme ebenfalls exportiert hatte. Das Desaster der stalinistischen Modernisierung lastete auf diese Weise auch auf den Satellitenstaaten und ihren Gesellschaften. Aber man wird die Unterscheidung zwischen Transfer- und Struktureffekten¹² kaum empirisch treffen können. Dieses System besaß eine systemtypische Unlogik, wenn man es von der Warte marktförmigen Wirtschaftens aus betrachtet. Historiker nehmen gewöhnlich derlei normative Standpunkte nicht ein. Sie helfen nicht, ein historisches Geschehen zu erschließen.

Kurz: Das imperiale Warenstromgefüge war auf den Kopf gestellt. Das imperiale Zentrum lieferte Roh- und Brennstoffe und erhielt Halb- und Fertigprodukte. Die wirtschaftliche Ausbeutung durch Moskau war eine Legende, die von den Regierungen der kleinen Staaten gerne kolportiert wurde, um günstige *terms of trade* zu erhalten bzw. zu erzielen. Die riesigen Subventionen waren der enorm hohe Preis, den die UdSSR für den politischen Erhalt des Imperiums zahlte.

Rechnet man die gigantischen Subventionen innerhalb des Imperiums mit den unübersehbar hohen Unterstützungssummen für den sozialistischen Wohlfahrtsstaat auch nur in einer Daumenpeilung zusammen, so stellt sich die Frage, ob hier die Gründe zu suchen sind, die der Sowjetunion finanziell das Rückgrat brachen. Den Wohlfahrtsstaat aufrechtzuerhalten, war die Sowjetunion schließlich nicht mehr in der Lage; sie war sozial überdehnt; das Imperium finanziell in dem skizzierten Ausmaß zu stützen, vermochte sie ebenfalls nicht auf Dauer. Aber war sie zugleich imperial überdehnt, weil das Militär das meiste verschlang? Es deutet alles darauf hin, den Anteil der Militärausgaben an der wirtschaftlichen und finanziellen Überforderung der UdSSR stark zu relativieren. Dieses Regime zahlte gigantische Summen, um sich der Loyalität seiner Bevölkerung zu vergewissern; es zahlte enorme Beträge, um das Imperium zu konsolidieren; es schraubte die Militärausgaben in schwindelerregende Höhen, um den Gegner in Schach halten zu

können. Aber durch Totrüstungen allein, wie manche glaubten, war die UdSSR nicht in die Knie zu zwingen. Dahinter steckt ein Denken in den Kategorien des Kalten Krieges, dessen Ergebnis diese Denkfigur ihrerseits ist. Von ihr wird in einigen Jahren nichts mehr übrig bleiben. Den Untergang hat die Sowjetunion während einer Phase der kumulierenden Krisen in einem systemischen Kollaps selbst besorgt.

Schlussbemerkung

Die hier skizzierten Problembereiche Wandlungsfähigkeit, Staat und Imperium ließen sich ohne weiteres nicht nur ausführen, sondern auch um andere Gebiete ergänzen. Dazu ist hier nicht der Platz. Sie sollten andeuten, dass die Geschichte der Sowjetunion nicht auf Stalinismus und Fremdherrschaft in Osteuropa reduziert werden kann – was eigentlich selbstverständlich ist. Das bedeutet nicht die nostalgische Rehabilitierung der UdSSR, sondern ist ein Plädoyer für eine Historisierung der Entwicklungen, welche das bolschewistische Experiment in seiner späten Phase ebenso charakterisieren wie Repression und militärischer Gigantismus.

Es handelt sich um Vorschläge zu einem Gespräch über Probleme der Zeitgeschichte Europas, von dem sich bisher nur eines mit Sicherheit sagen lässt: dass es geführt werden muss, ohne von der Debatte über Europa und die Türkei sowie von der Globalisierung und der sich bereits abzeichnenden historiographischen Konjunktur überrollt zu werden. Etwas mehr „Ostintegration“ in der Historiographie, mehr noch im öffentlichen Geschichtsbewusstsein, hinterlässt keinen Schaden. Die Sowjetunion in ihrem letzten Stadium zeigt, was passiert, wenn man sich um die Vergangenheit nicht ernsthaft kümmert: zuviel Geschichte auf einmal. Das ist nicht gut gegangen.

¹² Vgl. Hans-Herrmann Höhmann, Wirtschaftsreformen in anderen sozialistischen Ländern: Modell oder Herausforderung für die Sowjetunion? Köln 1986 (Berichte des Bundesinstituts für internationale und ostwissenschaftliche Studien 27/1986).

Weltgeschichte als Geschichte der sich globali- sierenden Welt

Die Diskussion um Welt- oder Globalgeschichte beginnt in Deutschland erst allmählich Fuß zu fassen. Noch lebt diese Diskussion vom Engagement Einzelner. Den Verwicklungen der Globalisierung und der Komplexität der Gegenwart wird man jedoch auch in Deutschland mit nationaler Geschichte und selbst mit einer Ausweitung auf europäische Perspektiven nicht mehr gerecht.

Im Folgenden möchte ich erstens allgemein die Notwendigkeit neuer Orientierungen, die transnationale und weltgeschichtliche Perspektiven einschließen, skizzieren; zweitens werde ich darauf eingehen, inwiefern sich die neue Weltgeschichte von älteren universalhistorischen Entwürfen unterscheidet; drittens werde ich nicht nur die Frage erörtern, was „realhistorisch“ neu ist und inwiefern folgen-

lich eine neue welthistorische Orientierung notwendig geworden ist, sondern auch, auf welche Weise Weltgeschichte und neue Globalgeschichte auf diese neuen Phänomene reagieren.

nen Geschichte.¹ Darin interagieren quasi-personifizierte Akteure miteinander, denen selbst Gefühle eigen sind: „Deutschland erklärt Frankreich den Krieg“; „England fühlt sich durch den deutschen Flottenaufbau bedroht“. Das Erzählen von Geschichte als nationale Geschichte hat eine große Beharrungskraft. Es ist die Nationalgeschichte, die, wo immer man hinschaut, bis heute im Wesentlichen Geschichte *by default*, mithin diejenige Art von Geschichte ist, die sich „natürlicherweise“ dem Bewusstsein von Menschen aufdrängt.

Die Selbstverständlichkeiten einer politisch ausgerichteten Nationalgeschichte (nicht jedoch die Nationalgeschichte *per se*) gerieten seit den späten 1960er Jahren zunächst durch die Sozialgeschichte unter Beschuss und büßten in der Folgezeit durch eine Reihe neuer Ansätze zumindest teilweise ihre Legitimität ein: durch die dekonstruktivistische Frauen- und Geschlechtergeschichte, sodann durch die Alltagsgeschichte sowie in den USA vor allem durch die ethnischen Geschichten, mithin durch diejenigen Ansätze, die man heutzutage gerne unter kulturhistorischem Vorzeichen zusammenfasst. In diesem Prozess pluralisierte sich die Geschichtswissenschaft. An die Stelle „der Geschichte“ traten „die Geschichten“, und aus dem „edlen Traum“ von der historischen Objektivität gab es ein unsanftes Erwachen.² In der Geschichtswissenschaft ist politische Nationalgeschichte nicht mehr automatisch *history by default*, also die im Bewusstsein gewissermaßen automatisch „gebootete“ Geschichte.

Was nun hat es mit der Weltgeschichte auf sich, und was kann diese leisten?³ Orientierungsbedürfnisse, oder besser: Orientierungsnotwendigkeiten, ändern sich im Laufe der Zeit. Sie sind ebenso abhängig von historischen Gegebenheiten wie von persönlichem Erleben. Wird es offenbar, dass sich Phänomene nicht mehr mit herkömmlichen Paradigmen erklären

¹ Der Ausdruck stammt von Michael Geyer, *World History and General Education: How to Bring the World into the Classroom*, in: Hanna Schissler/Yasemin Nohuglu Soysal (Hrsg.), *The Nation, Europe, and the World. Textbooks in Transition*. New York–Oxford 2005, S. 193–210.

² Vgl. Peter Novick, *That Noble Dream. The „Objectivity Question“ and the American Historical Profession*, Cambridge 1988.

³ Ausführlicher dazu: Hanna Schissler, *World History. Making Sense of the Present*, in: H. Schissler/Y. Nohuglu Soysal (Anm. 1), S. 228–245.

Hanna Schissler
Dr. phil., geb. 1946; Professorin für Neuere Deutsche Geschichte an der Universität Hannover, Senior Research Fellow des Georg-Eckert-Instituts (GEI) für internationale Schulbuchforschung.
GEI, Celler Straße 3, 38114 Braunschweig.
schissler@gei.de

Neue Orientierungsnotwendigkeiten

Die Dominanz der nationalen Geschichte war bis in die 1960er Jahre hinein weitgehend unangefochten. Das entspricht der Tradition der Geschichtswissenschaft, die ihre Professionalisierung im 19. Jahrhundert in engster Anlehnung an den Nationalstaat erreicht hat. Eine Aussage über die „Welt“ ist jedoch in jedem historischen Narrativ enthalten, nicht zuletzt auch im „Containermodell“ der natio-

lassen, beginnt die Suche nach neuen Orientierungsschemata. „One generation’s ‚true‘ history is the next generations’ nonsense“, schreibt der amerikanische Historiker Ross Dunn.¹⁴ Nach der Implosion des sowjetischen Einflussbereiches 1989 und nach den Terrorangriffen des 11. September 2001 ist die Notwendigkeit, Geschichte welthistorisch, präziser: als globale Geschichte, neu zu konzipieren, offensichtlich. Aus der Vielzahl von Büchern und Artikeln, die auf die neuen Herausforderungen reagieren, seien einige wenige hervorgehoben, weil sie in besonders produktiver Weise neue Erklärungsansätze vorstellen. „1989“ ist der Referenzrahmen für den in Harvard lehrenden Historiker Charles Maier, der im Jahr 2000 in einem bemerkenswerten Aufsatz in der „American Historical Review“ neue Konzeptualisierungen der Erinnerungskultur umrissen hat. Auch Eric Hobsbawm hat nicht nur mit seinem Buch „Zeitalter der Extreme“, sondern auch mit seiner Autobiografie „Gefährliche Zeiten“ auf die welthistorisch veränderten Bedingungen von 1989 geantwortet. In Deutschland hat Dan Diner Neuland betreten und eine globalhistorische Perspektive aus osteuropäischer Sicht vorgeschlagen.¹⁵

Charles Maier beschreibt die Verschiebungen der Erinnerung an die Gräueltaten des 20. Jahrhunderts, wie sie sich im letzten Jahrzehnt ange deutet und teilweise auch vollzogen haben. Das Signum „1989“ hat den Holocaust in gewisser Weise historisiert. Neben die Erinnerung an den Holocaust ist die Notwendigkeit getreten, die Lager der kommunistischen Regime zu erinnern und aufzuarbeiten. Historisch vergangen, so Maier, seien letztlich beide: der Holocaust wie der Gulag, auch wenn sie für die Erinnerung von Menschen ebenso wie die Erinnerungskulturen von Nationen nach wie vor eine wichtige Rolle spielen. Die Zukunft gehöre, so Maier, der postkolonialen Erinnerung mit allem Unrecht und allen bis in die Gegenwart hinein spürbaren Verletzungen,

¹⁴ Vgl. Ross Dunn, *Constructing World History in the Classroom*, in: Peter Stearns/Peter Seixas/Sam Wineberg (Hrsg.), *Knowing, Teaching and Learning History. National and International Perspectives*, New York 2000, S. 122.

¹⁵ Vgl. Charles Maier, *Consigning the 20th Century to History: Alternative Narratives for the Modern Era*, in: *The American Historical Review*, 105 (2000), S. 907–931; Eric Hobsbawm, *Gefährliche Zeiten. Ein Leben im 20. Jahrhundert*, München 2002; Dan Diner, *Das Jahrhundert verstehen. Eine universalhistorische Deutung*, München 1999; ders., *Konfliktachsen. Zum historischen Profil des 20. Jahrhunderts*, in: ders., *Gedächtniszeiten*, München 2003, S. 16–31.

die aus dem Kolonialismus des 19. und 20. Jahrhunderts resultieren und die zunehmend stärker als ethnische Proteste sowohl innerhalb westlicher Gesellschaften als auch auf internationaler Ebene artikuliert werden. Eric Hobsbawm und Dan Diner analysieren, was Letzterer den „Weltbürgerkrieg des 20. Jahrhunderts“ mit „seiner lärmenden Rhetorik widerstreitender Universalien“ genannt hat, mithin die Weltentwürfe des liberalen Kapitalismus und des Bolschewismus, jener großen Kontrahenten des Kalten Krieges. Hobsbawm fügt sein persönliches Erleben in das katastrophenreiche 20. Jahrhundert ein, ein Erleben, das den Menschen oft wenig Optionen ließ und ihnen gleichwohl wichtige, nicht zuletzt sehr persönliche Entscheidungen abverlangte.

Schließlich sei noch ein weiterer Autor genannt, der zwei Jahre lang um die Welt gereist ist, um die dramatischen Veränderungen, die sich in unserer Lebenszeit vollziehen, zu verstehen: Manuel Castells hat in seinem faszinierenden dreibändigen Werk „The Information Age“ nicht nur die Revolutionierung unserer Kommunikationssysteme beschrieben, sondern auch den Charakter neuer Kriege und die neue, lokale wie globale, Armutsdifferenzierung, die er als „Fourth Worldization“ bezeichnet. Seine zwischen 1996 und 1998 entstandenen Bücher sind bemerkenswert, nicht zuletzt im Hinblick auf die Weitsicht, mit der der Autor einige Jahre vor dem 11. September 2001 die weltweite Zunahme terroristischer Angriffe prognostiziert hat.¹⁶

Diese Arbeiten sind gelungene Versuche, auf die neuen Orientierungsnotwendigkeiten der Gegenwart in einem Zeitalter globaler Verstrickungen Antworten zu finden. Für eine Diskussion um Weltgeschichte oder um globale Perspektiven des historischen Verständnisses im europäischen Kontext bieten sie wertvolle Anknüpfungspunkte, die es weiter zu verfolgen gilt.

Konzepte von Welt- bzw. Globalgeschichte

Wenn wir von „Weltgeschichte“ sprechen, müssen wir sagen, was wir damit meinen, damit der Annahme vorgebeugt wird, hier handele es sich um eine Anknüpfung an die

¹⁶ Manuel Castells, *The Information Age: Economy, Society and Culture*, 3 Bde., Oxford–New York 1996–1998.

universalhistorischen Entwürfe der Aufklärung.¹⁷ Mit diesen hat die neue Weltgeschichte wenig gemein. Die europäische Universalgeschichte, deren Prinzipien Friedrich Schiller in seiner Jenaer Antrittsvorlesung „Was heißt und zu welchem Ende studiert man Universalgeschichte“ von 1789 dargelegt hat, ging davon aus, dass die Geschichte ein zielgerichteter Prozess sei, der notwendig zur Verbesserung der *conditio humana* führe. Die Universalgeschichte war eine Art säkularisierter Theologie, ein progressiver, nur aus dem Zeithorizont des 18. Jahrhunderts heraus zu verstehender Ansatz. Ihren Wurzeln in der Aufklärungsphilosophie zufolge hatte die Geschichte Ziel, Auftrag und Richtung. Das Ziel lag in der Verbesserung der Gesellschaft; sie verfolgte die Mission, der Welt die Prinzipien westlicher Kultur und Philosophie nahe zu bringen, davon versprach man sich einen allgemeinen, menscheitsgeschichtlichen Fortschritt. In dieser Konzeption war Europa das unbestrittene und klar definierte Zentrum. Das Verhältnis von Zentrum und Peripherie war für jeden Gebildeten klar definiert, und die Welt präsentierte sich nicht, wie heute, als hoffnungslos dezentriert. Die Frage der *agency*, nach der Handlungskompetenz in der Geschichte, war ebenfalls eindeutig geklärt: Die Welt bestand aus denkenden, rational handelnden (weißen) Männern, anstatt, wie heute, aus komplex handelnden und unter mannigfachen, sich nicht selten widersprechenden Anforderungen stehenden Menschen, die männlich wie weiblich sein können – von ethnischen Zugehörigkeiten und anderen Differenzmarkierungen ganz zu schweigen.

Diese der Aufklärung verpflichteten Strukturprinzipien lassen sich bis in die Modernisierungstheorien der 1960er Jahre verfolgen, deren entscheidendes Merkmal ihre eurozentrische Ausrichtung war. Die Modernisierungstheorien gingen – am deutlichsten im Stufenmodell von Walt W. Rostow¹⁸ – von einem mehr oder weniger schematischen Modell der Entwicklung aus, das angeblich alle

Länder durchlaufen und das notwendigerweise zu Demokratisierung auf der Basis soliden Wirtschaftswachstums führen würde. Bruce Mazlish hat den Unterschied zwischen Modernisierungstheorien und globaler Geschichte so gefasst: „Modernization was basically a Western imposition. Globalization, in contrast, is a global process, where a new ‘civilization’ (...) is being created (for better or for worse) by numerous participants (...).“¹⁹ Die Modernisierungstheorien wurden im Laufe der Zeit von differenzierter angelegten Transformationsmodellen abgelöst sowie von vielfältigen Versuchen, den Prozess der Globalisierung empirisch zu bestimmen.

Zusammengefasst bedeutet das: Was ältere, zumeist in der Aufklärung und in eurozentrischen Weltbildern verankerte welt- oder universalhistorische Entwürfe von den heutigen Bemühungen unterscheidet, sind erstens die Konstruktion des handelnden historischen Subjekts, bzw. handelnder Kollektivsubjekte; zweitens die apodiktische Annahme, dass Europa das Zentrum, der Rest der Welt hingegen die Peripherie sei; und drittens die Vorstellung, dass der historische Prozess mehr oder weniger automatisch auf Fortschritt, Modernisierung, Demokratie sowie eine vernünftige Weltordnung hinauslaufe.

Worin unterscheidet sich die neue Welt- oder Globalgeschichte von den alten universalhistorischen Entwürfen? Die Terminologie ist nicht immer trennscharf, aber viele Autoren machen einen Unterschied zwischen *world history* und *global history*. „World history“ meint häufig „die ganze Geschichte der ganzen Welt“ („the whole history of the whole world“), eine Form von Weltgeschichte, die Jürgen Osterhammel zu Recht als höhere Form des Wahnsinns bezeichnet hat, die lediglich zu „uninspirierten Datenkollagen“ führe.¹⁰ „Global history“ konzentriert sich dagegen auf die Beschreibung der Herstellung des Weltzusammenhangs in un-

¹⁷ Patrick Manning hat die zahlreichen, sich über die Jahrhunderte entwickelnden welthistorischen Ansätze in seinem Buch *Navigating World History*, New York 2003, beschrieben. Zur europäischen Tradition universalhistorischer Erklärungen vgl. Reinhart Koselleck, *Geschichte*, in: Otto Brunner u. a. (Hrsg.), *Begriffsgeschichtliches Lexikon*, Stuttgart 1975, S. 686–691: Von der „*historia universalis*“ zur „Weltgeschichte“.

¹⁸ Walt W. Rostow, *Stadien wirtschaftlichen Wachstums: Eine Alternative zur marxistischen Entwicklungstheorie*, Göttingen 1967².

¹⁹ Bruce Mazlish, *Crossing Boundaries: Ecumenical World, and Global History*, in: Philip Pomper/Richard H. Elphick/Richard T. Vann (Hrsg.), *World History. Ideologies, Structures, and Identities*, New York 1998, S. 41–52, hier: S. 49.

¹⁰ Jürgen Osterhammel, „Höherer Wahnsinn“. Universalhistorische Denkstile im 20. Jahrhundert, in: Horst Walter Blanke/Friedrich Jaeger/Thomas Sandkühler (Hrsg.), *Dimensionen der Historik. Geschichtstheorie, Wissenschaftsgeschichte und Geschichtskultur heute* (Festschrift für Jörn Rüsen), Köln 1998, S. 277–286.

terschiedlichen historischen Epochen, also etwa in der Frühen Neuzeit (zu denken ist an Immanuel Wallersteins „Weltsystem“), im 19. Jahrhundert (die Ausbreitung des Kapitalismus und die Kolonisierung), in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts sowie im ausgehenden 20. Jahrhundert. Der sich herausbildende globale Weltzusammenhang wird von Soziologen unter dem Stichwort „Weltgesellschaft“ diskutiert.¹¹

In den USA boomt Weltgeschichte. Sie verändert ganze *history departments*.¹² Ross Dunn unterscheidet zwischen dem „Western Heritage Model“, dem „Different Cultures Model“ und dem „Patterns of Change Model“. Das erste führe in der Regel zu einer „parade of civilizations“. Missionarischer Eifer für den *American way of life* sei ihm eigen. Es ist eng an die „western-civilization“-Kurse angelehnt,¹³ ja es stellt einen „western-civ-as-world-history“-Zugang dar, in dessen konzeptionellem Rahmen es dann auch zu dem gefürchteten „clash of civilizations“ à la Samuel Huntington kommen kann und wo es darum geht, die einzigartigen universalistischen Werte des Westens gegen andere, vor allem islamische Zivilisationen zu verteidigen und auszubauen. Das „Different Cultures Model“ ist aus den sozialen Bewegungen der 1960er und 1970er Jahre hervorgegangen. Es ist kulturell relativistisch und integrativ. In der Praxis führt es dazu, dass auch außerwestliche Kulturen berücksichtigt werden, die als prinzipiell gleichwertig konzipiert werden. Die geheime Agenda dieser Art von Weltgeschichte (oder auch ihr erklärtes Ziel) ist es, quantitativ mehr Informationen über Afrika, Asien und Lateinamerika und prozentual weniger über Europa und die USA zu vermitteln, um auf diese Weise dem unserem Geschichtsbild inhärenten Eurozentrismus zu entgehen. Die dritte Zugangsweise, die Dunn „Patterns of Change Model“ nennt, ist diejenige, die gegenwärtig die amerikanische Weltgeschichtsdebatte dominiert und der die Größen der Debatte um Weltgeschichte in den USA angehören:

William McNeill, Leften Stavrianos, Philip Curtin, Jerry Bentley, Patrick Manning, C.A. Bayly, Peter Stearns, Carol Gluck, Charles Bright und Michael Geyer. Dieses auch von Ross Dunn favorisierte Modell verfolgt den Gedanken, dass soziale und räumliche Felder des historischen Forschens offen und flexibel, nicht jedoch durch konventionelle kulturelle Kategorien determiniert sein sollen: Das „patterns-of-change-model (. . .) promotes the idea that social and spatial fields of historical inquiry should be open and fluid, not predetermined by conventionally assumed cultural categories“. Das Modell ist offen für Fragen der Intentionalität, *agency* und Kontingenz in globalen Kontexten.¹⁴

Das Erfassen „emergenter“ Phänomene

Sicher ist es für Historiker und Historikerinnen richtig zu betonen, dass das, was heute unter dem Schlagwort der Globalisierung abgehandelt wird, nicht unbedingt neu ist, sondern dass es Weltzusammenhänge oder sogar ein „Weltsystem“ (Wallerstein) spätestens seit der Frühen Neuzeit gegeben hat. Es gibt aber durchaus Entwicklungen, die tatsächlich neu für das 20. Jahrhundert, präziser: dessen zweite Hälfte, sind und die einen spezifisch neuen Weltzusammenhang konstituieren. Diese Entwicklungen gehen in allgemeinen Weltzusammenhängen, oder, wie Ross Dunn und William McNeill es nennen, „interactive zones“, früherer Jahrhunderte nicht auf bzw. können als solche nicht zureichend erfasst werden. Manuel Castells hat eine beeindruckende Liste dessen, was welthistorisch gesehen neu ist, zusammengestellt:¹⁵

– Neu sind Computer, das Internet und die Revolutionierung der Kommunikationstechnologien mit den sich daraus ergebenden Veränderungen von Kommunikationsmustern. Auf mechanischen Schreibmaschinen getippte Briefe betrachten wir heute als rührende Relikte vergangener Zeiten, und die logistischen Vereinfachungen, die das Internet ermöglicht, führen zu einer Multiplizierung der Aufgaben und zu einer enorm anwachsenden Beschleunigung mechanischer wie geistiger Arbeit.

– Neu sind auch die sozialen Bewegungen seit dem letzten Drittel des 20. Jahrhunderts, die insbesondere die gesellschaftliche Position von

¹¹ Vgl. die Einführung von Theresa Wobbe, *Weltgesellschaft*, Bielefeld 2000.

¹² Vgl. M. Geyer (Anm. 1).

¹³ Siehe hierzu Gilbert Allardyce, *The Rise and Fall of the Western Civilization Course*, in: *The American Historical Review*, 87 (1982), S. 695–725; Daniel A. Segal, „Western Civ“ and the Staging of History in American Higher Education, in: ebd., 105 (2000), S. 770–803; Thomas Davis, *Starting from Scratch: Shifting from Western Civ to World History*, in: *Perspectives*, (Dezember 1996).

¹⁴ Vgl. R. Dunn (Anm. 4), S. 128 und S. 135.

¹⁵ M. Castells (Anm. 6), Bd. 3: *End of Millennium*, New York 1998, S. 336.

Männern und Frauen sowie ihre Beziehungen zueinander nachhaltig verändert haben.

– Neu sind ferner grundlegend veränderte Anforderungen an die Arbeiterschaft (von Richard Sennett eindrucksvoll beschrieben¹⁶) sowie eine sich dramatisch verändernde Zusammensetzung der Arbeiterschaft. Der Charakter von Arbeit hat sich ebenso gewandelt wie das, was man vereinfachend und im Rückblick als „Normalbiografie“ bezeichnen könnte. Das Modell des ausschließlich männlichen Familienernährers verliert zunehmend an Bedeutung, und der Anteil von Frauen und Minoritäten an der erwerbstätigen Bevölkerung hat zumindest in den USA, wo die Trends möglicherweise deutlicher ausgeprägt sind als in Europa, auf dramatische Weise und in bislang ungekannten Ausmaßen zugenommen. Der Trend ist jedoch auch in Europa erkennbar. Insgesamt hat sich die Produktivität von Arbeit erhöht, was dazu führt, dass Arbeit (und daraus folgend: Arbeitseinkommen) weltweit ein immer knapper werdendes Gut wird.

– Als Konsequenz gewandelter Arbeitsverhältnisse verändern sich auch die Generationenverhältnisse. Das erleben wir derzeit in Deutschland ebenso wie in anderen europäischen Ländern als Um- und Abbau der Systeme sozialer Sicherung.

– Eine Kulturrevolution hat in den letzten drei bis vier Dekaden nicht nur herkömmliche und lange Zeit für unantastbar gehaltene Hierarchien relativiert, sondern sie hat auch neue Formen der Wissensaneignung oder dessen, was als (standardisiertes, kanonisiertes) Wissen gilt, befördert. Das unangefochtene kanonisierte Wissen früherer Generationen gerät zunehmend unter Legitimationszwänge. Daraus folgend haben sich die Erfordernisse im Hinblick auf die Erziehung der nachwachsenden Generationen deutlich verändert. Neue Inhalte wie neue Formen der Wissensaneignung nehmen an Bedeutung zu.

– Neu ist auch, dass die transnationale Migration in globalem Ausmaß deutlich zugenommen hat. Dabei finden die stärksten Migrationsbewegungen auf dem afrikanischen Kontinent statt, nicht in Europa oder in Nordamerika oder Australien.

– Neu ist ebenfalls, dass sich der größte Teil der Weltbevölkerung in Metropolen oder

mega-cities konzentriert, mit weiter steigender Tendenz. Bis vor kurzem lebte der größte Teil der Menschheit auf dem Lande und in Dörfern.

– Neue Formen regionaler wie globaler Ungleichheit nehmen zum Teil dramatisch zu.

– Internationale Handelsbeziehungen und globale wirtschaftliche Verknüpfungen sparen keine Weltregion mehr aus. Die Finanzmärkte operieren global, und weltweit herrscht ein zunehmend ungebändigter Kapitalismus. Die Folgen für die Steuerungskapazität von Politik werden deutlich.

– Weltweit lässt sich ein Schrumpfen des öffentlichen Sektors und eine (Re-)Privatisierung vormals öffentlicher Funktionen beobachten. Das zeigt sich am Anwachsen privater Bildungseinrichtungen (Schulen, Universitäten) und an der Privatisierung von sozialen Diensten. Selbst Gefängnisse werden in den USA bereits privatisiert, und es gibt weltweit eine stetig wachsende Anzahl moderner Söldner, die der öffentlichen Kontrolle entzogen sind. Wenn das staatliche Monopol legitimer Gewaltanwendung untergraben wird und vormals öffentliche Dienste in private Leistungen überführt werden, führt das zu einer dramatischen Delegitimierung von Politik.

Soweit die Faktoren, die Castells anführt. Auch der Vorstoß ins All, Satelliten in der Stratosphäre, die Nuklearspaltung und daraus folgende Gefährdungen, gegen die Territorialstaaten ihre Bürger nicht schützen können (Atombombe; Tschernobyl), und Umweltprobleme wie Ozonlöcher oder die globale Erwärmung sind historische Phänomene, die sich nicht mit dem Verweis auf die bereits seit Jahrhunderten zu beobachtende Globalisierung erledigen, sondern die in der Tat historisch gesehen neuartige Phänomene sind.¹⁷ Empirisch werden an den genannten Punkten die Konturen einer sich globalisierenden Welt in der Gegenwart sichtbar. Sie bezeichnen mögliche Themen der zunehmend wichtiger werdenden Welt- oder Globalgeschichte.

Wenn in Deutschland inzwischen von der „einen Welt“ gesprochen wird – ein Sprachgebrauch, der die lange Zeit vorherrschenden Vorstellungen von einer Ersten, Zweiten und Dritten Welt abgelöst beginnt –, so ist das als Zeichen einer wachsenden Wahrnehmung

¹⁶ Richard Sennett *Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus*, Berlin 2000⁷.

¹⁷ Vgl. B. Mazlish (Anm. 9), S. 47.

der welthistorischen Verknüpfungen und sich daraus ergebender neuer Perspektiven zu begrüßen. In der Vorstellung von der „einen Welt“ ist jedoch auch ein Euphemismus enthalten. Ja, wir haben es mit einer zusammenhängenden und sich wechselseitig beeinflussenden Welt zu tun. Aber wir haben es nicht mit einer Welt zu tun, in der die konzeptionell eingebauten Ungleichgewichtigkeiten und Peripherisierungsprozesse des die Welt sich unterwerfenden faktischen und mentalen Eurozentrismus, so wie sie in der Rede von der Ersten, Zweiten und Dritten Welt zum Ausdruck kommt, nun in schöner *political correctness* durch mehr Einheit und Gleichheit ersetzt würden. Was wir gegenwärtig erleben, ist eine sich refragmentierende Welt entlang von Bruchstellen, für die es nicht nur neue Konzepte zu entwickeln, sondern die es auch empirisch aufzuarbeiten gilt: entlang von Zentren und Peripherien; Bildungschancen und außerordentlich unterschiedlichen Möglichkeiten des Zugangs zu kulturellem Kapital; Alter und Geschlecht; der Wirkungskraft von regionalen wie globalen Kapital-, Waren- und Arbeitsmärkten.¹⁸

Auch die Position im internationalen Schichtungssystem, auf die Peter Heintz als bedeutsame Wirkungsmacht hingewiesen hat, ist für die Lebens- wie die Zukunftschancen jedes und jeder Einzelnen von großer Bedeutung.¹⁹ Ob man als Europäerin, Amerikanerin oder Afrikanerin geboren wird, ist alles andere als gleichgültig. Über diesen neu sich herausbildenden Weltzusammenhang schreiben Michael Geyer und Charles Bright: „The world we live in has come into its own as an integrated globe, yet it lacks narration and has no history (. . .). The central challenge of a renewed world history at the end of the 20th century is to narrate the world’s past in an age of globality.“²⁰

Dieser Wandel ist in der Tat gravierend und zum größten Teil noch unverstanden. Ein Spezifikum der Globalisierung ist es beispielsweise, dass diese keine erkennbar politische Form mehr annimmt. Vielmehr unterminieren die Kräfte der Globalisierung vorhandene politische Organisationsformen, etwa

durch die Bedeutung von transnationalen Kommunikationsnetzwerken, multinationalen Konzernen und Nichtregierungsorganisationen.²¹ Die neue Welt- oder Globalgeschichte beschreibt solche Faktoren, die für den Prozess der Globalität heute bestimmend sind. Das können z. B. solche Prozesse sein, unter denen sich neue Nationen zu bilden und Staaten zu etablieren versuchen; oder Umweltprobleme; oder Krankheiten wie AIDS und SARS, für die es keine nationalen Grenzen gibt. Die Auswirkungen der globalisierenden Kräfte auf Staaten, nationale Wirtschaften und auf unser aller Lebenswelten sind enorm, und wir verstehen sie erst in Ansätzen. Dabei habe ich die Wahrnehmungshorizonte, neuen Sinnstiftungen und Imaginationen dessen, was der Weltzusammenhang uns heute nicht nur ermöglicht, sondern zunehmend auch abfordert, noch gar nicht erwähnt. Das kann im Kontext dieses kurzen Artikels auch nicht geschehen.

Hinter all diesen Problemen verbergen sich veritable Forschungsprobleme, die sich nur mehr als globale fassen lassen und die das Containermodell nationaler Geschichten sprengen. Aus seiner profunden Kenntnis welthistorischer Entwicklungen heraus prognostiziert der Historiker William McNeill den Anbruch eines neuen Zeitalters: „I suspect that human affairs are trembling on the verge of a far reaching transformation.“²² Welt- und Globalgeschichte ist ein Versuch, diese Transformationen nicht nur passiv zu erdulden und in eingefahrenen, zu den heutigen Gegebenheiten nicht mehr passenden kognitiven Rahmen zu begreifen, sondern ihnen mithilfe neuer Paradigmen zu Leibe zu rücken, nicht zuletzt deshalb, weil wir ihnen dann weniger hilflos ausgesetzt sind und weniger fatalistisch in die Zukunft blicken müssen.

Man könnte meinen, dass, nachdem die diskursiven Dekonstruktionen die dominante nationale Geschichtserzählung über mehrere Jahrzehnte hin „von unten“ – durch die Frauen- und Geschlechtergeschichte, durch die Geschichte des Alltagslebens und einzelner Gruppen, durch Oral History und eine neue Kulturgeschichte – in Frage gestellt und ver-

¹⁸ Vgl. M. Geyer (Anm. 1).

¹⁹ Vgl. Peter Heintz, *Die Weltgesellschaft im Spiegel von Ereignissen*, Diessenhofen 1982.

²⁰ Michael Geyer/Charles Bright, *World History in a Global Age*, in: *The American Historical Review*, 100 (1995), S. 1034–1060, hier: S. 1037.

²¹ Vgl. Bruce Mazlish, *Die neue Globalgeschichte*, in: *Zeitschrift für Weltgeschichte*, 3 (2002) 1, S. 9–22, hier: S. 13.

²² William McNeill, *The Changing Shape of World History*, in: P. Pomper u. a. (Anm. 9), S. 21–40, hier: S. 40.

ändert haben, die Welt- und Globalgeschichte das Gleiche nun „von oben“ tue. Weltgeschichte markiert jedoch nicht als Ansammlung transnationaler Geschichtserzählungen einfach nur eine neue Ebene oberhalb der nationalen Geschichtsschreibung. Sie ist ein neuartiges, oder, wie die Soziologen dies nennen, „emergentes“ Phänomen: „Die Spezifik emergenter Phänomene liegt darin, dass sie mit dem bisherigen theoretischen Wissen nicht hinreichend zu erklären sind.“¹²³ Wenn man Dinge mit vorhandenen Ansätzen nicht mehr zureichend erklären kann, so bedarf es neuer theoretischer wie empirischer Anstrengungen. Die Sichtweise als solche verändert sich.

Die neue Welt- oder Globalgeschichte ist ein Ansatz, der bislang nicht oder nur unzureichend wahrgenommene Phänomene zu beschreiben versucht. Der religiöse Fundamentalismus und die neue Rolle von Religion in der Politik in Teilen der Welt sind ein Beispiel. Wenn wir in Deutschland und Europa von religiösem Fundamentalismus sprechen, so schauen wir in der Regel auf den islamischen Fundamentalismus. Der christliche Fundamentalismus, der die Präsidentschaft von George W. Bush bestimmt hat, kommt uns dabei seltener in den Sinn. Wer weiß schon, dass den amerikanischen Truppen im Irak nicht nur private Söldner, sondern auch christliche Missionare gefolgt sind und dass damit dort ein Modell implementiert wird, das stark an den Kolonialismus des 19. Jahrhunderts erinnert?

Angesichts der Notwendigkeit, eine globalisierte Welt anders als mit den herkömmlichen Konzepten nationaler Geschichtserzählungen zu beschreiben, weil die Phänomene, die es zu beschreiben gilt, historisch neu sind, es also um neue empirische Tatbestände geht, darf ein Aspekt nicht übersehen werden: Es geht bei den Diskussionen um Weltgeschichte auch um einen Trend zur neuen Synthesebildung. Das ist nicht zuletzt eine Reaktion auf die Fragmentierung der Geschichtswissenschaft (wie unserer Lebenswelten) in den letzten Jahrzehnten. Tatsächlich ist die Weltgeschichte aus den Dekonstruktionen einer objektivistischen und zumeist auf das Nationale fokussierten Geschichte hervorgegangen, und die Beziehungen zu postkolonialen Ansätzen, aber auch etwa zur Geschlechter- oder Umweltgeschichte sind deutlich vorhanden. Weltgeschichte kann hinter diese An-

sätze nicht zurückfallen – sie hatten ja ihren guten Sinn –, sondern sie muss diese in sich aufnehmen und integrieren.

Weltgeschichte als Zeitgeschichte

Welt- oder Globalgeschichte ist immer Zeitgeschichte im Sinne eines bewussten Nachdenkens über die eigene Geschichte und eines Neupositionierens im Weltzusammenhang. Das heißt: Welt- und Globalgeschichte ist in erster Linie der Versuch, sich zur empirischen wie zur imaginierten Welt der Gegenwart in Beziehung zu setzen. Weltgeschichte (wie auch die Diskussion der Soziologen über „Weltgesellschaft“) geht von dem Gedanken aus, dass „eine eigene weltweite Dynamik existiert, die den Bezugshorizont für Interaktionen und Kommunikation darstellt“. Dabei geht es um eine Ebene, ohne die „die moderne Gesellschaft und ihre Kontingenz nicht hinreichend zu erklären und zu beschreiben wäre“.¹²⁴ Weltgeschichte ist mithin ganz wesentlich eine Frage der Perspektivierung.

Dabei ist es einerseits irrelevant, das heißt, es spricht nicht gegen ihre Bedeutsamkeit, andererseits jedoch durchaus wirkungsmächtig, dass die weltgesellschaftlichen und welthistorischen Bezüge von den meisten Menschen gar nicht wahrgenommen werden. Peter Heintz ebenso wie Michael Geyer beschreiben diesen Tatbestand sogar als ein Spezifikum des Weltzusammenhangs, in dem wir operieren.¹²⁵ Wenn es uns gelingt, Geschichte welthistorisch zu perspektivieren und in der historischen und politischen Bildung ein Bewusstsein zu befördern, das sich den welthistorischen Zusammenhängen nicht verschließt, wenn wir mithin eine „worldization“¹²⁶ unserer Geschichte und unserer Gesellschaftsbezüge herstellen können, dann haben wir schon einiges erreicht, und die „emergenten“ Phänomene der „Weltgesellschaft“ beginnen, sich uns zu erschließen. Wie eine deutsche oder europäische Perspektivierung einer solchen globalen Geschichte aussehen könnte, darüber gilt es in Zukunft nachzudenken.

¹²⁴ Ebd., S. 7 f.

¹²⁵ Vgl. P. Heintz (Anm. 19), S. 11, und M. Geyer (Anm. 1), S. 203 f.

¹²⁶ Der Begriff „worldization“ stammt von der an der Columbia University in New York lehrenden Japan-Historikerin Carol Gluck: Vgl. Ainslee T. Embree/Carol Gluck, *Asia in Western and World History: A Guide for Teaching* (Columbia Project on Asia in the Core Curriculum), New York 1997, Einleitung.

¹²³ Th. Wobbe (Anm. 11), S. 75.

Biographik und Zeitgeschichte

Die Branche der Biographik erfreut sich einer Dauerblüte. „Man könnte meinen“, kommentierte Ulrich Raulff vor einigen Jahren, „es gäbe keine andere Textart mehr, keine Geschichte und keine Philosophie. ‚Biography‘ ist zur tragenden Säule des Buchmarkts geworden; sie unterwandert die Literatur und resümiert das Beste, was die Sachbücher zu bieten haben. Es ist, als ob das

Alexander Gallus

Dr. phil., geb. 1972;
wissenschaftlicher Assistent im Fach
Politikwissenschaft an der Technischen
Universität Chemnitz.
TU Chemnitz, Philosophische Fakultät/
Politikwissenschaft,
09107 Chemnitz.
alexander.gallus@phil.
tu-chemnitz.de

Publikum von einem maßlosen Hunger nach geschriebenem Leben befallen sei, einer Art literarischem Kannibalismus. Roland Barthes, der als Strukturalist ein Feind der Biographik war, als

Liebhaber des Texts aber ein Freund des biographischen und autobiographischen Experiments, hätte das Phänomen das ‚biographische Verlangen‘ genannt.¹

Biographisches Verlangen und Unbehagen

Das anhaltende „biographische Verlangen“ ging indes lange mit wissenschaftlichen Vorbehalten gegenüber dieser Gattung einher – vor allem in Deutschland, anders als in Großbritannien und den USA, wo die Biographie traditionell den Ruf einer Königsgattung genießt. Hierzulande stieß die biographische Methode bei Geschichtsforschern wegen des angeblich konservativ-historistischen Charakters und der behaupteten Theoriearmut auf Skepsis und löste eine Auseinandersetzung aus, die in den siebziger Jahren mit der Etablierung der „historischen Sozialwissenschaft“ oder gar mit dem „Triumph der historischen Strukturanalyse“ – so einer ihrer Kritiker – einen Höhepunkt erreichte.² Die Front verlief zwischen jenen, die Personen für den Gang der Zeiten als entscheidend betrachten, und jenen, die dafür abstrakte Kräfte und die

„Durchschlagskraft von Kollektivphänomenen“³ ins Feld führen. Für viele Politik- und Sozialwissenschaftler, die seit jeher stärker als Historiker Strukturen und Typologien betonen, hatte der biographische Zugang ohnehin etwas Anrühiges an sich.

Es mag zutreffen, dass die „Abneigung gegen die Biographie“ zu einem guten Teil der „schmerzlichen Einsicht“ entstammt, so Klaus Harpprecht 1998 mit spitzer Feder, „dass sie in Gottes Namen auch Literatur ist: dass sie Gestaltung, Formkraft, Urteilswillen und vor allem Sprache verlangt – Talente, die der Schöpfer nicht im Übermaß auf die akademische Welt der Deutschen herabregnen ließ“.⁴ Dieser nicht ganz falsch diagnostizierte und keinesfalls zu vernachlässigende Missstand – schließlich befördert er eine Entfremdung von Geschichtswissenschaft und Öffentlichkeit⁵ – ändert jedoch wenig an der Tatsache, dass die Biographie in der Zeitgeschichtsforschung und inzwischen selbst in Sozial- und Politikwissenschaften zunehmend salonfähig geworden ist.⁶

¹ Ulrich Raulff, Der große Lebenshunger. Erlösende Literatur: Das biographische Verlangen wächst, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 4. 3. 1997.

² Golo Mann, Plädoyer für die historische Erzählung, in: Jürgen Kocka/Thomas Nipperdey (Hrsg.), Theorie und Erzählung in der Geschichte, München 1979, S. 45.

³ Hans-Ulrich Wehler, Zum Verhältnis von Geschichtswissenschaft und Psychoanalyse, in: ders., Geschichte und Psychoanalyse, Frankfurt/M. 1974², S. 9.

⁴ Klaus Harpprecht, Champagner literweise. Langeweile ist schlimmer als der Tod: Es lebe die Biographie, in: FAZ vom 14. 1. 1998.

⁵ Vgl. die kritischen Ausführungen von Joachim C. Fest, Noch einmal: Abschied von der Geschichte. Polemische Überlegungen zur Entfremdung von Geschichtswissenschaft und Öffentlichkeit, in: ders., Aufgehobene Vergangenheit. Portraits und Betrachtungen, Stuttgart 1981², S. 239–261.

⁶ Vgl. Edgar Wolfrum, Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland anhand von Biographien. Heinrich Lübke, Carlo Schmid, Thomas Dehler, Franz Josef Strauß, Ludwig Erhard, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 46 (1998), S. 40–54, sowie die Überblicksdarstellungen von Michael Harscheidt, Biographieforschung: Werden und Wandel einer komplexen Methode, in: Historical Social Research, 14 (1989) 9, S. 99–142; Martin Kohli (Hrsg.), Soziologie des Lebenslaufs, Darmstadt–Neuwied 1978; ders./Günther Robert (Hrsg.), Biographie und soziale Wirklichkeit, Stuttgart 1984; Wolfgang Voges (Hrsg.), Methoden der Biographie- und Lebenslaufforschung, Opladen 1987; Peter Alheit/Wolfram Fischer-Rosenthal/Erika M. Hoerning, Biographieforschung. Eine Zwischenbilanz in der deutschen Soziologie, Bremen 1990; Werner Fuchs-Heinritz, Biographische For-

Wenn die Politologen auch längst ihre alten Vorbehalte gegenüber diesem Genre aufgegeben haben, so nimmt die Biographieforschung in ihrem Bereich doch weiterhin kaum mehr als einen randständigen Platz ein. Der Politikwissenschaftler Paul-Ludwig Weinacht beklagte, das gängige Dimensionen-Gefüge des Politischen spare personale Aspekte weitgehend aus. Die „general theories“ der Disziplin, monierte er, seien „so abstrakt geworden, dass ‚Personen‘ in ihnen nicht einmal als ‚Spielsteine‘ darstellbar sind“¹⁷. Das politologische Dreieck aus *polity* (strukturelle Dimension), *politics* (prozessuale Dimension) und *policy* (inhaltliche Dimension der Politik) sei um die personale Dimension (*politician/citizen*) zu einem Viereck zu erweitern. Denn: „Politik muss Personen und Personengruppen in ihrem Mit- und Gegeneinander als Freund, Gegner, Feind zum Thema haben können, zumal sie sich in ‚individuellen‘, in ‚emotional besetzten‘, in ‚sittlichen‘ Beziehungen vorfindet und das sowohl in den Grundeinheiten des politischen Prozesses (als Bürger) als auch insbesondere in den repräsentativen bzw. amtsgebundenen Formen (als Politiker oder Staatsmann).“¹⁸

Dagegen stellte Paul Erker 1993 in seinen Überlegungen zur „Zeitgeschichte als Sozialgeschichte“ innerhalb der sozialhistorischen Forschung einen Trend zu einer „new biographical history“ und einer „new elite history“ fest.¹⁹ Eine Einführung in die historische Sozialisationsforschung sprach wenig später sogar von einer „massiven Hinwendung zu Lebenslauf und Biographie als Forschungsgegenstand“ in den empirischen Sozialwissenschaften während der letzten zwanzig

schung. Eine Einführung in Praxis und Methoden, Wiesbaden 2000²; Christian Klein (Hrsg.), Grundlagen der Biographik. Theorie und Praxis des biographischen Schreibens, Stuttgart–Weimar 2002.

¹⁷ Paul-Ludwig Weinacht, Die politische Person und das Persönliche an der Politik, in: Karl Graf Ballestrem u. a. (Hrsg.), Sozialethik und politische Bildung. Festschrift für Bernhard Sutor zum 65. Geburtstag, Paderborn u. a. 1995, S. 61.

¹⁸ Ebd., S. 63. Die systematische Erforschung von politischen Führungsgruppen gehört gerade innerhalb der deutschen Politikwissenschaft für Ludger Helms zu den unterentwickelten Gebieten des Faches. Vgl. ders., „Politische Führung“ als politikwissenschaftliches Problem, in: Politische Vierteljahresschrift, 41 (2000), S. 411–434.

¹⁹ Paul Erker, Zeitgeschichte als Sozialgeschichte. Forschungsstand und Forschungsdefizite, in: Geschichte und Gesellschaft, 19 (1993), S. 207.

Jahre.¹⁰ Als Beleg hierfür können die 1976 gegründete Zeitschrift „Historical Social Research“ des Kölner Zentrums für Historische Sozialforschung, das sich unter der Ägide von Heinrich Best und Wilhelm Heinz Schröder nicht zuletzt der „kollektiven Biographik“ in Theorie und Praxis widmet, sowie das 1988 erstmals erschienene interdisziplinäre Organ „BIOS“ dienen. Die Zeitschrift betrachtet sich als Forum, „in dem die qualitative, vor allem an Einzelfällen orientierte Biographieforschung und die quantitative, an Kohorten und Gruppen orientierte Lebenslaufforschung zu einem fruchtbaren Austausch gelangen“. Sie will dazu beitragen, „eine Frontstellung zwischen den methodischen Ansätzen mit ihren wissenschaftstheoretischen Traditionen zu überwinden“.¹¹

Mittlerweile sind die Frontlinien aufgebrochen, schlagen – in der Geschichtswissenschaft allemal – „Intentionalisten“ und „Strukturalisten“ versöhnliche Töne an und suchen nach einer symbiotischen Verknüpfung beider Ansätze. Der Gedanke Heinrich von Treitschkes vom bewussten Willen handelnder Männer, der die Geschichte mache, gilt heute als ebenso naiv wie eine Position, die den Geschichtsverlauf getreu der marxistischen Lehre allein auf ökonomische Bewegungsgesetze zurückführt. Gleichwohl finden sich in biographischen Studien mit akademischem Anspruch noch häufig elaborierte, mehr oder weniger ertragreiche methodologische und theoretische Ausführungen, die einem „Unbehagen an der wissenschaftlichen Biographie“¹² Ausdruck verleihen.

Wie fruchtbar es sein kann, sich von der Fixierung auf einen methodischen Zugang oder ein geschichtstheoretisches Konzept zu verabschieden, belegte am Beispiel einer Einzelbiographie Ian Kershaw in eindrucksvoller Weise. Sein „Hitler“ ist, gleichsam als gesellschaftsbiographisches Werk, ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer Versöhnung von Persönlichkeit, Gesellschaft und Struktur in der NS-Forschung.¹³ Kershaw hat nach ei-

¹⁰ Andreas Gestrich, Vergesellschaftungen des Menschen. Einführung in die Historische Sozialisationsforschung, Tübingen 1999, S. 52.

¹¹ Vorbemerkung, in: BIOS. Zeitschrift für Biographieforschung, Oral History und Lebensverlaufsanalysen, 14 (2001) 2, S. 3.

¹² Margit Szöllösi-Janze, Fritz Haber 1868–1934. Eine Biographie, München 1998, S. 9–15.

¹³ Vgl. ausführlich Alexander Gallus, Hitlerdeutungen. Auf dem Weg zu einer Versöhnung von Per-

gener Aussage einen Ansatz gewählt, der ihn „mehr auf die Erwartungen und Motivationen der deutschen Gesellschaft“ blicken ließ „als auf Hitlers Persönlichkeit“.¹⁴ Seine Biographie Adolf Hitlers steht stellvertretend für einen historischen Zugriff, der unbefangener als bisher politik- und diplomatiegeschichtliche mit sozial- und strukturgeschichtlichen Ansätzen, Biographie mit den *profound forces* der Geschichte verbindet.

Kershaws von einem Methodenpluralismus getragene Arbeit, die eine personenbezogene mit einer gesellschaftlich-ökonomischen und einer politisch-ideologiegeschichtlichen Sichtweise in Einklang bringt, scheint den alten Streit zwischen „Strukturalisten“ und „Personalisten“ aufgehoben zu haben. In den Reaktionen auf sein Buch war nur noch wenig von den über viele Jahre hinweg heftig ausgetragenen intellektuellen und methodologischen Gefechten zu spüren, die um Nutzen, Grenzen und, wie es bisweilen schien, um Gefahren der Individualbiographie geführt worden ist.

Neben Kershaws Arbeit ist Ulrich Herberts Studie über Heydrichs Stellvertreter bei der Gestapo, Werner Best, hervorzuheben. Die Untersuchung des Lebenswegs fungiert hier als Sonde, um Zeitumstände, ideologische Denkmuster und die Funktionsweise von Herrschaftsstrukturen näher zu erforschen.¹⁵ Außerdem ermöglicht es dieser Zugang, den Zusammenhang zwischen verschiedenen Epochen – nicht zuletzt der an Brüchen so reichen deutschen Zeitgeschichte – besser zu begreifen. Im Falle Bests sind dies das späte Kaiserreich und die Zeit des Ersten Weltkriegs, die Weimarer Republik und das „Dritte Reich“ sowie die Bundesrepublik Deutschland. Der biographische Ansatz eröffnet in besonderem Maße Chancen, eine wesentliche Herausforderung der deutschen Gegenwartshistorie zu meistern, nämlich „die drei Zeitgeschichten des vereinigten Deutschland“ – die Entwicklung nach dem Ersten Weltkrieg bis 1945, die bundesdeut-

sönlichkeit, Gesellschaft und Struktur in der NS-Forschung, in: *Geschichte, Politik und ihre Didaktik*, 29 (2001), S. 252–262.

¹⁴ Ian Kershaw, *Hitler 1889–1936*, Stuttgart 1998, S. 27; vgl. auch ders., *Hitler 1936–1945*, Stuttgart–München 2000.

¹⁵ Vgl. Ulrich Herbert, *Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft, 1903–1989*, Bonn 1996³.

sche und die DDR-Geschichte – „in ein Relationsgefüge zu bringen“¹⁶.

Anders als bei der Individualbiographie gibt es über die Methodik der Kollektivbiographie, welche die Lebensläufe von – eindeutig definierbaren – sozialen oder politischen Gruppen schreibt und sich gleichfalls im Spannungsfeld von Struktur und Persönlichkeit bewegt, keine nennenswerten Kontroversen. Es mangelt an einer kritischen Bestandsaufnahme der bisherigen Forschung und einer Würdigung der Erfahrungen mit einer Methode, die nicht nur in der Soziologie (weniger der Politologie¹⁷), sondern auch in der Zeitgeschichtsforschung etabliert ist. Mittlerweile erscheint sie als ein derart selbstverständliches Instrument, dass diejenigen, die sich ihrer bedienen, meist auf ausführliche methodische Reflexionen verzichten.¹⁸

Der Aufsatz möchte im Folgenden die (zeit)historisch orientierte kollektive Biographie skizzieren. Im Hintergrund steht dabei die leitende Frage nach Nutzen und Grenzen des mittlerweile viel erprobten gruppenbiographischen Ansatzes. Nach einem Blick auf frühe britische Erfahrungen mit der Kollektivbiographie rückt die deutsche Entwicklung dieses Forschungsfeldes seit den siebziger Jahren in den Mittelpunkt der Betrachtung. Am Ende soll eine knappe Leistungsbilanz dieser Methode gezogen werden.

Britische und deutsche Erfahrungen

Es mag an der „Nicht-Staatskultur“ (Karl Rohe) Großbritanniens und einem dort stark

¹⁶ Hans Günter Hockerts, *Zeitgeschichte in Deutschland. Begriffe, Methoden, Themenfelder*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)*, 43 (1993) 29–30, S. 19; zu Stand und Perspektiven der aktuellen Zeitgeschichtsforschung siehe Alexander Nützenadel/Wolfgang Schieder (Hrsg.), *Zeitgeschichte als Problem. Nationale Traditionen und Perspektiven der Forschung in Europa*, Göttingen 2004, sowie *Zeithistorische Forschungen. Studies in Contemporary History*, 1 (2004) 1.

¹⁷ So Cord Arendes/Hubertus Buchstein, *Politikwissenschaft als Universitätslaufbahn: Eine Kollektivbiographie politikwissenschaftlicher Hochschullehrer/-innen in Deutschland 1949–1999*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 45 (2004), S. 10.

¹⁸ Vgl. z. B. die Habilitationsschriften von Thomas Welskopp, *Das Banner der Brüderlichkeit. Die deutsche Sozialdemokratie vom Vormärz bis zum Sozialistengesetz*, Bonn 2000, sowie Michael Wildt, *Die Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes*, Hamburg 2002.

personalisierten Verständnis von Politik liegen, dass sich hier selbst politikwissenschaftliche Studien stärker als andernorts politische Akteure widmen und sich das biographische Genre überaus großer Beliebtheit erfreut. Die britische Forschung hat nicht nur bedeutende Einzelbiographien hervorgebracht, sondern zu einem wesentlichen Teil auch den Boden für eine kollektive Biographik bereitet. Auf diese Traditionslinien verweist Lawrence Stone, dessen einflussreiche Studie „An Open Elite?“¹⁹ über die Möglichkeiten und Grenzen des Austauschs zwischen adligen und bürgerlichen Eliten auf dem kollektivbiographischen Ansatz beruht. Im Jahr 1971 setzte er sich in der Zeitschrift „Daedalus“ unter dem Titel „Prosopography“ grundsätzlich mit dieser Methode auseinander, berichtete von „englischen Erfahrungen“ und Anwendungsfällen und zeichnete den Weg nach, auf dem sich die Prosopographie (griechisch *prosopon*, Gesicht, Maske, Rolle, Person) „zu einer der wertvollsten und gebräuchlichsten Methoden der Geschichtsforschung“ entwickelt hat.²⁰ Stone verwendet die Begriffe Prosopographie, Sammel- oder Kollektivbiographie synonym.

„Prosopographie“, so seine Definition, „bezeichnet die Untersuchung der allgemeinen Merkmale des Werdegangs einer Gruppe von handelnden Personen der Geschichte durch ein zusammenfassendes Studium ihrer Lebensläufe.“ Diese Merkmale werden etwa durch Fragen nach Geburt und Tod, Heirat und Familie, sozialer Herkunft, wirtschaftlicher Stellung, Wohnsitz, Ausbildung, Berufserfahrung oder Religion näher bestimmt und erörtert. Die Prosopographie oder Kollektivbiographie beabsichtigt nach Stone zweierlei: Erstens untersucht sie die Sozialprofile und -strukturen spezifischer Gruppen im zeitlichen Wandel; zweitens möchte sie – und dies ist der diffizilere, empirisch schwerer zu belegende Teil – die „Wurzeln einer politischen Handlung“, so gut es geht, freilegen: „Die Aufdeckung der eigentlichen Interessen, von denen man annimmt, dass sie sich hinter poli-

tischer Rhetorik verbergen; es betrifft die Analyse der sozialen und wirtschaftlichen Affiliationen politischer Gruppierungen, die Aufdeckung der Funktionsweise eines politischen Apparates und die Identifizierung jener, die die Hebel bedienen.“ Stone erinnert zu Recht daran, dass die kollektivbiographische Methode ursprünglich als „Hilfsmittel zur Erforschung der politischen Geschichte eingeführt“ und erst später von den Sozialhistorikern entdeckt und gleichsam vereinnahmt worden ist.²¹ Der politikgeschichtliche Ursprung gelte insbesondere für die von ihm so benannte Eliten-Schule der Prosopographie, die sich vorwiegend mit der Beschaffenheit der jeweils herrschenden politischen Klasse und den Beziehungen innerhalb dieser befasst. Davon unterscheidet Stone die Massen-Schule, die sich vor allem mit den Angehörigen der breiten Volksschichten beschäftigt. Sie ist notgedrungen stärker statistisch ausgerichtet und meist auf Stichprobenverfahren angewiesen.

Das Aufblühen der Prosopographie in Großbritannien während der zwanziger und dreißiger Jahre des vergangenen Jahrhunderts erklärt Stone mit einer Krise der Geschichtswissenschaft. Diese sei ganz auf institutionen-, verwaltungs-, verfassungs- und diplomatiegeschichtliche Fragestellungen orientiert gewesen oder habe sich auf die Lebensläufe einzelner „Großer“ konzentriert, ohne deren Wirtschafts- und Machtinteressen freizulegen – in Stones Worten: ohne „die wahren Ziele hinter der Nebelwand politischer Rhetorik zu enthüllen“²². Auch betont er den Einfluss behavioristischer Theorien auf die Geschichtsschreibung. Hinzu kam ein außerwissenschaftlicher Aspekt, nämlich ein deutlich spürbarer „Vertrauensverfall hinsichtlich der Integrität der Politiker und der abnehmende Glaube an die Bedeutung von Verfassungen“²³ in der Zeit zwischen den Weltkriegen.

Es ist bislang nicht systematisch untersucht worden, inwieweit sich die „britischen Erfahrungen“ auf die deutsche Geschichtswissenschaft ausgewirkt haben. Auffällig ist indes eine Parallele: Auch die deutsche Schule der kollektiven Biographik bildete sich in einer Zeit heraus, die eine Krise der Geschichtswis-

¹⁹ Lawrence Stone (zus. mit Jeanne C. Fawtier Stone), *An Open Elite? England 1540–1880*, Oxford 1984.

²⁰ Ders., *Prosopography*, in: *Daedalus*, 100 (1971), S. 46–79; hier nach der gekürzten deutschen Fassung: ders., *Prosopographie – englische Erfahrungen*, in: Konrad H. Jarausch (Hrsg.), *Quantifizierung in der Geschichtswissenschaft*, Düsseldorf 1976, S. 64; vgl. auch Diana K. Jones, *Researching Groups of Lives. A Collective Biographical Perspective on the Protestant Ethic Debate*, in: *Qualitative Research*, 1 (2001) 3.

²¹ L. Stone, *Prosopographie* (ebd.), S. 64 f.

²² Ebd., S. 71.

²³ Ebd., S. 72.

senschaft erlebte.¹²⁴ Zumindest mochte es den Zeitgenossen so erscheinen. In den siebziger Jahren entbrannte innerhalb der deutschen Historikerschaft ein heftiger Streit über das Selbstverständnis des Fachs – nach Golo Mann ein wenig dramatisierender Darstellung war die Zunft während jener Zeit „in heller Auflösung“ begriffen.¹²⁵ Damals sah sich die an der klassischen historischen Hermeneutik oder Verstehenslehre orientierte Tradition einer erstarkenden, gleichermaßen theoriegeleiteten wie strukturanalytischen Richtung gegenüber, die sich zunehmend sozialwissenschaftlicher Methoden bediente.

Die Durchsetzung des sozialhistorischen Paradigmas trug wesentlich zu Entwicklung und Erfolg der kollektiven Biographik in Deutschland bei. Allerdings verstand sie sich von Anfang an als eine Chance zur Überwindung des alten Methodenstreits, indem sie eine „doppelte Erkenntnisrichtung“ verfolgt: „Kollektive Biographie lässt einerseits Rückschlüsse auf das Typische, das Allgemeine zu, d. h. auf allgemeinere gesellschaftliche Aggregate oder auf die Gesamtgesellschaft – und dies ist zweifellos die eindeutig dominierende Erkenntnisrichtung in der Forschungspraxis. Andererseits lässt kollektive Biographie auch den Rekurs auf das Untypische, das Abweichende, das Individuelle zu, d. h. auf kleinere gesellschaftliche Aggregate oder auf den individuellen Lebenslauf selbst.“¹²⁶ Schon Stone hatte betont, dass sich bei der prosopographischen Methode die „Konzentration auf das wichtige Detail und den Einzelfall mit der Vorliebe des Sozialwissenschaftlers für Statistik und Theorie verbinden“¹²⁷ lasse und qualitative mit quantitativen Methoden miteinander in Einklang gebracht werden könnten.

¹²⁴ Vgl. etwa die zusammenfassende Darstellung von Günter Birtsch, Tendenzen der deutschen Geschichtswissenschaft nach 1945, in: Oswald Hauser (Hrsg.), *Geschichte und Geschichtsbewusstsein*. 19 Vorträge, Göttingen–Zürich 1981, S. 150–166; einen weiten Bogen schlägt Lutz Raphael, *Geschichtswissenschaft im Zeitalter der Extreme. Theorien, Methoden, Tendenzen von 1900 bis zur Gegenwart*, München 2003; bezogen auf die biographische Methode siehe auch Olaf Hähner, *Historische Biographik. Die Entwicklung einer geschichtswissenschaftlichen Darstellungsform von der Antike bis ins 20. Jahrhundert*, Frankfurt/M. 1999, S. 4–8.

¹²⁵ Zit. nach G. Birtsch (Anm. 24), S. 157.

¹²⁶ Wilhelm Heinz Schröder, *Kollektive Biographien in der historischen Sozialforschung: Eine Einführung*, in: ders. (Hrsg.), *Lebenslauf und Gesellschaft. Zum Einsatz von kollektiven Biographien in der historischen Sozialforschung*, Stuttgart 1985, S. 9.

¹²⁷ L. Stone, *Prosopographie* (Anm. 20), S. 92 f.

Jede Kollektivbiographie zielt mittels des Vergleichs der einzelnen Mitglieder auf die Herausarbeitung von Regelmäßigkeiten, schließlich auf eine Typisierung und Klassifikation der Resultate. So gestaltete sich als Ergebnis einer Studie über die 213 SPD-Angehörigen von Reichs- und Länderregierungen während der Weimarer Republik der „typische“ Lebenslauf folgendermaßen: „Als sozialdemokratischer Minister im Reich/in den Ländern der Weimarer Republik wurde danach am ehesten berufen, wer männlich, evangelisch (aber zeitweise dissident), 47 Jahre, gelernter Arbeiter, langjährig Reichs- und/oder Landtagsabgeordneter/Fraktionsführer war und in Preußen (Reichsminister) bzw. im jeweiligen Bundesland (Landesminister) wohnte.“¹²⁸ Dies seien freilich nur Elemente eines von verschiedenen denkbaren typischen (Teil-)Lebensläufen, mithin als Idealtyp und analytisches Mittel aufzufassen; schließlich sei die als „typisch“ erkannte Merkmalskombination nicht „immer in reiner Form in der sozialen Wirklichkeit zu finden“¹²⁹.

Seit der zweiten Hälfte der siebziger Jahre beschäftigt sich das Zentrum für Historische Sozialforschung in Köln mit der theoretischen Fortentwicklung der kollektiven Biographik und ihrer Anwendung in der Praxis. Ganz überwiegend widmen sich die verschiedenen Projekte der Analyse parlamentarischer Führungsgruppen in Deutschland seit der Mitte des 19. Jahrhunderts. Die Themen lauten: „Struktur und Wandel parlamentarischer Führungsgruppen in Deutschland 1848–1953“; „Biographisches Handbuch der sozialdemokratischen Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen 1867–1933“; „Biographisches Handbuch der Abgeordneten deutscher Nationalparlamente 1848–1933“; „Lebensschicksale der ehemaligen Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik ab 1933“; „Die Rekrutierung der politischen Klasse in der Bundesrepublik Deutschland“ sowie „Kollektive Biographie der Landtagsabgeordneten der Weimarer Republik 1918–1933“.¹³⁰

¹²⁸ Wilhelm Heinz Schröder, „Genosse Herr Minister“: Sozialdemokraten in den Reichs- und Länderregierungen der Weimarer Republik 1918/19–1933, in: *Historical Social Research*, 26 (2001) 4, S. 79.

¹²⁹ Ebd., S. 45.

¹³⁰ Vgl. die Bilanz: Wilhelm Heinz Schröder/Wilhelm Weege/Martina Zech, *Historische Parlamentarismus-, Eliten- und Biographieforschung. Forschung und Service am Zentrum für Historische Sozialforschung*, Köln 2000.

Gerade die Verknüpfung von biographischer Lexikographie und kollektiver Biographik³¹ brachte mehrere wertvolle Resultate hervor. Es erschienen (jeweils in Kooperation mit der Bonner Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien) Bände mit Informationen zu jedem einzelnen Abgeordneten oder Delegierten hinsichtlich festgelegter Merkmale oder Variablen und mehr oder minder ausführliche gruppenbiographische Analysen.³²

Mittlerweile existiert auch außerhalb des Kölner Mekkas der deutschen Kollektivbiographien eine Reihe deutscher Erfahrungen mit der Kollektivbiographik: So haben Gerd Meyer und Eberhard Schneider die Macht- bzw. Funktionselite der DDR prosopographisch analysiert.³³ Thomas Welskopp hat das Füh-

³¹ Vgl. Wilhelm Heinz Schröder, Lebenslaufforschung zwischen biographischer Lexikographie und kollektiver Biographik: Überlegungen zu einem „Biographischen Handbuch der Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen bis 1933“ (BIOPARL), in: Historical Social Research, (1984) 31, S. 38–62.

³² Vgl. ders., Sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und Reichstagskandidaten 1898–1918. Biographisch-statistisches Handbuch, Düsseldorf 1986; Martin Schumacher (Hrsg.), M.d.R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933–1945. Eine biographische Dokumentation. 3., erheblich erw. und überarb. Aufl., Düsseldorf 1994; Wilhelm Heinz Schröder, Sozialdemokratische Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen 1867–1933. Biographien, Chronik, Wahldokumentation. Ein Handbuch, Düsseldorf 1995; Sabine Roß (Hrsg.), Biographisches Handbuch der Delegierten der Reichsrätekonferenzen 1918/1919, Düsseldorf 2000, sowie die separat erschienene kollektivbiographische Analyse von ders., Politische Partizipation und nationaler Räteparlamentarismus. Determinanten des politischen Handelns der Delegierten zu den Reichsrätekonferenzen 1918/1919. Eine Kollektivbiographie, Köln 1999; Statisten in Uniform. Die Mitglieder des Reichstags 1933–1945. Ein biographisches Handbuch. Unter Einbeziehung der völkischen und nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten ab Mai 1924, bearb. von Joachim Lilla unter Mitarbeit von Martin Döring und Andreas Schulz, Düsseldorf 2004; siehe auch die kollektivbiographischen Studien von Heinrich Best, Die Männer von Bildung und Besitz. Struktur und Handeln parlamentarischer Führungsgruppen in Deutschland und Frankreich 1848/49, Düsseldorf 1990, sowie Hartwin Spenkuch, Das Preußische Herrenhaus. Adel und Bürgertum in der ersten Kammer des Landtags 1854–1918, Düsseldorf 1998.

³³ Vgl. Gerd Meyer, Die DDR-Machtelite in der Ära Honecker, Tübingen 1991; Eberhard Schneider, Die politische Funktionselite der DDR. Eine empirische Studie zur SED-Nomenklatura, Opladen 1994; siehe auch schon Peter Christian Ludz, Parteiliste im Wan-

nungspersonal sozialdemokratischer Organisationen zwischen Vormärz und Sozialistengesetz³⁴ unter die Lupe genommen, Thomas Weiser die sozialdemokratischen und kommunistischen Parteifunktionäre in der Tschechoslowakei in den Jahren zwischen 1918 und 1938.³⁵ Karin Orth hat das Führungspersonal der nationalsozialistischen Konzentrationslager systematisch untersucht³⁶ und Michael Wildt über zweihundert Biographien von Angehörigen des Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes ausgewertet.³⁷

Leistungen und Kritik

Die britischen und die deutschen Erfahrungen belegen, dass es sich bei der Kollektivbiographie oder Prosopographie inzwischen um eine mündig gewordene und vielfach angewandte Methode handelt. Stone konstatierte bereits vor über dreißig Jahren: „Sie hat die Torheiten und Ausschweifungen ihrer Jugend überwunden und beginnt, die alltägliche Routinearbeit der ersten Jahre des verantwortungsvollen mittleren Altersabschnittes aufzunehmen.“³⁸ Das hier nur angedeutete Spektrum der Anwendungen zeigt, dass die Methode zur Erforschung von politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Führungsgruppen oder auch von Massenphänomenen verschiedener Epochen und politischer Systeme – ob demokratisch oder diktatorisch – geeignet ist.

Die kollektive Biographik nimmt dabei in mehrfacher Hinsicht eine Mittlerposition ein. Sie erfüllt gleichsam eine Brückenfunktion

del. Funktionsaufbau, Sozialstruktur und Ideologie der SED-Führung. Eine empirisch-systematische Untersuchung, Köln–Opladen 1968; siehe als sowjetisches Pendant Evan Mawdsley/Stephen White, The Soviet Elite from Lenin to Gorbachev. The Central Committee and its Members, 1917–1991, New York 2000.

³⁴ Vgl. T. Welskopp (Anm. 18).

³⁵ Vgl. Thomas Weiser, Arbeiterführer in der Tschechoslowakei. Eine Kollektivbiographie sozialdemokratischer und kommunistischer Parteifunktionäre 1918–1938, München 1998.

³⁶ Vgl. Karin Orth, Die Konzentrationslager-SS. Sozialstrukturelle Analysen und biographische Studien, Göttingen 2000.

³⁷ Vgl. M. Wildt (Anm. 18). Dabei kann er sich u. a. auf die Vorarbeiten von Jens Banach, Heydrichs Elite. Das Führungskorps der Sicherheitspolizei und des SD 1936–1945, Paderborn u. a. 1998 stützen. Kollektive Biographien finden sich auch bei Gerhard Hirschfeld/Tobias Jersak (Hrsg.), Karrieren im Nationalsozialismus. Funktionseliten zwischen Mitwirkung und Distanz, Frankfurt/M. 2004.

³⁸ L. Stone, Prosopographie (Anm. 20), S. 89.

zwischen verschiedenen Disziplinen, nicht zuletzt zwischen der politikwissenschaftlichen Elitenforschung, der soziologischen Lebenslaufsforschung und der geschichtswissenschaftlichen Biographieforschung. Innerhalb der Zeitgeschichtsforschung steht die kollektive Biographik zwar den Prämissen einer historischen Sozialwissenschaft besonders nahe, stellt aber zugleich vielfältige Anknüpfungspunkte zur Politikgeschichte her und bewegt sich zwischen qualitativen und quantitativen Forschungsansätzen. Sie ermöglicht nicht nur die Typisierung des Individuellen, sondern auch die Individualisierung des Typischen. Gerade im Falle von Elitestudien bietet es sich an, ja ist es zum Teil geboten, die prosopographisch gewonnenen Daten und die „typischen“ Lebensläufe mit einzelnen „exemplarischen“ Fallstudien zu vergleichen,³⁹ auch um dem Eindruck entgegenzuwirken, eine Form von statistischen Gespenstern zu erzeugen, die mit der historischen Realität wenig zu tun haben.

Es besteht mithin eine doppelte Gefahr: Erstens drohen die abweichenden Stimmen nicht genügend zur Geltung zu kommen und individuelle Ausprägungen in der Masse der Kollektivdaten unterbewertet oder gänzlich übersehen zu werden. Zweitens – und eng damit zusammenhängend – birgt die Reduktion auf biographische Kerndaten (zu festgelegten und kodierten Variablen) das Risiko, das Ziel der Biographik – zumindest der individuellen – zu verfehlen, nämlich Charaktere zu erfassen und zu verstehen. Kollektivbiographie ohne Fallstudien, gleichsam als Sicherheitsmechanismus, erscheint als ein wenig fruchtbares Unternehmen, und bei einer sehr geringen Gleichförmigkeit der Lebensläufe eines Kollektivs dürfte die Anwendbarkeit der Methode mehr als fragwürdig erscheinen.

Ohne Zweifel zählt aber zu den großen Leistungen der Prosopographie die vergleichende Analyse von Sozialprofilen und -strukturen. Kollektivbiographie reduziert auf eine Soziographie⁴⁰ erfährt denn auch wenig Kritik, vorausgesetzt, sie gelangt über eine bloße Materialanhäufung hinaus. Der Argwohn setzt meist dort an, wo derartige

Daten als „objektiver“ Ausdruck einer klaren Interessenlage angesehen und Handlungen auf ein entsprechendes Interessenkalkül zurückgeführt werden.⁴¹ Damit einher geht nicht selten die wissenschaftliche Vernachlässigung institutioneller Rahmenbedingungen. Es ist allzu einfach, wenn auch durchaus reizvoll, das einzelne Kollektivmitglied auf einen *homo oeconomicus* zu beschränken und Interpretationen gemäß der Doktrin, dass das Sein das Bewusstsein bestimme, anzustellen. Lassen sich mittels der Auswertung einer gewissen Zahl von biographischen Kerndaten bestimmte Verhaltensweisen wirklich treffend erklären? Der Gefahr und den Verlockungen eines solchen Reduktionismus muss sich jeder, der kollektivbiographisch arbeitet, bewusst bleiben. Menschliches Handeln lässt sich schließlich kaum auf eine einzige Triebfeder zurückführen, sondern unterliegt unterschiedlichen und wechselseitigen Einflüssen, die selbst der Individualbiograph für den einzelnen Protagonisten nicht immer erfolgreich entwirren kann.

Schon Stone nannte es eine „große intellektuelle Schwäche der Prosopographen“, dass sie nur eine „relativ geringe Bereitschaft“ besäßen, „den Ideen, Vorurteilen, Leidenschaften, Ideologien, Idealen und Grundsätzen in ihrer Gesichtsperspektive einen Platz einzuräumen“.⁴² Dies zu berücksichtigen macht indes nicht zuletzt den Reiz von Einzelbiographien aus, die so auch die Chance besitzen, über fachwissenschaftliche Zirkel hinaus Aufmerksamkeit zu erzielen, und die als eine besonders geeignete Darstellungsform erscheinen, um Geschichtswissenschaft und Öffentlichkeit einander anzunähern. Auch wenn sich nur die wenigsten der prosopographischen Werke aus einer Suada von Kodewörtern zusammensetzen und aus ihnen meist weit mehr als das „tote Klappern unverarbeiteter Statistiken“⁴³ herauszuhören ist, so fehlt ihnen doch oft jener Anteil an Poesie, den der französische Historiker Marc Bloch für jede Art der Geschichtsschreibung, einer wirklichen *écriture historique*, nachdrücklich reklamierte. Ein kollektivbiographisches Verlangen ist daher vorerst kaum zu erwarten.

³⁹ In vorbildlicher Weise geschieht dies bei M. Wildt (Anm. 18).

⁴⁰ Vgl. Udo Kempf, Die Regierungsmitglieder als soziale Gruppe, in: ders./Hans-Georg Merz (Hrsg.), Kanzler und Minister 1949–1998. Biografisches Lexikon der deutschen Bundesregierungen, Wiesbaden 2001, S. 7–35.

⁴¹ Vgl. Dietmar Rothermund, Geschichte als Prozess und Aussage. Eine Einführung in Theorien des historischen Wandels und der Geschichtsschreibung, München 1995², S. 137–142.

⁴² L. Stone, Prosopographie (Anm. 20), S. 82.

⁴³ J. C. Fest (Anm. 5), S. 253.

APuZ

Nächste Ausgabe

3/2005 · 17. Januar 2005

Städtepolitik

Hartmut Häußermann

Umbauen und Integrieren – Stadtpolitik heute

Peter Franz

Regionalpolitische Optionen für schrumpfende Städte

Peter Jakubowski

Neue Kooperationsformen in der Stadtentwicklung

Michael Haus

Zivilgesellschaft und soziales Kapital im städtischen Raum

Frank Bertsch / Michael-Burkhard Piorkowsky

Impulse für eine neue Politik der Sozialen Stadt

Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn.



Redaktion

Dr. Katharina Belwe
Dr. Hans-Georg Golz
(verantwortlich für diese Ausgabe)
Dr. Ludwig Watzal
Hans G. Bauer
Telefon: (0 18 88) 5 15-0
oder (02 28) 36 91-0

Internet

www.bpb.de/publikationen/apuz
E-Mail: apuz@bpb.de

Druck

Frankfurter Societäts-
Druckerei GmbH,
60268 Frankfurt am Main

Vertrieb und Leserservice

Die Vertriebsabteilung der
Wochenzeitung **Das Parlament**
Frankenallee 71–81,
60327 Frankfurt am Main,
Telefon (0 69) 75 01-42 53,
Telefax (0 69) 75 01-45 02,
E-Mail: parlament@fsd.de,
nimmt entgegen:

- Nachforderungen der Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
- Abonnementsbestellungen der
Wochenzeitung einschließlich
Beilage zum Preis von Euro 19,15
halbjährlich, Jahresvorzugspreis
Euro 34,90 einschließlich
Mehrwertsteuer; Kündigung
drei Wochen vor Ablauf
des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen
für die Beilage zum Preis von
Euro 3,58 zuzüglich
Verpackungskosten, Portokosten
und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen
in der Beilage **Aus Politik und
Zeitgeschichte** stellen keine
Meinungäußerung des
Herausgebers dar; sie dienen
lediglich der Unterrichtung und
Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke dürfen
Kopien in Klassensatzstärke herge-
stellt werden.

ISSN 0479-611 X

Zeitgeschichtsforschung *APuZ* 1–2/2005

Richard J. Evans

3–9 **Zwei deutsche Diktaturen im 20. Jahrhundert?**

Inwieweit waren die beiden deutschen Diktaturen im letzten Jahrhundert, das „Dritte Reich“ und die DDR, tatsächlich deutsch?

Hermann Wentker

10–17 **Zwischen Abgrenzung und Verflechtung: deutsch-deutsche Geschichte nach 1945**

Mit der Wiedervereinigung von 1990 hat sich auch die Perspektive auf die deutsche Nachkriegsgeschichte grundlegend gewandelt.

Jost Dülffer

18–26 **Zeitgeschichte in Europa – oder europäische Zeitgeschichte?**

Eine Europäische Zeitgeschichte steckt noch in den Anfängen. Das bildet zugleich Reiz und Herausforderung wie methodische Erschwernis und Last.

Stefan Plaggenborg

26–32 **Sowjetische Geschichte nach Stalin**

Für eine europäische Perspektive der Zeitgeschichte ist es sinnvoll, Vereinfachungen der sowjetischen Geschichte aufzulösen, indem der Wandel des Systems nach Stalin diskutiert wird.

Hanna Schissler

33–39 **Weltgeschichte als Geschichte der sich globalisierenden Welt**

Welt- oder Globalgeschichte ist Zeitgeschichte im Sinne eines bewussten Nachdenkens über die eigene Geschichte und eines Neupositionierens im Weltzusammenhang.

Alexander Gallus

40–46 **Biographik und Zeitgeschichte**

Während vor wenigen Jahrzehnten Biographien im wissenschaftlichen Metier keinen guten Ruf genossen und ihre Theoriearmut beklagt wurde, erlebt dieses Genre in der Zeitgeschichtsforschung eine Renaissance.